Nr. 199 Juli/Aug. '94

DM 7,50 M 3477 F



informationszentrum dritte welt

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Ann Stafford, Jörg Später, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod) Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 200:
12.8.1994

Anzeigenschluß für Nr. 200:
(Druckfertige Vorlagen) 19.8.1994

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa + 16,- DM, Welt + 24,- DM Porto/Jahr)

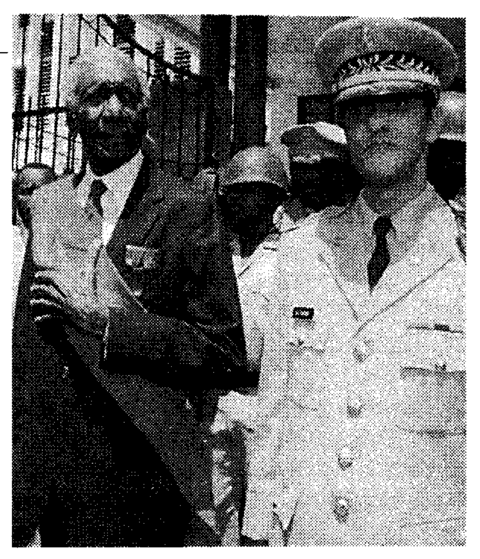
Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Titelfoto aus: Ciro Krauthausen (Hg.) Koka-Kokain, Raben-Verlag München 1991

Inhaltsverzeichnis:

Themenschwerpunkt 200: Was heißt heute Internationalismus?

Daß es mit dem Internationalismus nicht zum besten steht, ist inzwischen fast eine Binsenweisheit Die Soliszene hat sich ausdifferenziert in Reformstrategen, die sich von einer umfassenden Gesellschaftskritik verabschiedet haben und lieber qua Lobbying noch das beste für die "Dritte Welt" rausholen wollen Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die die Erfahrungen mit der "Verstaatlichung von Befreiungsbewegungen" ignorieren und die revolutionären Visionen nach Mexiko oder Kuba auslagern Der Themenschwerpunkt will in einer kritischen Bestandsaufnahme die heutige Solidaritätsarbeit unter die Lupe nehmen und darüberhinaus Ansätze für einen "neuen Internationalismus" umreißen Bei letzterem spielt sowohl die Diskussion um die Entgrenzung der "Dritten Welt" eine Rolle als auch die Neuformulierung des Subsistenzansatzes, der zur Zeit in einem Arbeitsschwerpunkt des BUKO debattiert wird



General Cédras und sein Präsident Jonassaint

'Experten' auf Abwegen

Läßt sich die Realität eines Landes nach wenigen Tage vor Ort erfassen? Können z.B in Afrika gemachte Erfahrungen im Namen des Oberbegriffes Dritte Welt auf jedes weitere Land übertragen werden? Und überhaupt: Wie politisch ist die Arbeit der Deutschen Welthungerhilfe? Nimmt man sich die Aussagen von zwei DWH-Vertretern nach deren Haitibesuch vor einigen Tagen vor, drängen sich diese Fragen geradezu auf.

Wie Gerhard Schmalbruch, einer der beiden Reisenden, gegenüber dem WDR verlauten ließ, lehnt die Welthungerhilfe das von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und den Vereinten Nationen beschlossene Embargo entschieden ab. Ihr Argument: es träfe nur die Ärmsten der Armen. Die erhöhten Transportkosten durch das Erdölembargo hätten den Handel zwischen dem Norden und dem Süden des Landes erschwert, die Fabriken lägen still und Arbeitsplätze seien vernichtet worden. Die Reichen, so die DWH, hätten ihre Gelder längst ins Ausland transferiert, so daß sie von den neuen Maßnahmen kaum betroffen wären.

Für die "neue"(?) Armut nannte Schmalbruch ein krasses Beispiel: "...weil die Armen nicht einmal das Geld für die Beerdigung eines verstorbenen Familienmitgliedes aufbringen können, werden immer häufiger Leichen auf die offene Straße gelegt". Wer hat die beiden Delegierten in Haiti informiert? Sicher nicht Mitglieder der demokratischen Bewegung oder der UN- Menschenrechtsbeobachtermission MICIVIH. Sonst hätten sie erfahren, daß alle Leichen auf den Straßen Spuren der Ermordung und der vorausgegangenen Folter aufweisen. Wer die Mordopfer bestatten will, wird selbst Opfer des Terrors.

Es zählen auch nicht diejenigen zu den Ärmsten der Armen, die jetzt in Fabriken und im Handel ihren Arbeitsplatz verlieren. Die ärmsten der Haitianer sind dem informellen Sektor zuzurechnen und das sind 70 Prozent der Bewohner von Port-au- Prince und 40 Prozent der ländlichen Bevölkerung. Sie leiden bereits seit langem an einem "strukturellen Embargo". Die Wirtschaft ist seit dem Putsch 1991 auf Talfahrt. Die Gründe dafür sind vielfältig. Seit dem Putsch sind die Verhältnisse so chaotisch, wie sie es selbst unter Duvalier nicht waren. Militär und Oligarchie benutzten das bis zum 21. Mai dieses Jahres auf Erdöl und Waffen beschränkte Embargo der Vereinten Nationen sowie das Warenembargo der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als Vorwand, um die vom Embargo ausgenommenen Waren künstlich zu verknappen. So konnten sie sich am Schwarzhandel enorm bereichern. Die internationale Gemeinschaft hielt sich nicht an die Embargobestimmungen und begünstigte damit den blühenden Handel. Dabei hätte eine strikte Handhabung der Sanktionen die Putschisten zum Rücktritt gezwungen, wie eine kurzzeitige Knappheit im Jahre 1993 bewies: Die Militärs zeigten damals Verhandlungsbereitschaft. Das Resultat war das Abkommen von Governor's Island.

Es können viele andere Gründe für den Niedergang der Wirtschaft angeführt werden. In Putschistenkreisen wird aber das "böse" Embargo für alles Übel verantwortlich gemacht. Damit soll von Terror, von der herrschenden Rechtlosigkeit und von der Willkür der Oligarchie abgelenkt werden, die die Menschen in Haiti mittel- und längerfristig viel härter trifft als das zur Zeit laufende Embargo.

"Ausgehungert" werden die Armen Haitis nicht seit kurzem, sondern seit Jahrhunderten. Das ist auch die Meinung des vor kurzem zurückgetretenen Direktor des UNO-Entwicklungsprogramms für Haiti: "Eine nationale und internationale Kampagne versucht glauben zu machen, daß das Embargo tausende von Kindern in Haiti tötet. Die Wahrheit ist, daß es das ganze Land trifft und daß es das Volk vorzieht, unter dem Embargo zu leiden, um den Rechtsstaat in Haiti wieder hergestellt zu sehen."

So sieht die demokratische Bewegung Haitis internationale Sanktionen als einzige Alternative zu einer militärischen Intervention. Auch wenn kleine Teile der Bewegung eine solche Gewaltlösung heute aus der Not heraus begrüßen, ist die Mehrheit noch immer dagegen. Zu groß ist die Gefahr, daß eine solche Intervention eher ausländische Interessen verteidigen würde.

Die Verschärfung der Sanktionen seit dem 21. Mai und dem 25. Juni hat außerdem die Putschisten eindeutig in die Enge getrieben. Kriegsschiffe verschiedener Länder patrouillieren vor den Küsten Haitis und zwingen die Schiffe, die das Embargo verletzen wollen, zur Rückkehr - inzwischen mehr als 21 Schiffe. Die Bankguthaben der haitianischen Militärs und ihrer zivilen Unterstützer wurden eingefroren. Schecks und Kreditkarten sind wertlos in Haiti, die Banken zahlen nur noch 300 US$ pro Konto aus. Der gesamte Flugverkehr(außer Air France) wurde eingestellt. Die Grenze zur Dominikanischen Republik ist beinahe geschlossen, sie kann nur noch nachts von professionellen Schmugglern auf dem grünen Gürtel passiert werden. Haiti ist plötzlich ein großes Gefängnis für die reisefreudige Elite und nicht mehr nur für die politisch Verfolgten.

Eine weitere aus der Luft gegriffene Behauptung von Schmalbruch war, daß den Armen ihre politischen Feinde unbekannt seien. Wer trotz der starken Polarisierung in Haiti derartiges behauptet, zeigt nur, wie wenig er von der Realität erfaßt hat oder erfassen will. Die Spannung zwischen den Mächtigen, der Armee und den Todeschwadronen einerseits und den Armen, den Anhängern Aristides andererseits ist so stark, daß die Herrschenden jeden Tag neue Massaker begehen, um sich an der Macht zu halten. Die Armen haben keine Möglichkeit, sich wirksam zu schützen. Jeder Bewohner einer Region kennt die Soldaten, die "Chefs de section", die Mitglieder der Todesschwadrone, die ihn bedrohen. Es kann aber von Menschen in einer solchen Situation nicht verlangt werden, daß sie freimütig alle Informationen an Besucher eines Hilfswerkes aus der sicheren BRD weitergeben.

Blauäugigkeit, einseitige Informationen vor Ort, Mangel an Kenntnissen über die Hintergründe der Situation in Haiti? Es bleibt unverständlich, warum die DWH die Aufhebung des Embargos fordert, obwohl es beginnt, Wirkung zu zeigen. Es sei denn, dem läge eine Weltsicht zugrunde, die dem Almosenwesen so sehr verbunden ist, daß ein Drängen auf politische Veränderung zweitrangig bleibt

Carole Sambale-Tannert

Zwischen Mutatuli und Mandela

Zur Menschenrechtssituation in Indonesien

Indonesien ist für Touristen ein Traumland und für Ökonomen ein Hoffnungsträger. Die Situation vieler Menschen in dem südostasiatischen Schwellenland indes gleicht eher einem Alptraum. Politisches Engagement wird gnadenlos bekämpft, Menschenrechtsverletzungen sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Das rabiate Vorgehen gegen die Zeitschriften Tempo, Editor und Detik, die unbequeme Dinge über den Kriegsschiffdeal mit der BRD veröffentlicht hatten, und die Massenverhaftungen von Freiheitskämpfern haben jüngst wieder bestätigt, daß die indonesische Regierung jede Kritik im Keime zu ersticken versucht. Die Autorin hielt sich von Februar bis Ende März diesen Jahres in Indonesien auf und führte zahlreiche Gespräche mit Menschenrechtsaktivisten und engagierten Studenten.

Bei der Landung auf dem Flughafen Soekarno-Hatta ist von der Millionenmetropole Jakarta an diesem frühen Abend im Februar nicht viel zu sehen. Dichter Dunst verschleiert die Sicht nach draußen, dicke Regentropfen prasseln auf das Dach. Im modernen Innern des Flughafengebäudes stehen in jeder Halle bewaffnete Uniformierte und beobachten das Geschehen.

Es ist mein erster Aufenthalt in Indonesien. Hergekommen bin ich, um Zeugen der Kolonialzeit vor 1945 zu befragen. Konfrontiert werde ich dabei mit Problemen von heute. Zum Beispiel mit dem Schicksal von Leuten, die sich aktiv für die Einhaltung von Menschenrechten einsetzen.

Da ist der Fall von Dedi Ekadibrata, Student an der Universität in Bogor/Westjava, seit dem 9. November vergangenen Jahres in Haft. Dedi ist Mitglied der Rechtshilfeorganisation LBH AMPERA und unterstützt bereits seit langem kleine Leute, sich gegen Willkür zu wehren. Einige Monate vorher hatte er einer Gruppe von Menschen geholfen, ihre Landrechte gegen die Vertreibung durch die Firma PT Light Instrumentindo in Cijayanti/Bogor zu verteidigen.

Lebensgefährliches Engagement gegen Staatswillkür

Bei seiner Vorladung am 8. November wird er über seine Aktivitäten und Beziehungen in diesem Fall ausgefragt und danach genau untersucht. Die Verhaftung am folgenden Tag gründet sich auf die Anklage wegen Brandstiftung in einem Lager der PT Light Instrumentindo. Der Vorfall liegt elf Monate zurück... Falls ihm die Beteiligung an der Brandstiftung "nachgewiesen" werden kann, wird das für seine Beurteilung im Landrechtsfall folgenschwer sein.

Dedi Ekadibrata ist kein Einzel-"Täter", seine Organisation kein Einzelfall. In Indonesien gibt es etliche Nichtregierungsorganisationen, deren Mitglieder sich in Diskussionsgruppen mit kulturellen, sozialpolitischen und ökologischen Themen befassen. Auf Java, wo sich die Universitäten des 13.600-Insel-Staates konzentrieren, liegen auch die Brennpunkte für Problembewußtsein.

YAYASAN PIJAR, 'Informationszentrum und Netzwerk für Reformaktionen', hat sich mittlerweile als eine der Organisationen mit Schlüsselposition erwiesen. Einige ihrer Mitglieder habe ich persönlich kennen- und ihren Mut bewundern gelernt. Ihr Kampf gilt der Verwirklichung von "Demokratie und Menschenrechten", wie der amtierende Vorsitzende Rachland S. Nashdidik das Ziel ihrer Aktivitäten bezeichnet. Der eigentliche Vorsitzende von YAYASAN PIJAR, Nuku Soleiman, 29 Jahre alt und Student der Nationaluniversität, ist Ende November 1993 verhaftet und wegen "Beleidigung des guten Namens des Staatsführers" nach Paragraph 134 des Strafgesetzbuches angeklagt worden. Dieser Paragraph, noch aus der Zeit der holländischen Kolonialverwaltung, sollte die weiße Minderheit gegen Angriffe der einheimischen farbigen Mehrheit schützen.

Angefangen hatte es vergangenes Jahr mit der Regierungskampagne "SDSB" ("Sumbangan Dana Sosial Berhadiah" = "Beiträge für den Sozialfonds sind ein Geschenk") und ihrer verlockenden Werbung, die viele Gewinnchancen versprach. Der Name dieser Lotterie war nichts als ein Zugeständnis an das moslemische Verbot von Glücksspiel. Kritik wurde laut, daß der SDSB Steuern von Käufern kassiere, die zum großen Teil Almosenempfänger seien. Dieser Wirtschaftszweig wird wie das Straßenzollwesen in Jakarta vom zweiten Sohn Suhartos kontrolliert: die Präsidentenfamilie ist in vielen Branchen vertreten.

Im November 1993 erklärt der Rat der Ulamas (als höchste moslemische Autorität für etwa neunzig Prozent der indonesischen Bevölkerung zuständig) diese Lotterie als 'haram', für Moslems verboten. Aber erst nach massiven und andauernden Studentenprotesten löst die Regierung die Glücksspielkampagne auf.

Massenverhaftungen und Massenmorde

Während einer solchen Demonstration soll Nuku Soleiman in der Menge Anstecker verteilt haben, auf denen "SDSB" in "Suharto Dalang Segala Bencana!" ("Suharto ist Hauptverantwortlicher für alles Schlechte") umgetextet worden war. Auf der Plakette sind außerdem Greueltaten aufgelistet, die man dem Präsidenten und seiner Regierung vorwirft: der Mord an vier Leuten, die letztes Jahr in Madura gegen willkürliche Landnahme protestiert haben, der Mord an vier Mitgliedern der Haur Koneng Moslem-Sekte in Westjava 1993, das Tanjung Priok-Massaker im September 1984, das Lampung-Massaker im Februar 1989, die Tausende von Morden

in Aceh seit 1989 und das Dili-Massaker in Ost-Timor im November 1991.

Nuku Soleiman wird im Januar 1994 vor Gericht gestellt. Die Frage des vorsitzenden Richters, ob er die Anklage verstehe, verneint er. "Ich hoffe, der Richter kann dem Staatsanwalt klarmachen, daß er die Anklageschrift in klarer indonesischer Sprache verfaßt, nicht in der Sprache von Gewalt."

Und an anderer Stelle: "Suharto ist ein politischer Akteur, genauso wie ich. Und das ist es, was die Bedeutung von Demokratie ausmacht. Und natürlich ist es sehr komisch, daß, wenn eine politische Meinung zustandekommt, dies eine kriminelle Handlung sein soll." Dies Zitat aus seiner Verteidigungsrede vor Gericht am 24.1.1994 steht auf einer Glückwunschkarte, die ich Mitte März zum hohen 'Idul Fitri'-Feiertag im Namen Nukus von seinen Freunden erhalte.

Nuku Soleiman wird zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Der Oberste Gerichtshof hat im Juni das Urteil revidiert, das nun auf fünf Jahre lautet.

Weitere 21 StudentInnen werden einige Wochen nach seiner Festnahme, am 14. Dezember 1993, inhaftiert und ebenfalls der Majestätsbeleidigung angeklagt. Sie gehören der FAMI-Organisation (Aktionsfront Indonesischer Studenten) an und stammen von verschiedenen Hochschulen auf Java. Mit weiteren 200 Studenten haben sie sich offen auf ein Podium gestellt und gefordert, ihre verhafteten Kommilitonen freizulassen. Auf ihren Spruchbändern sind weitere Forderungen zu lesen: "Schleppt Suharto vor eine außerordentliche Gerichtssitzung des Volkskongresses", "Wo ist die Verantwortung des Präsidenten?", "Stellt korrupte Amtsträger vor Gericht", usw..

Landesweite Protestdemonstrationen an vielen Universitäten folgen, eine weitere Massenverhaftung von zweiundzwanzig Studenten vor dem Parlamentsgebäude in Jakarta findet Anfang Januar 1994 statt. Seit dem vergangenen Jahr hat sich die Zahl dieser Proteste auffallend erhöht, denn allzuoft enden die vielen militärischen Angriffe gegen Kleinbauern, die von ihrem Land vertrieben wurden, und gegen streikende Arbeiter mit einem Blutbad und mit Toten.



Studentendemonstration vor dem Parlamentsgebäude in Jakarta am 14. Dez. 1993 (Quelle: FAMI)

Der Traum von Selbständigkeit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit...

Schon einmal, in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts, haben engagierte Jugendbewegungen entscheidend zur Befreiung beigetragen, so daß am 17. August 1945 von Sukarno und Hatta das Ende der dreihundertjährigen Kolonialherrschaft und die Gründung der selbständigen Republik Indonesien verkündet werden konnte. (Internationale Anerkennung fand sie allerdings erst nach vier weiteren Jahren, in denen die gesamte indonesische Bevölkerung für die Unabhängigkeit kämpfte.)

Sukarno begeisterte mit seiner Staatsvision von einer "gerechten und wohlhabenden Gesellschaft", die auf "Fünf Prinzipien" ("Pancasila") gründet, scheiterte aber an den vielfältigen Interessenkonflikten im heterogenen Staat Indonesien. Mit General Suharto begann das Zeitalter einer militärisch dominierten "Neuen Ordnung", für die das Prinzip "Nationalstaatlichkeit" aus der "Pancasila" neu formuliert und sehr stark betont wurde. Im Gegensatz zu westlichen Demokratien bestimmt in Indonesien der Staat in seinem Geltungsbereich, was Menschenrechte und -pflichten zu sein haben (siehe Kasten). Dementsprechend ist Kritik an Menschenrechtsverletzungen durch Nicht-indonesier genauso ausgeschlossen wie die Idee eines internationalen Sozialismus.

Durch die blutige Machtübernahme am 1.Oktober 1965 und durch eines der schlimmsten Massaker der Geschichte hatte General Suharto mit Hilfe verschiedener Gruppen versucht, kommunistisches und sozialistisches Gedankengut für immer auszurotten. Hunderttausende von aktiven Kommunisten, Sympathisanten oder von Leuten, die nur der Verbindung zur Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) verdächtigt waren, wurden umgebracht, Zehntausende in Konzentrationslager gesteckt, oft ohne Gerichtsurteil. Diese "Säuberung" hat nie einen Abschluß gefunden.

Die furchtbare Generationenhypothek

Noch heute vegetieren in Gefängnissen frühere Mitglieder der PKI, die vor 28 Jahren zum Tode verurteilt, im letzten Moment aber begnadigt worden waren. Von der Ehefrau eines solchen politischen Häftlings erfahre ich ein Schicksal, das einem Alptraum gleicht. Die Begnadigung des Mannes hatte zwar seine abrupte physische Hinrichtung verhindert, ihn dafür aber zu einem endlosen, unmenschlichen physischen und und besonders psychischen Siechtum verdammt, das vor wenigen Jahren zu geistiger Umnachtung führte. Die Haft dauert an. Aus Furcht vor Repressalien wagten in diesem und ähnlichen Fällen die Familien nicht, sich an die internationale Öffentlichkeit zu wenden.

Selbst Angehörige im dritten Glied, also Enkel und Enkelinnen von damaligen PKI-Anhängern oder vermeintlichen Anhängern, werden noch heute, also nach fast dreißig Jahren, bestraft. Sie werden weder für Tätigkeiten im Staatsdienst noch zum Studium an einer staatlichen Universität zugelassen. Von zwei Studenten in Yogyakarta, die mir als Dolmetscher behilflich sind, erfahre ich



"Die Demokratie der Pancasila"; aus: Tapol Bulletin No.123, Juni 1994

Die Neue Ordnung

Am 30.September und am 1.Oktober 1965 kommt es in Indonesien zu einem von langer Hand vorbereiteten Putsch des Militärs, der zur Entmachtung des ersten Präsidenten Sukarno und zu einem grausamen Massaker führt, das etwa einer Million Menschen das Leben kostet. Nach der Zerschlagung der Kommunistischen Partei macht sich der neue Machthaber des Landes, General Suharto, mit Hilfe der Armee an den Aufbau der 'Neuen Ordnung'.
Man greift dazu auf die erste Verfassung von 1945 zurück, an Sukarnos Staatsideologie der "Pancasila" ("Fünf Säulen": Glaube an einen Gott, Humanität, indonesischer Nationalismus, Demokratie und soziale Gerechtigkeit) wird festgehalten. Diese Grundsätze werden von Suharto jedoch dazu benutzt, die oppositionellen Parteien, Gewerkschaften oder sonstige Verbände zu zerstören und damit alle demokratischen Organisationen des Landes auszuschalten. Außerhalb der Verfassung stehende Organe werden direkt dem Präsidenten unterstellt und mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet.
Die Prinzipien der Nationalstaatlichkeit werden ausformuliert, die vergangene Größe javanischer Königreiche soll zurückerobert werden. Der 'Pancasila'-Staat fordert die freiwillige Unterordnung seiner Bürger unter die Regierung, denn diese beachtet das Allgemeinwohl und garantiert wahre Menschenrechte, die allerdings nur für Indonesien Gültigkeit beanspruchen. Der einzelne Mensch erreicht seine Würde nur über seine Nation.
Um das politische System zu stabilisieren, ist die Lösung ökonomischer Probleme erforderlich. Westlich ausgebildete Fachleute sollen die Strategie des schnellen Wirtschaftswachstums auf ausgewählten Gebieten realisieren. Die Lösung der großen sozialen Probleme ist dabei nicht vorgesehen.

zum ersten Mal von dieser Sippenstrafe. In beiden Fällen waren die Großväter 1965 als kommunistenfreundlich eingestuft und entsprechend bei der Gemeindeverwaltung registriert worden. Ihre Enkel erhalten deshalb von ihrem zuständigen Gemeindebüro nicht den für ihre Bewerbung an der staatlichen Universität notwendigen 'Persilschein'. Das Studium an einer privaten Universität können sie wegen der viel höheren Gebühren nicht lange durchhalten. Vor drei Jahren haben sie kapituliert und leben von irgendwelchen Gelegenheitsjobs.

Ein anderer PKI-Sympathisant, bereits von den Holländern wegen seines Freiheitskampfes und erneut von Sukarno wegen seines Engagements für die chinesische Minderheit inhaftiert, wird 1965 für vierzehneinhalb Jahre ohne Gerichtsverhandlung auf die Gefangeneninsel Buru verbannt. In den Baracken beginnt der gelernte Journalist Pramoedya Ananta Toer mit seinen Geschichten von Ereignissen zur Zeit um die Jahrhundertwende, während der holländischen Kolonialherrschaft. Mit der Tetralogie vom kritischen und mutigen jungen Journalisten Minke, der aus hohem javanischen Adel stammt, will der Erzähler dem Journalisten und Unabhängigkeitskämpfer Tirto Adhi Soeryo (1880-1918) ein Denkmal setzen und gleichzeitig den moralischen und psychischen Verfall seiner Mithäftlinge aufhalten, denn "das indonesische Volk (soll) erkennen, wo die gegenwärtige gesellschaftliche Situation ihren Anfang nahm...Meine Absicht ist, daß sich meine Leser der Geschichte bewußt werden." (Zitat)

Die verblüffende Ähnlichkeit von Systemen

Also sind die Probleme von heute gar nicht so neu? Als vor hundertzwanzig Jahren der Holländer Eduard Douwes Dekker unter dem Pseudonym Multatuli seine eigenen Erfahrungen in Niederländisch-Indien durch den Roman "Max Havelaar" publik machte, wurde er verfemt und verfolgt. Sein Verdienst war es, zum ersten Mal auf literarischem Wege die brutale Realität von Kolonialherrschaft, Ausbeutung und Mißachtung von Menschenrechten in diesem reichen tropischen Land beschrieben und Europäern bewußt gemacht zu haben. In Europa hat Multatuli mittlerweile offizielle Anerkennung gefunden, ist in holländischen Schulen zur Pflichtlektüre geworden. Nicht jedoch in Indonesien. Die Machtstrukturen von damals und heute sind zu ähnlich, Kritik als intellektuelle Übung menschlichen Geistes ist im indonesischen Unterrichtsplan a priori nicht vorgesehen und im Pressewesen durch Zensur weitgehend unterdrückt. Warum aber sind deutsche Medien so zurückhaltend?

"Kultur-Konspiration" gegen Diktatur und Dummheit

Für die internationale Kulturszene sind Pramoedyas Werke Anlaß, ihn für den Literaturnobelpreis vorzuschlagen, für das herrschende Regime sind sie gleichbedeutend mit kommunistischer und marxistischer Propaganda. Seit seiner Freilassung von Buru



Die Staatsmaacht geht gegen Studenten vor (Quelle: FAMI)

steht Pramoedya in Jakarta zuerst unter Haus-, später unter Stadtarrest. Das Schreiben an sich ist ihm nicht verboten, nur das Publizieren seiner Werke.

Sie werden trotzdem gedruckt, und beim Verkauf dieser Bücher wird im Juni 1988 in Yogyakarta der Student Bambang Subono verhaftet, zehn Tage später wegen Mithilfe sein Freund Bambang Isti Nugroho. Er ist nicht nur Techniker in einem Universitätslabor, sondern auch Initiator und aktiver Teilnehmer einer Diskussionsgruppe über soziale und kulturelle Themen. Beide Bambangs sollen die Staatssicherheit bedroht haben und werden deshalb im April 1989 der Subversion angeklagt; sie müssen sogar mit der Todesstrafe rechnen.

Während der Verhöre werden beide gefoltert, und in seiner Not bezichtigt Bambang Subono seinen Freund Bonar Tigor Naispospos, bei der Verbreitung kommunistischer Ideen ebenfalls geholfen zu haben. Bonar wird ohne Angabe von Gründen festgenommen, ein Verteidiger lange Zeit verweigert. Erst am Tag der Vorladung, Anfang Juni 1990, erfährt der Student, daß er desselben 'Verbrechens' wie beide Bambangs angeklagt ist.

Staatsanwalt und Richter haben einen schwierigen Stand. Bonars Verteidigungsrede, von ihm selbst vorgelesen, beginnt mit einem Zitat aus Kafkas Werk "Der Prozeß", dessen Hauptfigur Josef K. einfach nicht ergründen kann, welche Anklagepunkte gegen ihn vorliegen und dessen Geschichte bekanntlich mit seiner Exekution endet. - Genausowenig versteht Bonar die Anschuldigungen, die man gegen ihn vorbringt. Er verneint, Kommunist zu sein. Seine mutige und brilliante Verteidigungsrede wird zu einem Höhepunkt der politischen Geschehnisse des Jahres 1990. Bonar endet mit dem Appell, nicht nur eine kritische Haltung einzunehmen, sondern sie als notwendig und als Zeichen von Reife anzusehen. Das Urteil gegen ihn lautet auf achteinhalb Jahre und ist gravierender als der Urteilsspruch gegen die beiden Bambangs.

Es erscheint eine Stellungnahme des hochbetagten holländischen Indonesienexperten Professor W.F. Wertheim, in der es zum Schluß heißt: "Obwohl Bonar das derzeitige Opfer eines Prozesses ist, so verrückt wie der Prozeß, der von Franz Kafka beschrieben wurde, wird die Konsequenz daraus nicht dem Schicksal von Josef K. gleichen. Auf der Basis seiner Intelligenz und seines Mutes kann Bonar Tigor Naipospos eher mit einem anderen tschechischen Schriftsteller verglichen werden, einem, der eine lange Periode von Dissidenz und Gefangenschaft mit Präsidentschaft getauscht hat: Vaclav Havel."

Dissidenz und Solidarität

Warum findet die Situation in Indonesien gerade in der Bundesrepublik so wenig Beachtung? Indonesien ist immerhin ein Schwerpunktland des bundesdeutschen wirtschaftlichen Engagements und ein Empfänger deutscher Rüstungsgüter - zum Beispiel von 39 alten Kriegsschiffen der DDR-Marine inklusive Ausbildung von 1660 indonesischen Marinesoldaten durch deutsches Militär. Daß die Bundesregierung zur Menschenrechtslage in Indonesien nur vage Stellung zu beziehen vermag, weil sie "konkrete Zahlenangaben über die Opfer von Menschenrechtsversetzungen...mangels eigener Kenntnisse weder bestätigen noch dementieren (kann)"[1], könnte eine kritische Öffentlichkeit zu umfangreicheren Protestaktionen aktivieren.

Die Entwicklung in Südafrika hat gezeigt, daß Pressekampagnen und Boykottmaßnahmen sehr wohl politische und gesellschaftliche Veränderungen unterstützen können. Deshalb ist es an der Zeit, daß wir uns einmischen. Indonesien besitzt kluge und fähige Dissidenten. Aber sie brauchen sehr viel deutlicher unsere Unterstützung.

Martha Werner

Anmerkung:
1) Zitiert nach Bundestagsdrucksache Nr.12/6512 - Bezugnahme auf die Kleine Anfrage der SPD, Mitte Dezember 93.

Die Histadrut in der Ära des Marktwirtschaftsfriedens

Efraim Davidi, Autor der gewerkschaftseigenen Tageszeitung Davar, nimmt das Ergebnis der Wahlen zur Generalversammlung der Histadrut zum Anlaß einer Gesamtschau auf die Entwicklung in Israel. Die Arbeitspartei hat in der Histadrut an Bedeutung verloren und das spiegelt Davidi zufolge eine Kräfteverschiebung wider, die die gesamte israelische Gesellschaft betrifft: Der Privatkapitalismus liegt im Trend, entsprechend haben die politischen Gruppierungen, die seine Interessen vertreten - junge Reformer aus der Arbeitspartei und aus Mapam und Ratz[1] etwa - starken Auftrieb. Nach Davidi ist auch der Friedensprozeß dieser Kräfteverschiebung zu verdanken: ein dynamischer Kapitalismus in Israel ist auf externe Märkte angewiesen, die moderne Bourgeoisie die wichtigste Triebkraft des Friedensprozesses.

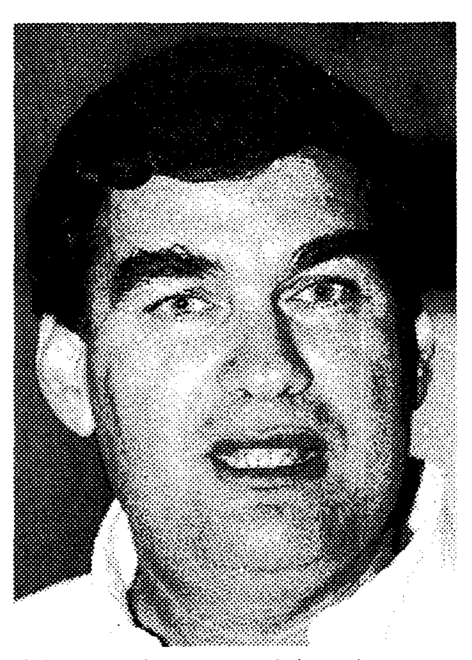
Der Mai war ein historischer Monat in Israel: die Hegemonie der Arbeitspartei in der Histadrut fand ein Ende. Was auf den ersten Blick wie eine politische Veränderung unter vielen erscheint, ist in Wirklichkeit eine politische Kräfteverschiebung, die gravierende Auswirkungen auf die Entwicklung der israelischen kapitalistischen Gesellschaft in den kommenden Jahren haben wird. Die Hegemonie der Arbeitspartei bestand ohne Unterbrechung seit der Gründung der Histadrut im Dezember 1920. Über Jahrzehnte war der Name Mapai (der frühere Name der Arbeitspartei) ein Synonym für die Histadrut. Es war sogar verboten, Parteimitglied zu sein, ohne gleichzeitig der Histadrut anzugehören. Bis in die fünfziger Jahre war umgekehrt eine Mitgliedschaft in der Histadrut ohne gleichzeitige Mitgliedschaft in der Mapai (oder in den mit ihr verbündeten zionistischen Organisationen) nicht möglich.

In den 74 Jahren seit der Gründung der Gewerkschaft bildete sich eine sehr eigentümliche Struktur heraus. Zum einen führt die Histadrut die Aktivitäten der Einzelgewerkschaften zusammen, so wie es Gewerkschaftsdachverbände in anderen Ländern tun. Die meisten Gewerkschaften sind somit in den Histadrutrahmen eingebunden (ausgenommen die Gewerkschaft der Ärzte, der Journalisten und der Lehrer).

Zum zweiten war die Histadrut früher einer der größten Arbeitgeber Israels. Ihr gehörten wesentliche Anteile an der Bank Hapoalim, am Koor-Konzern[2], an der Versicherungsgruppe Hasneh und der Moriah-Hotel-Kette etc. Inzwischen sind ihre Anteile an diesen Unternehmen gesunken und können heute nicht mehr als zentral bezeichnet werden (3% hält sie noch an der Bank Hapoalim und 22% am Koor-Konzern.[3]

Zum dritten hat die Histadrut die Gesundheitsversorgung von etwa 70 % der Bevölkerung in der Hand[4], außerdem ist die große Mehrheit der Arbeitnehmer Mitglied in der Pensionskasse der Histadrut. Darüber hinaus unterhält die Histadrut ein Erziehungsnetzwerk (Amal), eine Tageszeitung (Davar), ihr gehören der größte Verlag Israels (Am Oved) und eine beachtliche Zahl von Grundstücken und Gebäuden.

Das ist die Histadrut, wie wir sie seit Jahren kennen und die in der Welt dadurch einzigartig ist, daß in ihr jederman Mitglied sein kann, inklusive Unternehmer. Dies ist möglich, obwohl die Verfassung der Histadrut ausdrücklich festhält, daß "der 'allgemeine Arbeiterverein im Lande Israel' alle diejenigen eint und organisiert, die von ihrer Arbeit leben ohne die Arbeit anderer auszubeuten, dadurch, daß er beständig Sorge trägt für die Beschäftigungsverhältnisse, sich um die Verbesserung des Status der Arbeiter, der Löhne, der Sozialleistungen und der Arbeitsbedingungen kümmert und sich dafür einsetzt, daß der Lebensstandard, die Lebensqualität und die Chancengleichheit der Arbeiterklasse und ihrer Familien steigt" (Die Verfassung der Histadrut, Kapitel A: 'Der Charakter der Histadrut', Artikel 1).



Chaim Ramon, der neue Generalsekretär der Histadrut

Die Erhebung

Eine neue Liste verdrängte die Arbeitspartei von ihrer bislang unangefochtenen Herrschaftsposition in der Histadrut.[5] Sie setzt sich aus zwei Gruppierungen zusammen, die in der Vergangenheit schon existierten, nämlich Mapam , die an der Seite der Arbeitspartei jahrzehntelang die Histadrut regiert hatte, und Ratz , die sich in der Histadrut-Generalversammlung bislang mit der Oppositionsrolle zufrieden gab.[6] Der Kopf dieser Liste ist Chaim Ramon, Knessetabgeordneter der Arbeitspartei und bis vor kurzem Rabins Gesundheitsminister.[7]

Diese neue Liste konnte mehr als 46 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Das ist ein wirklicher Erfolg, wenn wir bedenken, daß bei den letzten Wahlen zur Histadrut im Jahr 1989 die Mapam-Liste nur neun und

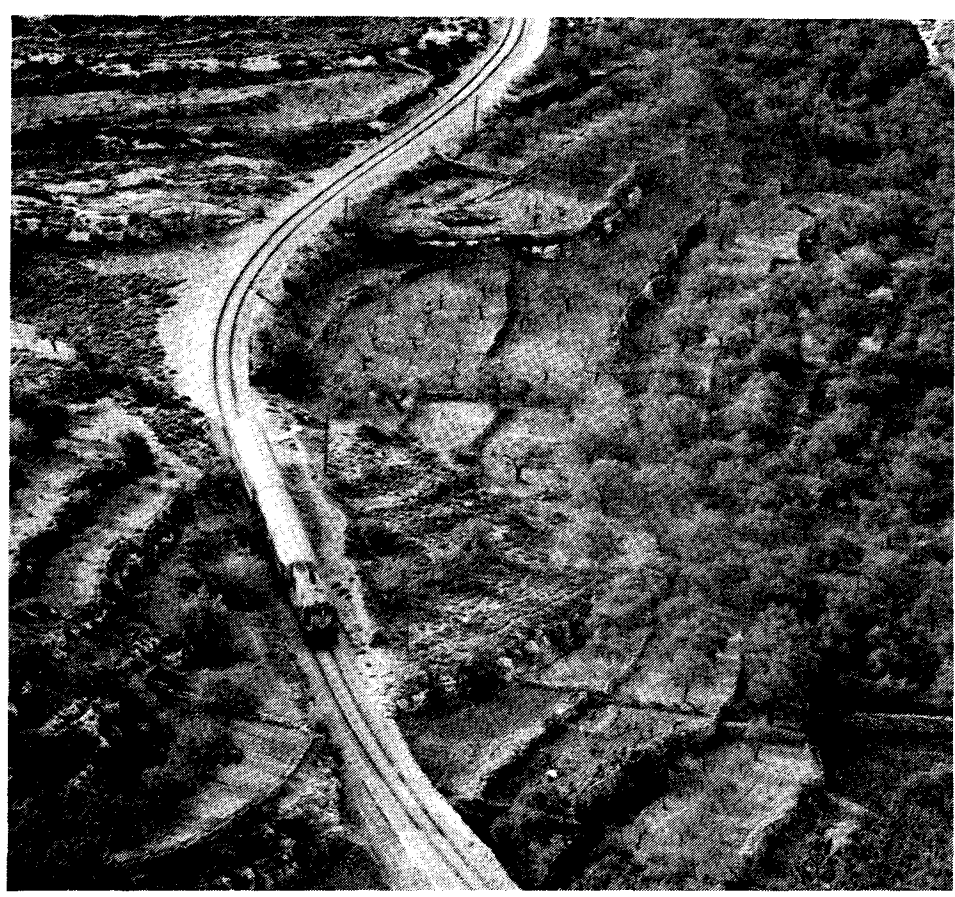
Ratz ganze vier Prozent erhielten. Nach jenen Wahlen trat Mapam in eine Koalition mit der Arbeitspartei ein, wie sie es seit Jahrzehnten gewohnt war, und Ratz verblieb in der Opposition. Die beiden Listen, die zusammen damals also 13 Prozent erhielten, konnten diesmal ihre Macht um mehr als 200 Prozent ausbauen. Labour erhielt nur noch 33 Prozent (1989 immerhin noch 55%), die Liste von Likud und Tsomet 17 und die 'Gemeinsame Jüdisch-Arabische Liste' (eine Schöpfung der kommunistischen Chadasch und der Progressiven Liste für den Frieden) kamen auf vier Prozent.

Das Auftauchen von Ramon in der Histadrutarena, der bis vor kurzem als Gesundheitsminister in Rabins Kabinett diente, veränderte die Spielregeln. Denn immerhin hat sich Ramon in den Jahren, die er nun in der Knesset sitzt, nie besonders für soziale Angelegenheiten interessiert und sich nie als jemand hervorgetan, dem die Interessen der Arbeiter besonders am Herzen liegen. Im Gegenteil: als Mitglied des Finanzausschusses der Knesset ist er sogar als zuverlässiger Anwalt der Bourgeoisie aufgetreten.

Ein Trend, der sich schon vor Ramons Auftauchen auf seinem neuen politischen Kampfplatz abzeichnete, wurde allerdings fortgesetzt: die Herausbildung von politischen Lagern in der Histadrut, die meist mehrere Parteien umfassen. Bis zu den letzten Wahlen existierte eine Pluralität von Parteien. An den Wahlen von 1989 z.B. nahmen fünf Listen teil, 1985 sieben, 1981 ebenfalls sieben und 1977 traten sogar zwölf Listen an.

Die Wahlen zur Histadrut-Generalversammlung waren sowohl beeinflußt von der Anhebung der Sperrklausel von ein auf drei Prozent, die das Zusammengehen der Parteien förderte, wie von einem politischen und ideologischen Prozeß, der auf landesweite politische Veränderungen zurückgeht. Die wichtigste dieser Veränderungen war die Etablierung des ersten neuen Parteienbündnisses in der Post-Okkupations-Ära: der Ramonliste[8]. Nun sind in der Histadrut nur noch vier Blöcke aktiv: die Rechte (Likud-Tsomet), die Linke (die Gemeinsame Jüdisch-Arabische Liste - eine Kreation der Chadasch), die Zentristen (die Arbeitspartei) und die Liberalen (die Ramon-Liste).

Aus einem politischen Blickwinkel betrachtet operieren die drei 'alten' Formationen (Zentristen, Rechte und Linke) innerhalb von Parametern, die aus der Vergangenheit übernommen sind, die dem Israel der Okkupationsära entstammen. Die Ramonliste ist die einzige politische Kraft, die verstanden hat, daß die alte Histadrut, wie wir sie seit Jahren kennen, nicht in den Kontext des 'neuen Israel' der Postokkupationsära paßt, daß also die Histadrut sich verändern muß. Dennoch ist Ramons Liste auf die Arbeitspartei angewiesen. Sie stellt die Regierung und ist die einzige politische Kraft, die die Fortsetzung des Friedenspro-



In der Hand der Histadrut befand sich einst ein riesiges Wirtschaftsimperium

Die Histadrut

Der eigentümliche Charakter des 'Allgemeinen Arbeitervereins im Lande Israel',' Histadrut, läßt sich nur aus dem Kontext der Entstehungsgeschichte des Staates Israel verstehen. Die Histadrut wurde 1920, also 28 Jahre vor der Staatsgründung, von zionistischen Sozialisten aus Osteuropa ins Leben gerufen, die damals die Hauptgruppe der Einwanderer ausmachten und die auch in den Anfangsjahren des neuen Staates das politische Establishment stellten. Die wichtigste Funktion, die der Histadrut im zionistischen Aufbauwerk zukam, war die Kapitalbeschaffung für die Gründung von Kooperativen und städtische Unternehmen. Sie spielte auch die entscheidende Rolle beim Aufbau von Kibbuzim (landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben) und Moschavim (Genossenschaftsdörfern).
Nach der Staatsgründung war die Histadrut, neben dem Staat, der wichtigste ökonomische Akteur. In ihrer Hand lag die Gründung von Fabriken, die Investition von Kapital, Aufbau des staatlichen Finanzkomplexes, Schaffung von Infrastruktur usw. In ihren Zuständigkeitsbereich kamen auch die Krankenversicherung und das Rentensystem. Die Histadrut baute eine der größten Banken Israels - Bank Hapoalim -, die größte Versicherungsgesellschaft - Hasneh - und den größten Baukonzern - Solel Boneh - auf und viele weitere bedeutende Unternehmen.
Seit Ende der 70er Jahre, im Zuge der von Begin eingeleiteten und der Arbeitspartei heute forcierten Privatisierungspolitik, ist das Wirtschaftsimperium der Histadrut geschrupft. Dennoch erwirtschaftet der Histadrutsektor auch heute noch beachtliche 20 Prozent des israelischen Bruttosozialproduktes.
Die Histadrut hat jetzt einen weiteren Bedeutungsverlust hinnehmen müssen. Am 15.6.1994 verabschiedete die Knesset die von Rabin seit Monaten angekündigte Gesundheitsreform, die die zentrale Rolle der Kupat Cholim, der gewerkschaftseigenen Krankenkasse aushebeln wird. Die Histadrutfunktionäre hatten sich bislang mit Händen und Füßen gegen eine solche Reform gewehrt, und das aus guten Gründen: Nach dem bisherigen System war automatisch Gewerkschaftsmitglied, wer sich krankenversicherte und umgekehrt. Das brachte der Histadrut eine sehr hohe Mitgliederzahl ein und entsprechend hohe Einnahmen. Nach Schätzungen wird ein Drittel der Versicherungsprämien, die Kupat Cholim kassiert, zur Finanzierung des Gewerkschaftsapparates abgeführt. Von insgesamt 5,2 Mio. Israelis sind derzeit 3,2 Mio bei der Kupat Cholim versichert, 350.000 Israelis sind überhaupt nicht krankenversichert, der Rest hat eine private Krankenversicherung.



Um ihre Rechte geht es: Zufriedene Arbeiterinnen

zesses und klare Mehrheitsverhältnisse in der Histadrut garantieren kann.

Warum wurde die Arbeitspartei entmachtet?

War der Generalsekretär Chaim Haberfeld schlechter als seine Vorgänger? Ist Chaim Ramon der Evangelist des einsam gegen das 'korrupte System' kämpfenden Arbeiters? Um die Wahrheit zu sagen, Haberfeld ist nicht schlechter als seine Vorgänger - er ist ein ebenso schlechter Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse wie seine Vorgänger es waren. Und Ramon ist alles andere als der einsame Kämpfer gegen die 'korrupte Bürokratie'. Er ist aus demselben Holz geschnitzt wie eben dieses System, er wuchs in seinem Schatten heran und nährte sich von seiner Macht. Und als Vertreter eben dieses Systems handelte er in seinem Sinne oder unterließ es, gegen es zu agieren.

Die Niederlage der Arbeitspartei bei den Gewerkschaftswahlen reflektiert eine wachsende Unzufriedenheit seitens der Histadrutmitglieder mit der Struktur der Organisation und ihrer Funktionsweise. Diese Unzufriedenheit läßt sich bestimmten Wählerschichten zuordnen. Die meisten Stimmen erhielt Ramon in den wohlhabenden städtischen Wohngebieten: mehr als 70 Prozent in Tel Avivs Stadtteil Neve Avinim (wo Jitzhak Rabin und Schimon Peres wohnen), in Savion und in Kfar Schmariyahu. Entsprechend erhielt die Arbeitspartei überdurchschnittliche Stimmenanteile in den Entwicklungsstädten[9], zwischen 40 und 50 Prozent. Ins Bild fügt sich auch, daß die Vorsitzenden der lokalen Histadrutvertretungen, der Arbeiterräte, besonders jene, die noch auf das Mittel des Arbeitskampfes vertrauen, zum größten Teil wieder auf ihre Posten gesetzt wurden. Auch im Na'amat - dem Arbeiterinnenrat der Histadrut - erzielte Labour mit mehr als 50 Prozent der Stimmen einen klaren Sieg, Ramon kam hier auf weniger als 26 Prozent. Man muß in diesem Kontext im Auge behalten, daß den meisten Einzelgewerkschaften, sonstigen nationalen Arbeiterorganisationen und den größeren der Arbeiterkomitees Leute vorstehen, die sich mit Labour identifizieren - nur wenige unterstützen die Rechte, Mapam oder die Gemeinsame Jüdisch-Arabische Liste.

Wenn folglich jemand von der besitzenden Klasse gegen Haberfeld wählt, so tut er das, weil er sich eine schwächere Histadrut wünscht - eine "weniger bolschewistische", wie Ramons propagandistische Worte lauteten. Wenn jedoch ein Lohnarbeiter seine Stimme gegen Haberfeld abgab (oder gar nicht wählen ging), so wollte er damit sagen: "Genug! Wir haben es satt, uns von Dir verarschen zu lassen". Der Arbeiter protestiert damit gegen die einst sozialdemokratische Bürokratie.

Die Mehrzahl der Wähler wollte somit eine Veränderung und mittlerweile geht nur noch einer von drei Histadrutmitgliedern davon aus, daß die Politik der Arbeitspartei Veränderung verspricht.

Zwischen Israel und Singapur

Es darf nicht übersehen werden, daß die Histadrut in den Jahrzehnten, während derer sich das spezifisch israelische Kapitalismusmodell herausbildete, niemals unabhängig von der Bourgeoisie war. Der israelische Kapitalismus kombiniert Staatskapitalismus inklusive des gewerkschaftseigenen Sektors mit einer dynamischen Bourgeoisie, die über Jahre nur ein Juniorpartner der Staatsbourgeoisie war. Seit dem Machtwechsel im Jahre 1977[10] wurden die Privatkapitalisten immer stärker - heute sind sie die treibenden Kräfte bei der Schaffung des neuen Israels. Sie sind die soziale Schicht, die den Friedensprozeß trägt, die Privatisierung der Wirtschaft forciert und die Rechte der Arbeiter mit Füßen tritt.

Die 'alte' Histadrut war unfähig, es mit diesen drei Herausforderungen aufzunehmen. Sie versuchte, sich auf das korporativistische Modell zurückzuziehen, das Israel jahrzehntelang prägte. Sie konnte nicht begreifen, daß die 'alte' Histadrut im neuen Israel keine Funktion mehr hat. Sie hatte keine Antwort auf die Frage, wie die Interessen der Arbeiter in Zeiten des Friedens zu sichern seien und nahm die Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfes von palästinensischen und israelischen Arbeitern nicht wahr. Sie erkannte nicht, daß Privatisierung nicht nur ein Slogan ist, sondern eine unvermeidliche Veränderung und sie war sich nicht darüber im klaren, was es bedeutet, einen Zustand zu akzeptieren, in dem die Bourgeoisie jederzeit gegen die Arbeiter vorgehen kann.

Das neue Israel wird zwar ein Israel sein, das in Frieden mit den Staaten des Nahen Ostens zusammenlebt, aber dieser Frieden wird, in den Worten von Peres, ein Marktwirtschaftsfrieden sein. In einem solchen Israel wird eine neue Histadrut nötig sein, eine kleinere und kompaktere. Die Frage ist, ob für die neue Führung der Histadrut, die das kapiert hat, eine 'schlankere' Histadrut eine kampfkräftigere Histadrut sein wird. Alles deutet darauf hin, daß es sich eher um eine schlankere und zugleich schwächere Histadrut handeln wird.

Während seines Besuchs in Singapur im vergangenen Jahr bekannte Rabin, er träume von Gewerkschaften vergleichbar jenen in Singapur. In New York sagte er wörtlich: "Gewerkschaften, die Privatisierung ablehnen, sind schlimmer als die Hisbollah". Dies also ist die Position des Mannes, der an der Spitze der Arbeitspartei steht und der derzeit den Weg vorgibt.

Efraim Davidi

Die englische Originalfassung erschien in „News from Within", Juni 94

Erläuterungen:

1) Mapam: "Vereinigte Arbeiterpartei" mit heute sozialdemokratischer Ausrichtung, war zeitweise der Arbeitspartei angeschlossen. Ratz: Linksliberale Bürgerrechtspartei. Zusammen mit Schinui, wörtlich 'Veränderung', Zusammenschluß von linksliberalen Gruppierungen, bilden Ratz und Mapam das Meretz-Bündnis, mit dem zusammen Rabin regiert.

2) Der Koor-Konzern umfaßt Fabriken, die vom Stahl über Autoreifen, Chemikalien und diversen Konsumgütern eine ganze Palette an Industriegütern herstellen.

3) Trotz seines Bedeutungsrückgangs erwirtschaftet der Histadrutsektor auch heute noch etwa 20 Prozent des israelischen Bruttosozialproduktes.

4) Die wichtigste Krankenkasse Israels, die Kupat Cholim, gehört der Histadrut, neben der Kupat Cholim gibt es lediglich einige private Krankenkassen.

5) Im Unterschied zu großen Gewerkschaftsverbänden in anderen Ländern bietet die Histadrut ihrer Basis die Möglichkeit, ihre Vertreter in der Gewerkschaft direkt zu wählen und an diesen Wahlen nehmen eben die politischen Parteien teil.

6) In der Knesset bildet Ratz zusammen mit Mapam und Schinui das Meretz-Bündnis, mit dem zusammen Rabin regiert.

7) Ramon ist Vertreter einer neuen Politikergeneration, die die Arbeitspartei zu einer modernen politischen Kraft umgestalten will. Als Gesundheitsminister setzte er sich mit allen Kräften für eine Reform des israelischen Gesundheitswesens ein. Im Juni 1993 brachte er in die Knesset den Enwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer gesetzlichen Krankenversicherung ein, das der vorherrschenden Position der gewerkschaftseigenen Krankenkasse 'Kupat Cholim' ein Ende setzen sollte. Er brachte seinen Entwurf nicht durch und trat u.a. aus diesem Grund von seinem Posten als Gesundheitsminister zurück. Am 15.6.94 hat die Knesset endlich eine gesetzliche Krankenversicherung beschlossen.

8) In dieser Liste haben sich wirtschaftsliberale Politiker aus verschiedenen Parteien zusammengeschlossen. Die Liste ist eigentlich ein Zusammenschluß aus Ratz und Mapam, Chaim Ramon jedoch gehört der Arbeitspartei an.

9) Die ersten Entwicklungsstädte (z.B. im Negev) wurden in den 50er Jahren aus dem Boden gestampft, als Israel vor der Herausforderung stand, für eine große Zahl von Neueinwanderern Wohnraum zu schaffen. Auch heute werden die Entwicklungsstädte hauptsächlich von Neueinwanderern und sozial schwachen Israelis bewohnt.

10) Nach beinahe 30-jähriger ununterbrochener Herrschaft der Arbeitspartei kommt 1977 mit dem Likudblock erstmals eine bürgerlich konservative Kraft an die Regierung, die auch die Privatisierung der Wirtschaft forciert.

Die Krise als Chance für die Basisbewegungen

Interview mit Rajni Kothari

Rajni Kothari ist der profilierteste Politikwissenschaftler Indiens. Der Gründer und langjährige Direktor des "Center for the Study of Developing Societies" an der Jawaharlal Nehru Universität in Neu Delhi ist ein Kenner des für den Subkontinent lange konstitutiven, nun zerfallendem "Congress-Systems" und ein scharfer Kritiker der zunehmend autoritären Züge der Machtstrukturen auf dem Subkontinent. Kotharis Tätigkeiten sind keinesfalls auf den akademischen Bereich beschränkt. Er gilt als einer der ideologischen Wegbereiter der breiten Bewegung von Nichtregierungsorganisationen Indiens und schreibt regelmäßig Kolumnen zu aktuellen politischen Themen in der indischen Presse. Frank Braßel sprach Ende letzten Jahres in Neu Delhi mit Rajni Kothari über die Krise des indischen Staates und mögliche Alternativen.

Prof. Kothari, Indien ist an einem Scheideweg angelangt. Das alte Congress-System, das Sie einst beschrieben haben, scheint im Sterben zu liegen. Was könnte seinen Platz einnehmen?

Die Kongreßpartei war eine Dach-Partei, die sehr unterschiedliche Kräfte und Interessen vereinigte, so ähnlich wie die Liberale Partei in Japan, die ja nun auch in Schwierigkeiten ist, oder die PRI in Mexico. Ich habe immer darauf hingewiesen, daß die Kongreßpartei in gewisser Hinsicht den Pluralismus der indischen Gesellschaft widerspiegelte. Verschiedene soziale und religiöse Gemeinschaften, verschiedene Regionen, verschiedene Interessen, linke und rechte Kräfte, alle waren in der Partei vertreten. Und sie wurden von einem in Indien oft genutzten System zusammengehalten: Konsens, dem Konsens über fundamentale Voraussetzungen in Indien. Das ist nun zusammengebrochen. Es gibt keinen Konsens mehr.

Dieses System ist zwei Angriffen erlegen. Zum einen der Globalisierung und der sogenannten neuen Weltordnung nach dem Ende des kalten Krieges, die versucht, die ganze Welt unter ihre Fittiche zu nehmen. Indien hatte große wirtschaftliche Schwierigkeiten, was zu einem Eingriff durch die Bretton Woods Institutionen führte, aber auch durch die multinationalen Konzerne aus ihrem eigenen Land, japanische, amerikanische Konzerne. Insgesamt erleben wir die Rekolonisierung unserer Wirtschaft. Und das hat ernsthafte Konsequenzen, denn der Konsens, den die Kongreßpartei repräsentierte, beschrieb eine wichtige Rolle für den Staat, mit einem starken öffentlichen Sektor, mit einer entwicklungsorientierten Perspektive.

Die andere Attacke auf das Kongreß-System ist "Hindutva", der Aufstieg einer neuen Form des Fundamentalismus. Man spricht viel über den islamischen Fundamentalismus oder fundamentalistische Tendenzen in den christlichen Kirchen des Westens, aber es gab nie einen Hindu-Fundamentalismus. Denn Hinduismus war gekennzeichnet durch plurale Strukturen, er verkörperte eine ganze Reihe unterschiedlicher Gruppen, wir hatten kein Konzept des Hinduismus als dominanter Religion, all das entwickelt sich nun. Ich nenne es die Semitisierung der indischen Religion, mit einer zentralen Schrift, einem Klerus, einer Doktrin, einer Kirche, all das war bislang fremd für Indien. Doch mit der BJP (Bharatiya Jamata Party) und ähnlichen Organisationen wie VHP (Vishwa Hindu Parishad), RSS (Rashtriya Swajamsevak Sangh) usw. befindet sich dieser Ansatz nun in der Offensive. Es gab lange einen multireligiösen Konsens in Indien. Wir haben Säkularismus immer anders definiert als in Europa. Es gab ein Recht auf Religion, doch das gleiche Recht für alle Religionen. Es hieß nicht Staat contra Religion, sondern der Staat schützte verschiedene religiöse Glaubensrichtungen und schützte insbesondere die Minderheiten. Die derzeit stattfindende Semitisierung verläuft konträr zu diesem Konzept.

Also sowohl bezüglich der sozioökonomischen Philosophie als auch des kulturell religiösen Konzepts, das aus der Zeit Mahatma Gandhis stammt, gibt es Störungen des Konsenses in unserer Gesellschaft. Stattdessen gibt es einen hohen Grad an Polarisierung in religiösen Fragen, bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung, in allen Bereichen.

Was wird das für die zukünftige politische Entwicklung Indiens bedeuten? Ist eine Rekonstruktion der auch integrativen Kongreß-Macht denkbar oder vielmehr eine Machtübernahme durch die BJP? Oder kann sich eine neue Kraft etablieren?

Die Fähigkeit der Kongreßpartei zu überleben erscheint sehr beschränkt. Sie hat bezüglich der anfangs erwähnten Aspekte Rückschläge erlitten, aber auch bezüglich ihrer Führungsschicht, ihrer Organisationskraft. Sie vermag nicht mehr, die Überzeugung und die Loyalität der Menschen zu


Von Gandhis Zeiten kann Indiens Kongreßpartei nur noch träumen

gewinnen, wie es zu Gandhis und Nehrus Zeiten gewesen ist.
Was geschehen wird, ist eine offene Frage. Viele glauben, die BJP sei wirklich in der Offensive, sie habe eine spezielle religiöse Ausdruckskraft mit der Tempel-Bewegung, der Zerstörung der Moschee in Ayodhya. Ich habe da meine Zweifel. Die BJP hat meines Erachtens ihren Höhepunkt überschritten. Es gab jüngst eine ernsthafte Umfrage, nach der Ayodhya nicht mehr als wichtigste Frage in der Bevölkerung gesehen wird, sondern auf den dritten Rang gefallen ist. Korruption wird heute als sehr wichtig gesehen. Ich persönlich glaube, daß die große Masse der Menschen, die wirklich Gläubigen, nicht zur BJP stehen. Ein gewisser Teil der Leute in den Medien, der Intellektuellen, gewisse Teile der Mittelschichten wie die Händler haben sich für eine rechtsorientierte Haltung entschieden. Natürlich zieht die BJP Vorteile aus dem Niedergang der Kongreßpartei und aus dem Fehlen einer klaren linksorientierten Alternative. Davon profitiert die BJP nicht nur, weil sie eine rechte Partei ist, sondern auch weil sie eine gut organisierte Partei mit eigenen Kadern ist. Die BJP wird eine starke Partei werden, die Kongreßpartei wird eine andere sein, doch es wird einen stärkeren Wiederaufstieg einer Dritten Kraft geben, mit den beiden kommunistischen Parteien, der Janata Dal, einigen kleineren liberalen Parteien, die sich bemühen, eine Alternative sowohl zur BJP als auch zur Kongreßpartei aufzubauen. Sie werden die nächsten Wahlen nicht gewinnen, aber eine bedeutsame Kraft ausmachen. Mittelfristig wird es keine klare Mehrheiten im Bundesparlament geben.

Neben den von Ihnen beschriebenen Angriffen in Gestalt der internationalen Finanzorganisationen und Multis sowie des Hindu-Fundamentalismus gibt es eine dritte Herausforderung, auf die Indien eine Antwort finden muß: Die Einheit Indiens scheint in Gefahr zu sein. Kaschmir, Punjab, der ganze Nordosten drohen wegzubrechen, auch die Forderungen nach einem Adivasi-Staat Jharkand geht in diese Richtung.

Hierbei müssen zwei Punkte Erwähnung finden. Indien ist gemäß Verfassung ein föderaler Staat. Die Macht sollte zwischen der Zentrale und den Staaten geteilt sein, wodurch positive Elemente aus den Staaten, den Regionen entstehen können. Ihr Land oder die USA sind auch föderal organisiert. Die Situation in Indien war so, daß die Kongreßpartei lange sowohl in Delhi als auch in den Bundesstaaten dominant war, daß die föderale Dimension zu wenig entwickelt wurde. Inzwischen sind Oppositonsparteien in den Staaten gewachsen, man muß sich nur erinnern, daß die Kongreßpartei landesweit niemals die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hat. Seit einiger Zeit beobachten wir das Entstehen regionaler Parteien, die nach mehr Rechten für die Staaten verlangen, um Indien zu einem wirklich föderalen Staat zu machen. Punjab hat damit begonnen. Es ging zu Anfang um Gerechtigkeit für den Punjab, der sehr stark vom Zentrum kontrolliert wurde. Der Punjab lieferte zwei Drittel der Nahrungsreserven. Ausreichend Gerechtigkeit wurde aber nicht gewährt. Es entstand ein Problem zwischen Staat und Zentrale. Auch in Kaschmir wollten die Menschen mehr Autonomie.
Doch es gibt einen zweiten sehr wichtigen Punkt, der zu unserer ersten Diskussion



Protest gegen Staudämme am Narmada-Fluß

zurückkommt. Frau Gandhi hat zu Beginn der 80er Jahre, als sie nach der Janata-Phase wieder an die Macht kam, sehr schnell an Popularität verloren. Sie wendete sich dann gegen die Opposition, indem sie selbst kommunalistisch agierte. Sie verwandelte das Punjab-Problem in ein Hindu-Sikh-Problem. Ähnlich in Kaschmir. Das Selbstverständnis der Leute dort ist weniger am Islam orientiert, es gibt eine kaschmirische Identität, die dem Islam vorausging. Frau Gandhi machte es zu einem Moslem-Hindu-Problem. In gewisser Hinsicht war die Kongreßpartei die erste Partei, die sich des Kommunalismus bediente, und das ist die größte Abkehr vom Konsens der Nehru-Ära, der in erster Linie ein säkularer Konsens war. Indira säte die Keime des Kommunalismus. Die BJP profitiert von dieser Politik der Kongreßpartei.[1]
Wir müssen verstehen, daß es in Indien die Polarisierung entlang ökonomischer Fragen gibt, entlang sozialer und kultureller Fragen, insbesondere in Richtung Kommunalismus und Fundamentalismus, und einen Konflikt um die Regionen. Doch es gibt eine Verknüpfung zwischen all diesen Problemen, von daher unterscheiden sie sich auch nicht so sehr voneinander. Inwiefern die dominanten Parteien, also BJP und Kongreß, auf die kommunalistische, die religiöse Karte setzen, um an der Macht zu bleiben, ist eine sehr wichtige Frage für die Zukunft des indischen Staates.

Je härter ihr Standpunkt zu religiösen oder regionalen Themen, desto gefährdeter also die Einheit Indiens?
Die Einheit Indiens wird es nur auf föderaler Grundlage geben. Man kann keine Einheit von Neu Delhi aus verordnen. So lange es die nationalistische Bewegung gab und den Romantizismus über Antikolonialismus usw., hat das geklappt. Doch Indien ist eine plurale Gesellschaft. Und der Pluralismus ist nicht nur politischer, sondern auch sozialer Art. Ich habe immer gesagt: Weil wir eine pluralistische Gesellschaft waren, sind wir eine Demokratie geworden. Anders geht das nicht.
Die Kongreßpartei wollte ihren Willen durchsetzen. Als sie damit scheiterte, hat sie auf die kommunalistische Karte gesetzt, dann kam die BJP auf. Und sie können heute feststellen, daß die Kongreßpartei von Herrn Rao und die BJP von Herrn Advani nicht sehr unterschiedlich denken. Viele Leute sagen, Ayodhya hätte nicht ohne die Komplizenschaft des Zentrums stattfinden können. Kongreß und BJP sagen, wenn mehr Macht an den Punjab oder Kaschmir gehen wird, wird das Land zerbrechen. Die Realität ist das Gegenteil. Weil sie die Macht nicht stärker geteilt haben, sind diese Bewegungen entstanden.

Wenn es um alternative Bewegungen geht, wird auch in Indien oft die grüne Bewegung als eine solche begriffen. Sie haben sich in jüngster Zeit sehr kritisch dazu geäußert. Warum?
Mein Hauptkritikpunkt ist, daß sich die grüne Bewegung zu sehr in das System hat integrieren lassen. Geld spielt dabei eine wichtige Rolle. Alle grünen Bewegungen, international wie in Indien, erhalten ungeheure Geldsummen, neuerdings auch von der Weltbank. Viele Aktivisten verbringen die meiste Zeit auf internationalen Konferenzen, anstatt sich um die dringenden Probleme vor Ort zu kümmern. Sie setzen dem herrschenden Entwicklungsmodell zu wenig entschiedenen Widerstand entgegen. Diese Kritik ist im übrigen eine Selbstkritik. Ich werde von manchen als ein Vordenker der Nichtregierungsorganisationen in Indien gesehen, habe in der Tat eine solche Arbeit immer propagiert. Was ich in erster Linie kritisiere, ist die apolitische Haltung der grünen Bewegung und anderer NGOs. Alle beziehen sich heute auf Mahatma Gandhi, doch sie folgen seinem Lebensstil nicht und vergessen, daß er eine politische Bewegung anführte und ein anderes, dem westlichen Modell entgegenstehendes Entwicklungskonzept vertrat.
Die Narmada Bachao Andolan ist in gewisser Hinsicht ein aktuelles positives Modell. Hier widersetzen sich die Aktivisten mit den Adivasis dem herrschenden Entwicklungsmodell in Gestalt eines riesigen Dammprojekts. Einige Umweltschützer aus den Städten haben sich dem angeschlossen, das ist

positiv. Und bei der NBA gibt es ein wichtiges Prinzip: Sie akzeptieren kein Geld aus dem Ausland. Selbst die verschiedenen internationalen Preise, die ihnen verliehen wurden, haben sie einer Stiftung, die alternative Entwicklungswege austesten soll, gespendet.

Ihre Hoffnung sind also die verschiedenen Basisinitiativen, die die sozialen und politischen Grundlagen der indischen Gesellschaft angehen?

Ja, Gruppen wie NBA, die Chattisgarh Mukti Morcha, die Frauenbewegung, nicht der Mittelklasse, sondern die in den Dörfern, die unabhängige Landarbeiterbewegung, die Adivasis, die Bewegung der Dalits, die zunehmend an Gewicht gewinnt. Diese Gruppen müssen sich zusammenschließen und mit den verschiedenen regionalen und ethnischen Bewegungen für ein wahrhaft föderalistisches und demokratisches Indien eintreten. Als erster Schritt wäre ein loser Zusammenschluß denkbar: der sozial Unterdrückten mit den ethnischen und religiösen Minderheiten, die für Selbstbestimmung kämpfen und zum Teil fürchterlichen Attacken unterliegen. Sie zusammen repräsentieren den größten Teil der Bevölkerung, und ihren Kampf sollten die Umweltbewegung und die anderen Nichtregierungsorganisationen unterstützen, sie sollten ein Teil einer größeren Bewegung werden. Hierbei spielen natürlich auch die Kämpfe gegen multinationale Konzerne wie gegen Cargill oder gegen Coca Cola, wofür sich Personen wie George Fernandes engagieren, eine wichtige Rolle.

Wenn es eine demokratische Belebung Indiens geben wird, wird sie nicht von den Parteien ausgehen. In jeder Krise waren es stattdessen die Parteien selbst, die die Gewalt gegen Sikhs oder gegen Kastenlose losgetreten haben, um damit Wählerstimmen zu gewinnen. Deshalb sollte sich das anzustrebende Netzwerk der Basisinitiativen nicht in Gestalt einer Partei organisieren. Individuen aus den Parteien sollten stattdessen zur Mitarbeit gewonnen werden. Welche Gestalt ein solches Bündnis auf lange Sicht annehmen sollte, läßt sich jetzt noch nicht sagen.

Ihre Skepsis gilt auch gegenüber den in Indien starken kommunistischen Parteien?

Die großen kommunistischen Parteien wie die CPI(M) sind zu sehr Teil des Establishments, sie haben keinen Kontakt zur revolutionären Bewegung. Wenn sie an der Macht sind, tendieren sie dazu, ebenso repressiv zu sein wie die Kongreßpartei. Im Kampf gegen Hindutva gibt es allerdings eine Möglichkeit und Notwendigkeit, mit den KPs zusammenzugehen.

Anders ist das mit den Naxaliten, die mit Ausnahme der "People's War Group" nicht mehr ausschließlich auf Polarisierung und Gewalt setzen. Andere ML-Gruppen wie beispielsweise die Indian People's Front (IPF) haben sich dem legalen Kampf geöffnet, organisieren militante Landlosenbewegungen, kandidieren bei Wahlen. Das ist ein positiver Prozeß. IPF und andere radikale Gruppen unterstützen heute auch die Bewegung an der Narmada. Zwischen diesen Bewegungen ist ein vermehrter Dialog nötig und wichtig.

Indien steht vor vielen Herausforderungen und Problemen. Gerade zu den Auseinandersetzungen um Narmada haben sich viele Gruppen aus dem Ausland engagiert. Ist eine solche Intervention gerechtfertigt?

Keine Frage. Insbesondere bei Narmada, wo mit der Weltbank das internationale Kapital involviert ist. Hier ist internationaler Protest selbstverständlich. Natürlich kritisiert die Regierung dies als ausländische Einmischung. Aber was soll das bedeuten bei einer Regierung, die sich selbst vollständig an das Ausland verkauft hat? Narmada hat - ob der Damm nun zu verhindern ist oder nicht - ein Beispiel gesetzt, wie internationale Kooperation von alternativen Bewegungen funktionieren kann. Man hat sich der Strukturen und der Politik der Weltbank bedient. Und dies wird Auswirkungen auf die gesamte Weltbank-Politik selbst haben. Doch auch ohne Beteiligung der Weltbank ist bei derart grundlegenden Fragen wie Großprojekten und Menschenrechtsverletzungen die internationale Gemeinschaft gefordert. Das sind keine nationalen Fragen, das geht die gesamte Menschheit an.

Auch die Regierungen der Industrieländer intervenieren bei solchen Fragen immer stärker. Beispielsweise verknüpft das deutsche Entwicklungshilfeministerium seine Mittelvergabe mit der Menschenrechtssituation im jeweiligen Land. Wie stehen Sie dazu?

Nein, die Kritik damit zu verbinden, ist abzulehnen. Die westlichen Regierungen unterstützen soviele Regierungen in der Dritten Welt, die nicht sonderlich demokratisch sind, daß diese Verknüpfung unstatthaft ist. Natürlich ist es gut, wenn westliche Regierungen Indien wegen seiner Kaschmir-Politik kritisieren. Aber diese Form der Intervention durch Entwicklungshilfe oder gar militärischer Art lehnen wir ab. Wir sind gegen eine Pax Americana.

Das Interview führte Frank Braßel

Anmerkungen:

1) Mit "Kommunalismus" bezeichnet man demnach in Indien die Instrumentalisierung religiöser, ethnischer und kultureller Gefühle in der politischen Auseinandersetzung. "Kommunalistische" Themen haben seit den letzten Amtsjahren Indira Ghandis zentrale Mobilisierungsfunktion für die Wahlkämpfe. Der Konflikt im Punjab beispielsweise geht zu einem Großteil auf die Förderung der "fundamentalistischen" Fraktion der Sikhs durch Indira Ghandi zurück, um die moderate, traditionell mehrheitsfähige Sikh-Partei zugunsten der Kongreßpartei zu schwächen. Ihr Sohn Rajiv wiederum trat 1986 die Diskussion um die seit der Unabhängigkeit aus Angst vor Unruhen geschlossene Moschee in Ayodhya (die angeblich auf den Trümmern einer hinduistischen Gedenkstätte errichtet worden sein soll) los, um die Stimmung der Hindus in den bevölkerungsreichen Bundesstaaten Nord-Indiens für sich zu gewinnen (aus: 'blätter' Nr. 191, Artikel von Frank Braßel).

Chattisgarh Mukti Morcha - mehr als eine Gewerkschaft

Im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh hat sich eine neue politische Kraft etabliert: die Gewerkschaft CMM. Ganz unkonventionell versteht sie es, in ihrer Interessenvertretungspolitik ökonomische, soziale und kulturelle Belange unter einen Hut zu bringen. Ihr sektorübergreifendes Konzept macht es so möglich, den Kampf der Adivasi - Landbevölkerung mit dem Kampf der prekär Beschäftigten zu verbinden. Neue sozial und ökologisch ausgewogene Entwicklungsmodelle mit bereits konkreten Realisierungen vor Ort sind am Entstehen. Die CMM bezieht sich dabei stark auf die kulturellen Werte der Adivasi.

Vielfarbig schillernde Rauchwolken künden von einem der größten Stahlwerke Indiens, das in den 50er Jahren in der zentralindischen Region Chattisgarh im Bundesstaat Madhya Pradesh mit Hilfe sowjetischer Gelder und Techniker errichtet wurde. Etwa 55.000 Menschen haben im staatseigenen "Bhilai Steel Plant" (BSP) heute Arbeit und nicht die schlechteste: Zwischen 1.700 und 4.500 Rupien verdienen die Arbeiter, je nach Qualifikation und Dienstalter. Fast alle verfügen über einen festen Vertrag, der Kranken- und Erholungsurlaub ebenso einschließt wie freie medizinische Versorgung im werkseigenen Hospital und die Berechtigung zu preisgünstigem Wohnraum. Kein Wunder, daß sich gerade die Beschäftigten der Staatsbetriebe auf dem Subkontinent der Privatisierungspolitik der Regierung Rao vehement entgegenstellen, ihr Leben in Menschenwürde steht auf dem Spiel. Denn die Realitäten der Privatwirtschaft kann man im direkten Umkreis des Werkes zur Genüge studieren.

Das andere Bhilai: Leiharbeit

Auf der anderen Seite der Eisenbahnlinie trifft man auf das andere Bhilai: chaotisch, staubig, unfertige Gebäude am Wegesrand, Armut. Mehr als 120 Privatfirmen haben sich in dieser Gegend niedergelassen, meist als Zulieferer für BSP. Die Monatslöhne erreichen nur zwischen 500 und 1.200 Rupien, wobei kaum jemand einen festen Vertrag hat. Fast alle Arbeiter sind über "Verleihfirmen" vermittelt, so daß ihnen die meisten sozialen Rechte verwehrt werden und sie über keine Arbeitsplatzsicherheit verfügen. Arbeitsunfälle sind aufgrund mangelnder Sicherheitsstandards weit verbreitet. Doch das private Bhilai ist so modern und produktiv wie das staatliche Stahlwerk. Die Ingenieursfirma Simplex beispielsweise hat einen Milliardenumsatz, konstruiert modernste Hochöfen und exportiert gar nach Japan. Die Arbeitsbedingungen bei Simplex sind trotzdem miserabel.

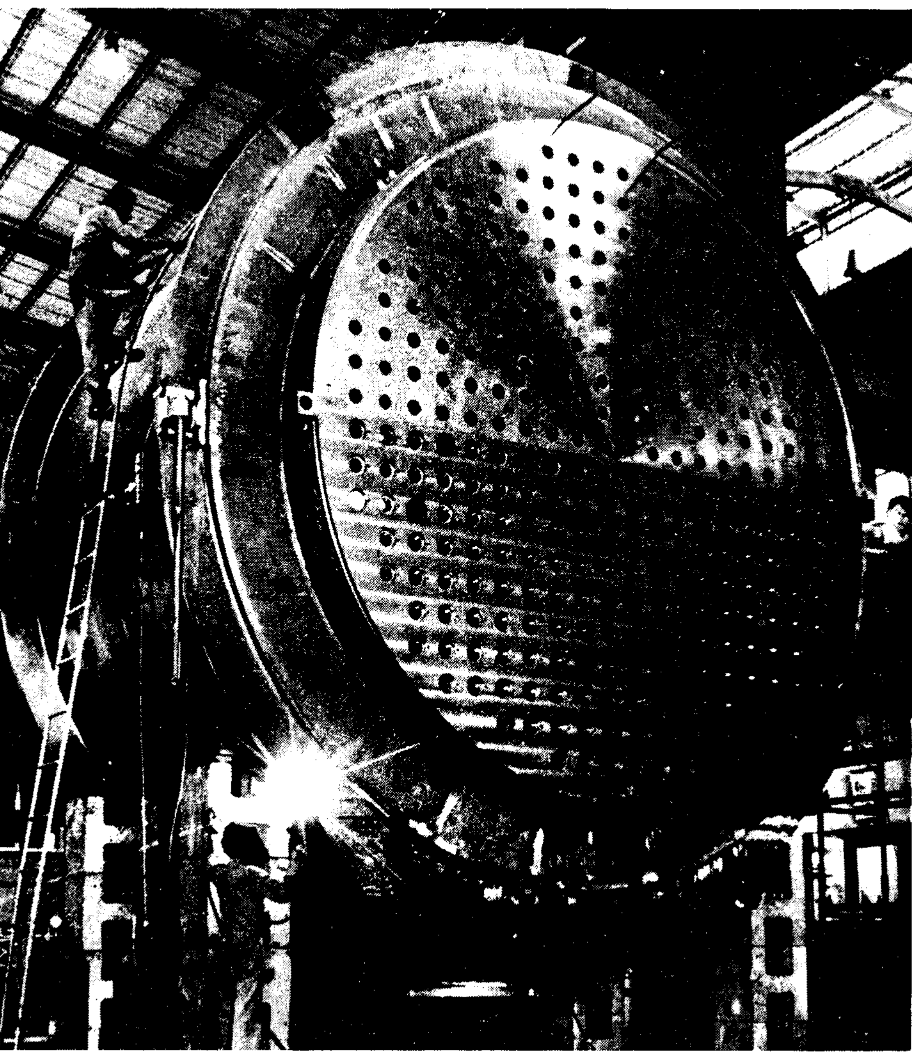
Umso überraschender ist vor diesem Hintergrund die Tätigkeit der Gewerkschaften in Bhilai. Im staatlichen Stahlwerk sind fast alle Arbeiter organisiert. Die beiden kommunistischen Gewerkschaften und die der Kongreßpartei verbundene sind hier aktiv. In der Privatwirtschaft Bhilais fehlte demgegenüber lange jedes gewerkschaftliche Engagement. Zu schwierig erschien den großen Gewerkschaftsbünden die Organisierung der von Leihfirmen dominierten Arbeitskräfte, zu gering waren offenbar die Löhne und daraus abgeleiteten Gewerkschaftsbeiträge. Doch diese Situation änderte sich grundlegend mit dem Auftreten der "Chattisgarh Mukti Morcha" (CMM = Chattisgarh Befreiungsfront) seit Mitte 1990.

Diese Bewegung hat ihren Ursprung in den Eisenerzminen von Dalli-Rajhara, die den Rohstoff für BSP liefern. Zehntausende von Menschen arbeiten hier, allesamt über Verleihfirmen. Mitte der 70er Jahre drängten die Minenarbeiter auf eine Regularisierung ihrer Arbeitsverhältnisse und bessere Entlohnung, die sich damals auf drei Rupien am Tag belief. Es war die Geburtsstunde der unabhängigen Minenarbeitergewerkschaft CMSS. Unter der charismatischen Führungspersönlichkeit von Shankar Guha Niyogi erlangte die CMSS den Ruf von Unbestechlichkeit, Militanz und Flexibilität und wurde schnell zur dominanten Kraft in den Minen. Die Tageslöhne stiegen auf heute 84 Rupien, vergleichbar mit denen bei BSP. "Früher wurde in den Familien der Minenarbeiter nur eine Mahlzeit am Tag gekocht, wenn die Arbeiter abends von ihrer harten Arbeit zurückkamen. Es gab meistens nur Reis, Linsen und Gemüse blieben für besondere Anlässe reserviert", berichtet eine Frau aus Dalli-Rajhara über die materiellen Auswirkungen des CMSS-Engagements. "Heute essen die Arbeiter ordentlich, wann immer sie hungrig sind. Und wir konnten uns ordentliche Unterkünfte bauen".

Eigenhilfe im Bildungs- und Gesundheitsbereich

Es gelang allerdings nicht, eine Festanstellung durchzusetzen. Doch wurden die privaten Vermittler weitgehend durch Genossenschaften ausgeschaltet, die nun die Arbeiter an die Minengesellschaften vermitteln und die Vermittlungsgebühren nicht für private Zwecke einstreichen, sondern für konkrete Sozialprojekte in Dalli-Rajhara verwenden. Aus diesen Beträgen und privaten Spenden der Arbeiter wurde beispielsweise 1983 ein Krankenhaus unter Verantwortung der CMSS errichtet, da das staatliche Gesundheitswesen in der Region nicht präsent war. Das Engagement der Minengewerkschaft im Gesundheitswesen zeigt bereits, daß CMSS die traditionelle Fixierung auf rein ökonomische Fragen überschreitet. Das gilt auch für den Betrieb von Schulen oder ihr erfolgreiches Engagement gegen den übermäßigen Alkoholgenuß der Minenarbeiter. Die Frauen hatten den Stein ins

Rollen gebracht, als sie sahen, daß das steigende Einkommen ihrer Männer in den Kneipen des Ortes verschwand. Die CMSS nahm sich des Themas an, problematisierte es auf Gewerkschaftssitzungen, Funktionäre führten Gespräche mit besonders betroffenen Familien. Wo dies nicht half, griff ein gesellschaftlich akzeptiertes Kontroll- und Strafensystem gegen übermäßigen Alkoholgenuß. Gleichzeitig wurden abendliche Kulturprogramme entwickelt, die die verschütteten Adivasi-Traditionen der Region wiederbelebten. Für Shankar Guha Niyogi war dies mehr als Ablenkung vom Alkohol. Niyogis Bemühungen zielten auf die Entwicklung einer eigenständigen Ideologie und Moral, bei der nicht materielle Werte im Vordergrund stehen, sondern die Belebung der stark von den Adivasi geprägten, auf Gemeinschaftssinn ausgerichteten regionalen Traditionen. Hierzu dienten Lieder ebenso wie Volkstheatergruppen und die Wiederentdeckung von Veer Narayan Singh, einem lokalen Anführer des großen anti-britischen Aufstandes von 1857, der in Chattisgarh heute zu einem allgemein verehrten Volkshelden aufgestiegen ist.



Rückbesinnung auf die Adivasi-Kultur

Die Adivasi-Kultur stellt einen deutlichen Gegenpol zur gängigen linken wie rechten Entwicklungsideologie Indiens dar. In der Region Chattisgarh entwickelten die indigenen Landwirte über Jahrhunderte mehr als 17.000 Reissorten, die - an die jeweiligen lokalen Boden- und Klimabedingungen angepaßt - Erträge erzielten wie die der "Hochleistungssorten" der Grünen Revolution. Nur daß sie weder ständiger Bewässerung noch Pestizide bedürfen, insofern entgegen dem Modell der Grünen Revolution sozial- und umweltverträglich sind. Innergesellschaftlich heben sich die gemeinhin als "rückständig" bezeichneten Adivasi-Völker zudem durch einen gleichberechtigteren Umgang zwischen den Geschlechtern ab. Während der hinduistische mainstream sich durch ein immer höheres Frauendefizit negativ auszeichnet - das umso höher ist, desto "entwickelter" die Region ist -, ist das Verhältnis in den von Adivasi bewohnten Gebieten annähernd ausgeglichen. Die Achtung vor der Würde von Menschen und der Integrität der Natur kennzeichnet die Adivasi-Kultur - und hat insofern für Niyogis CMM Vorbildcharakter.

Die Adivasi stellten vor dem Bau des Stahlwerks in Bhilai die Mehrheit der Bevölkerung in Chattisgarh. Heute machen sie nur noch ein Drittel aus, insbesondere die guten Jobs im Stahlwerk gingen an zugezogene Facharbeiter. Gleichzeitig wurden viele Adivasi-Gemeinden von den Industrie- und Infrastrukturprojekten vertrieben. Niyogi bemühte sich früh um eine Zusammenarbeit mit den Adivasi-Gruppen und der anderen Landbevölkerung der Region. Bereits 1979 wurde als sektorübergreifende Organisation die CMM gegründet. Als 1988 mehr als 4.000 Menschen im Ort Pithora aus der illegalen Schuldknechtschaft, die in Indien bis heute Millionen betrifft, befreit wurden, schlossen sie sich der CMM an. Raju Sail leitet eine Nichtregierungsorganisation in der Region und trieb mit Prozessen und Öffentlichkeitsarbeit diese Befreiung voran. "Ohne die gemeinsame Organisierung und die Schaffung eines gesellschaftlichen Machtfaktors, den die CMM darstellt, hätte die Gefahr bestanden, daß die ehemaligen Schuldknechte ihren Status als freie Landarbeiter oder Kleinbauern schnell wieder verlieren würden", erläutert er die neue Allianz. "Jetzt setzen sie sich mit der CMM für Entschädigungszahlungen und Landverteilung ein."

Neue ökologische Ausrichtung

Niyogis CMM griff auch ökologische Fragen auf, sowohl die umweltpolitischen Gefahren durch die rücksichtslose industrielle Entwicklung Chattisgarhs als auch die gesundheitlichen Gefahren in den Betrieben. Hinter diesem Engagement verbirgt sich eine weitergehende entwicklungspolitische Perspektive. "Die Wissenschaft fordert nicht, daß alle Ressourcen für die jetzige Generation verpraßt werden sollen", sagt Janaklal Thakur, der derzeitige CMM-Präsident. "Profit, Produktion und Entwicklung nur für wenige Leute - dagegen sollten wir angehen. Flüsse, Wasser, Berge und Bäume gehören der menschlichen Rasse insgesamt. Wir müssen uns über ihre Nutzung und Verteilung Gedanken machen." Ein ökologisches Konzept, von dessen Ernsthaftigkeit nicht zuletzt ein biologischer Lehrgarten hinter dem Gewerkschaftsbüro zeugt. Janaklal Thakur ist Adivasi, hat zehn Jahre in den Minen von Dalli-Rajhara gearbeitet. Seine Ansichten sind erstaunlich modern, etwa bezüglich der Mechanisierung der offenen Eisenerzminen. Die Arbeiter haben die Entwicklung im Stahlwerk gut vor Augen. Etwa 40.000 Stellen sind hier im vergangenen Jahrzehnt wegrationalisiert worden. Thakur ist kein Maschinenstürmer. "Wir setzen uns dafür ein, daß Maschinen insbesondere gefährliche Tätigkeiten ersetzen sollen. Andererseits sollte die Erzauslese weiterhin manuell erfolgen. Die Maschine hat keine Augen, Arbeiter erkennen viel besser die Qualität des Materials. So kann der Transport zur Weiterverarbeitung vermindert werden, das spart auch den Unternehmern Geld

und Energie." Die von der CMM in Kooperation mit befreundeten Technikern in den vergangenen Jahren entwickelten Konzepte der Semi-Mechanisierung hat einen Abbau an Arbeitsplätzen in den Minen verhindert, ihre Produktivität trotzdem deutlich erhöht. Auch in diesem Fall weist die CMM über die rein ökonomische Perspektive hinaus. "Bei uns gibt es ein altes Sprichwort: Ein leerer Geist ist das Haus des Teufels", sagt Janaklal Tahkur in Anspielung auf die zahlreichen gesellschaftlichen Probleme im modernen Indien.

Die CMM unter Repressionsdruck

Thakur übernahm die Führung der Chattisgarh Befreiungsfront nach der Ermordung Niyogis im September 1991. Ein Jahr zuvor hatte die CMM ihr Engagement in den Privatbetrieben rund um das Stahlwerk in Bhilai begonnen. Die katastrophalen Arbeitsbedingungen, die gegen zahlreiche indische Arbeitsgesetze verstoßen, ließen ihr angeschlossene Gewerkschaften schnell sprießen. Die Unternehmer griffen zu harten Mitteln. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wurden entlassen, bei Streiks wurde die willfährige Polizei zu Knüppeleinsätzen gerufen. Die damalige BJP-Landesregierung brachte Niyogi für zwei Monate unter fadenscheinigen Gründen hinter Gitter. All dies nützte nichts, die Unterstützung für die CMM in Bhilai wuchs. Daraufhin heuerten Unternehmer, u.a. der Simplex-Gruppe, Killer an, die Shankar Guha Niyogi im Schlaf ermordeten. Als die Verfolgung der Verantwortlichen ebenso ausblieb wie die Lösung der Arbeitskonflikte, blockierten CMM-Anhänger am 1. Juli 1992 die zentrale Eisenbahnlinie in Bhilai. Polizei marschierte auf und schoß blind in die Menge, 16 Tote waren zu beklagen. Nicht die Polizeiverantwortlichen wurden zur Rechenschaft gezogen, sondern Gewerkschaftssprecher inhaftiert.

Die Repression konnte die Stärke der von politischen Parteien und ausländischen Geldgebern unabhängige Chattisgarh Befreiungsfront nicht brechen. Gut 350.000 Mitglieder zählt sie, etwa noch einmal soviele sind in befreundeten Organisationen vertreten. Nach Niyogis Ermordung dehnte CMM mit Erfolg ihre gewerkschaftliche Organisierung in Chattisgarhs Hauptstadt Raipur aus. Im Konfliktherd Bhilai scheint ihr Einfluß ungebrochen. Warum sie angesichts dieser schwierigen Situation der Bewegung die Treue hielten, frage ich im lokalen CMM-Büro. "CMM ist nicht nur unsere Gewerkschaft, sie tritt ein bei Konflikten im Stadtteil, in der Familie. Wir sind über die CMM verbunden mit den Adivasi, kämpfen für den Erhalt der Umwelt. CMM ist eine gesellschaftliche, eine kulturelle Organisation, die unseren Zusammenhalt stärkt", erläutert Bhagirathi Yadav, ein schmächtiger Mann in Lumpen, der aufgrund seines CMM-Engagements entlassen wurde.

Ein maßvoller Umgang mit natürlichen Ressourcen, Bevorzugung arbeitsintensiver Techniken gegenüber High-Tech, regionale Selbstständigkeit, die Wertschätzung der Menschenwürde der Frauen und der Adivasi, Bewahrung kultureller Traditionen gegenüber konsumorientierter Massenkultur - Punkte eines Programms und einer sehr eigenständigen Ideologie der Chattisgarh Mukti Morcha, die sich in den letzten Jahren auch bei vielen anderen sozialen Bewegungen als zentrale Aspekte wiederfinden. Von einer neuen Bescheidenheit kündet dieses noch unausgegorene Konzept, das sich dem gängigen auf Wachstum orientierten Entwicklungsmodell, das sowohl die traditionelle Linke als auch Wirtschaftsexperten von Weltbank und indischer Regierung verfechten, entgegenstellt.

Frank Braßel

Leicht überarbeiteter Auszug aus dem gerade erschienenen Buch des Autors "Gandhis Erben. Indien in der Krise", Bonn 1994, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, DM 19.80.

Vorwort

Osnabrück huldigt derzeit mit einer Ausstellung der braunen Flüssigkeit, die 1886 von einem amerikanischen Apotheker erfunden wurde und die im zweiten Weltkrieg, quasi im Windschatten der US-Truppen ihren Siegeszug um die Welt antrat. 'Mythos aus der Flasche' heißt die Ausstellung und Coca Cola das Gebräu, das zum Standardangebot einer jeden halbwegs respektablen Kneipe gehört. Es heißt nicht zufällig so. Zwar war das Gesamtrezept von Coca Cola, die 7X-Formel, lange Zeit ein sorgfältig gehütetes Geheimnis - bis der US-Autor Mark Pendergrast in seinem Buch "Für Gott, Vaterland und Coca Cola" die Formel veröffentlichen durfte. Schon länger bekannt ist jedoch, und darauf verweist auch der Name des Getränkes, daß neben der Colanuß das Kokablatt ein wichtiger Ausgangsstoff ist. Ihm wird allerdings, bevor es verarbeitet wird, das Kokain weitgehend entzogen.

Die Bedeutung des Kokablattes für die Herstellung des weltweit beliebten Durstlöschers hat nicht verhindern können, daß es in den USA und in Europa mit seinem bekanntesten Inhaltsstoff, dem Kokain, identifiziert und kurzerhand den Rauschmitteln zugeschlagen wurde. Auch in der Bundesrepublik fällt das Kokablatt unter die Verbotsbestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes. Die internationale Ächtung des Kokablattes fand 1961 Eingang in die Single Konvention - das internationale Einheitsabkommen zu Drogen - nach der die Kokasträucher und das Kokakauen (!) innerhalb von 25 Jahren abgeschafft werden sollten. Die Wiener Konvention von 1988 milderte die Bestimmungen von 1961 etwas ab - es wurde nun unterschieden zwischen dem Kokaanbau für den traditionellen Konsum und dem für die Kokainproduktion.

In Bolivien ist diese Unterscheidung gesetzlich fixiert, wiewohl sie sich in der Praxis aufgrund der lückenhaften Erfassung der Kokaanbauflächen schwer durchhalten läßt. Außerdem hat Bolivien bei der Schaffung des betreffenden Gesetzes (Gesetz 1008), das eigentlich unvereinbare Interessenlagen unter einen Hut bringen soll, nämlich die der organisiserten Kokaproduzenten und die der USA, letzlich doch große Zugeständnisse an die US-Erwartungen gemacht. Zum Beispiel ist die Gesamtfläche, auf der legal angebaut werden darf, sehr niedrig angesetzt. Andererseits wiederum stellt ein Passus desselben Gesetzes den Konsum des Kokablattes unter Schutz.

Die Zahl der Menschen in Peru, Bolivien und den angrenzenden Andenstaaten, die traditionell Koka konsumieren, schätzt man heute auf 8,1 Mio, zur Bedienung dieser traditionellen Nachfrage sind Anbauflächen von ca. 79.000 Hektar notwendig. Mit der steigenden Kokainnachfrage in den USA Ende der 70er Jahre weiteten die Kleinbauern der Andenregion die An-bauflächen für das Koka aus. Die Gesamtanbaufläche wird heute auf etwa 350.000 Hektar geschätzt. Die USA antworteten mit einer Drogenkontrollpolitik, die der Bekämpfung der Droge in den Herkunftsländern Priorität einräumte. Erst die Drogenbekämpfungsstrategie der Clintonregierung wendet sich deutlicher der Nachfrageseite des 'Drogenproblems' zu.

Die Andenländer haben ihr eigenes 'Drogenproblem'. Das ist in den städtischen Armenvierteln vor allem die Zunahme des Konsums von 'basuco', eines Zwischenproduktes zwischen Koka und Kokain mit einem hohen Anteil an schädlichen Chemikalien und Benzin. Und das ist der Kokainhandel, der seit Anfang der 80er nicht etwa, wie es die US-Ideologie will, zu einer Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten wurde, sondern vor allem zu einer Bedrohung der Gesellschaften der Andenstaaten, allen voran der Kolumbiens, der Drehscheibe für Kokainproduktion und -handel. Kai Ambos analysiert in seinem Beitrag am Beispiel Kolumbiens, wie der Drogensektor eine ganze Gesellschaft und eine ganze Volkswirtschaft unter sein Diktat bringt und wie umgekehrt eine Dritte-Welt-Ökonomie von einem Spezialprodukt, das nicht unter die üblichen Gesetze des Welthandels fällt, profitieren kann.

Unser Themenblock konzentriert sich auf die angerissenen Problemkreise. Zum Thema Kokakultur und Dimensionen des kleinbäuerlichen Anbaus in den Anden schreibt Hugo Cabieses von der Accion Andina. Die zur Legitimierung der US- Drogenbekämpfungspolitik initiierten offiziellen Drogendiskurse in den USA sind Gegenstand des Artikels der venezolanischen Soziologin Rosa de Olmo und Coletta Youngers geht auf die neuen Akzente der Drogenkontrollpolitik Clintons ein. Als Ergänzung zu Kai Ambos' Beitrag zur Bedeutung des Drogensektors in Kolumbien haben wir einen kurzen Text des kolumbianischen Rechtswissenschaftlers Rodrigo Uprimny hinzugefügt. Uprimny analysiert die Funktionsweise der kolumbianischen Drogenunternehmen unter den Bedingungen der Illegalität. Zur Bedeutung des Kokasektors in Bolivien, Peru und Afghanistan werden wir in den beiden kommenden Heften noch jeweils einen Artikel nachliefern.

Zwischen Bolivien, Peru und Kolumbien gibt es eine Art Arbeitsteilung. Peru ist das Hauptanbaugebiet der Kokapflanze, 60-80% der Weltkokaproduktion stammen aus Peru. Kolumbien ist die Vertriebs- und Handelsdrehscheibe des fertigen Kokains, das zum größten Teil in kolumbianischen Labors isoliert wird. Ein Teil der Aufbereitung von Kokainbase zum Endprodukt Kokainhydrochlorid wird seit einiger Zeit nach Bolivien verlagert.

Eine wirtschaftspolitisch interessante Perspektive liegt für die Anbauländer Bolivien und Peru im Ausbau ihrer legalen Koka-Industrie und im Export von Konsumprodukten auf Kokabasis. Dazu zählen neben dem Kokatee Mate de Coca vor allem pharmazeutische Produkte, Kosmetika und Zahnpasta. Einzelne kokaverarbeitende Betriebe in Bolivien und Peru beliefern heute schon die lokalen Märkte mit Kokaprodukten. Damit solche Produkte auch auf externen Märkten Absatzchancen erhalten, muß die internationale Ächtung des Kokablattes ein Ende finden.

Die Redaktion der blätter bedankt sich bei Kai Ambos für die Mithilfe an diesem Themenblock und beim AG-SPAK-Verlag für die Abdruckerlaubnis für das Kolumbienkapitel des im September 1994 erscheinenden Buches 'Drogenkrieg in den Anden'(Kai Ambos, genaue Titelangabe unter dem Kolumbienartikel).

Die Redaktion



Koka und andine Kultur

In der Bewertung der Kokapflanze zeigt sich ein deutlicher Nord - Süd-Gegensatz. Für die Menschen der Andenregion ist der Genuß der Kokablätter ein ganz normaler Bestandteil des Alltags, der Norden neigt zu einer Dämonisierung der Pflanze, weil er auf einen der verschiedenen Inhaltsstoffe fixiert ist: das chemisch isolierbare Kokain. Hugo Cabieses, Koordinator der Accion Andina, informierte im April dieses Jahres in Hamburg über die Geschichte der Kokapflanze und stellte Lösungsvorschläge seiner Organisation für das Kokainproblem vor. Nachfolgend der Text seines Vortrages.

Das Kokablatt ist ein Rohstoff, den die andinen Völker seit mehr als 3500 Jahren produzieren und konsumieren, nach anderen Quellen seit 5000 Jahren. Der Genuß der Kokapflanze war und ist noch heute ein Mittel zur Förderung des sozialen Zusammenhalts, ein wichtiger Teil der bäuerlichen Sitten und ein wichtiges Element bei religiösen Ritualen. Das Kokablatt ist darüber hinaus Medizin im bäuerlichen Haushalt und eine Bereicherung des Speisezettels. Es dient zur Planung der Arbeit und zur Weissagung der Zukunft. Es ist ein Wertgegenstand und ein hilfreicher Begleiter bei der produktiven Arbeit.

Unsere Koka

Die Koka war ein wichtiges Element in den verschiedenen Kulturen, die vor der Ankunft der Spanier in unseren Ländern existierten. Die Kokapflanze ist nicht das gleiche wie das Kokain. Das Kokain wurde isoliert, gebraucht und mißbraucht von der westlichen Kultur. Die Ergebnisse dieses Mißbrauchs springen ins Auge. Die Weissagungen des Kjana-Chuyma, der von den spanischen Eroberern gefoltert und ermordet wurde, haben sich erfüllt. Nach der Kokalegende, die Antonio Díaz Villamil aufgeschrieben hat, ein bolivianischer Gelehrter und Schriftsteller, sagte der Weise seinen Landsleuten folgendes, nachdem er ihnen den Gebrauch der Kokapflanze gezeigt hatte: "Wenn der Weiße das gleiche tun will, und es wagt, diese Blätter zu gebrauchen, wird es ihm ganz anders ergehen als euch. Der Saft dieser Blätter, der für euch Lebenskraft bedeutet, wird für eure Herren ein verabscheuungswürdiges und schädliches Laster sein. Für euch Indios wird es ein fast spirituelles Nahrungsmittel sein, ihnen wird es Idiotie und Wahnsinn bringen."

Millionen von Bauern konsumieren die Kokablätter heutzutage in genau der gleichen Weise wie vor tausenden von Jahren und betrachten diesen Konsum als eine Art kulturelle Selbstbestätigung und ein Element des Widerstands gegen den Westen. Die Koka hat stimulierende, medizinische und nahrhafte Eigenschaften, die heute nicht zum Nutzen der Menschheit verwandt werden können, weil man eine schwarze Legende über die Koka gebildet hat. Gegenwärtig kauen in Bolivien mehr als drei Millionen Quechuas und Aymaras Koka oder nehmen es in Form von Tee zu sich. In Peru kauen mehr als vier Millionen Quechuas, Aymaras und zahlreiche amazonische Ethnien Koka, im Norden von Argentinien mehr als 200.000, viele davon bäuerlichen Ursprungs, vorwiegend aber die Bewohner der Städte Salta und Jujuy. Die traditionellen Kokakauern in Kolumbien, wo das Blatt "mambeo" heißt, zählen etwa 50.000, hinzu kommen 10.000 im Norden von Chile. In Ecuador wurde die Koka im 18. Jahrhundert ausgerottet. Anlaß war ein diffamierender Bericht eines Mönchs an die spanische Inquisition. Aber heutzutage werden die Kokablätter als Medizin und in religiösen Ritualen von verschiedenen Ethnien in diesem Land benutzt.

Seit wir in Kontakt mit dem Abendland gekommen sind, ist die Koka ein Gegenstand von Kontroversen gewesen. Als 1499 Amerigo Vespucci die nördliche Küste von

Südamerika entlangfuhr, beschrieb er ihre Bewohner folgendermaßen: "Sie waren sehr häßlich in ihrem Anblick und in ihren Bewegungen. Alle hatten die Backen voll mit einem grünen Kraut, das sie ständig kauten wie Tiere." Offensichtlich war die Kokapflanze damals bis nach Venezuela verbreitet. 500 Jahre später sind die Meinungen genauso geteilt wie damals.

Das Abkommen, das 1988 in Wien unterzeichnet wurde, hat den kulturellen Gebrauch der Kokapflanze anerkannt. Im Artikel 14, Absatz 2 heißt es: "Die Maßnahmen, die zur Ausrottung der Kokapflanze ergriffen werden, müssen so gestaltet sein, daß die Menschenrechte respektiert werden und daß der legitime traditionelle Gebrauch der Kokapflanze respektiert wird an Orten, für die dieser Gebrauch historisch belegt ist. Außerdem muß der Schutz der Umwelt gewährleistet werden."

Die Koka auf der Anklagebank

Trotz der Bedeutung, die die Koka für Millionen von Menschen hat und trotz des oben zitierten Artikels wird die Koka als psychotropische Substanz, als schädliche Droge in der Liste 1 des allgemeinen Abkommmens über Narkotika der UNO aus dem Jahre 1961 aufgeführt. Das ist, als ob die Kaffeebohne auf dieser Liste stünde, die Teepflanze oder der Tabak oder die Trauben aufgrund der Tatsache, daß aus ihnen Alkohol gewonnen wird.

Es gibt außerdem ein Verbot der Weltgesundheitsorganisation, die den traditionellen Konsum der Kokablätter als eine "Form der Drogensucht" betrachtet. Dieses Urteil war das Ergebnis der Forschungen einer Kommission, die im Dezember 1949 und Januar 1950 nach Peru und Bolivien reiste und von vornherein rassistische Vorurteile gegen die Bauern hatte. Anthropologen, Ärzte, Chemiker und Pharmakologen haben nachgewiesen, daß dieses Urteil nicht gerecht ist. Aus diesen beiden Gründen - weil Koka in der Drogenliste der UNO auftaucht und weil es von der Weltgesundheitsorganisation abgelehnt wird - ist der Anbau, der Transport, die Vermarktung und der Konsum von Koka zum Objekt internationaler Strafverfolgung geworden. In den Andenländern gibt es Gesetze, die die freie Verbreitung innerhalb des Landes als Straftat definieren. Im Rahmen des einheitlichen Abkommens von 1961 verpflichteten sich Bolivien und Peru, den Anbau und den Konsum der Koka innerhalb von 25 Jahren auszurotten. Dieser Zeitraum von 25 Jahren war im Dezember 1989 abgelaufen. Nach den Regeln der UNO muß auch die Verbreitung des unschädlichen Coca-de-Mate- oder Kokatees auf dem Weltmarkt unterbunden werden.

Die Kokapflanze könnte sich in ein wichtiges Produkt des inländischen Konsums und in ein wichtiges Exportgut unserer Länder verwandeln. Der Koka-Mate und die zwei Dutzend seiner Derivate, die heute in Bolivien hergestellt werden, haben ein beachtliches Potential.

Es ist nicht nachgewiesen, daß die Koka schädlich für die Gesundheit ist. Verschiedene medizinische und physiologische Studien haben nachgewiesen, daß 1. Koka nicht gleich Kokain ist, 2. Koka-Kauen in keiner Weise süchtig macht, 3. Koka ein Aufputschmittel ist, 4. Koka Durst und Hunger bekämpft und 5. Koka die Anpassung an große Höhen erleichtert. Das ist das Ergebnis einer kürzlich durchgeführten Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation.

Weiße Geschichte

Die Geschichte des Kokains ist eine andere. Das Kokain wurde zum ersten Mal im vergangenen Jahrhundert isoliert. Die Koka ist seit 500 Jahren ein Ausdruck der Konfrontation der andinen Kultur, die sich gegen ihre Vernichtung wehrt, mit der westlichen Kultur, die mit einem gewissen Erfolg versucht hat, ihre Normen durchzusetzen. Eine dieser Normen ist das ideologische Gebot "teile, und du wirst verstehen". Diese Art, das Universum zu begreifen, indem man es in seine Teile zerlegt, von der der wissenschäftliche Geist des Westens beherrscht ist, brachte ihn dazu, einen Teil der Koka aus seinem integralen Kontext zu lösen.

Im Westen wurde das Alkaloid Kokain aus der Kokapflanze isoliert. Die Kokapflanze enthält mindestens 14 weitere Alkaloide und andere Substanzen, die zusammen ein Ganzes bilden, das heute außerhalb Boliviens und Perus allgemein verdammt wird. Im Jahre 1860 beschrieb Albert Niemann von der Universität Göttingen das Vorgehen beim Isolieren dieses Alkaloids, und er nannte es Kokain. Nach anderen Quellen war der erste, der das Kokain isoliert hat, ein italienischer Arzt namens Enrique Pizzi, der in Bolivien als Apotheker arbeitete. Da er ein Italiener im Ausland war, kümmerte sich niemand um seine Entdeckung. Im Jahr 1880 berichteten die Ärzte Bentley und Palmer über den Versuch, Morphiumsüchtige mit Kokain zu behandeln. Vier Jahre später probierte Sigmund Freud zum ersten Mal das Alkaloid aus und veröffentlichte den Beitrag "Über Koka". In diesem Artikel verteidigt er das Kokain und erklärt es als nützlich für verschiedene Zwecke, vor allem zur Heilung von Morphiumsüchtigen und Alkoholkranken. 1895 rückte Freud von seiner Behauptung ab, daß das Kokain unschädlich sei und erkannte an, daß es zur Abhängigkeit führt.

In den USA vertrieb die Firma Parke, Davis & Company einen Likör auf Kokabasis. Sie veröffentlichte 1885 eine Werbeschrift, in der sie schrieb: "Dank seiner stimulierenden Eigenschaften kann dieser Likör als Nahrungsmittel dienen, Feiglinge tapfer machen und Schweigsame beredsam, er kann die Opfer des Alkoholismus und der Opiumsucht aus ihrer Sklaverei befreien." Später, als immer schlechter über das Kokain und damit auch über die Koka geredet wurde, mußte Parke dieses Werbeblatt verbrennen lassen.

Coca-Cola for ever

Im Jahr 1880 ließ ein Offizier der Armee der Südstaaten, ein Apotheker aus Atlanta namens John Styth Pemberton, einen "Wein aus Koka, ideales Tonikum und Stimulanz", offiziell registrieren und begründete die Pemberton Chemical Company. Pemberton, der Vater der bekanntesten Limonade der Welt, machte aus dem früher üblichen Kokawein ein nichtalkoholisches Getränk. Später fügte er Koffein hinzu. Um eine größere Stimulationswirkung zu erzielen und da die Flüssigkeit einen fürchterlichen Geschmack hatte, versetzte er sie mit einer Reihe aromatischer Essenzen.

Aber das war noch nicht die endgültige Zusammensetzung des Tonikums: er fügte auch die Cola-Nuß hinzu, ein Stimulans afrikanischen Ursprungs. Mit diesen Bestandteilen - Koka, Cola, Koffein, Essenzen und verschiedenen Ölen - verkaufte die Jakobsapotheke in Atlanta im Mai 1886 das erste Glas Coca-Cola. Es galt als ein Mittel, den Kater nach übermäßigem Alkoholgenuß zu bekämpfen. 1873 kam ein Herr Asa G. Candler mit 75 Cents in der Tasche nach Atlanta. Er hatte dort solchen geschäftlichen Erfolg, daß er 1889 Herrn Pemberton das Patent für sein Tonikum für 2.300 Dollar abkaufen konnte. Herr Candler und sein Bruder waren geniale Werbestrategen und begannen das schlecht schmeckende Coca-Cola zu popularisieren, indem sie kostenlos Kalender verteilten. Sie gründeten die Coca-Cola-Company. 15 Jahre später ging es ihnen bereits glänzend. Sie hatten ein Kapital von 50 Mio. Dollar. 1903 wurde das Kokain als Bestandteil des Coca-Cola beseitigt, jedoch nicht die Koka. 1894 entwarf ein Plakatmaler namens James Counden den noch heute üblichen Schriftzug und 1915 entstand die charakteristische Coca-Cola-Flasche. Sie ist angeblich der Form der Koka-Samen nachgebildet.

Heutzutage benützt die Firma Coca-Cola Kokablätter als Bestandteil ihrer berühmten Formel 7X. Sie importiert aus Bolivien und Peru zwischen 700 und 1000 Metrische Tonnen Kokablätter und entzieht ihnen dann das Kokain. Die Kokablätter verwendet die Firma Coca-Cola zur Zubereitung ihres Gebräus. Das Kokain wird nach Europa exportiert und dort zu therapeutischen Zwecken verwandt: als Lokalanästhetikum und als schmerzdämpfendes Mittel für Krebspatienten im letzten Stadium. Die Formel 7X ist das bestgehütetste industrielle Geheimnis der Welt. Es heißt, daß die einzigen drei Chemiker, die die Formel kennen,

niemals im gleichen Flugzeug reisen, um nicht gemeinsam zu sterben und dieses wichtige Geheimnis mit ins Grab zu nehmen. Vor kurzem ist allerdings ein Buch erschienen mit dem Titel "Für Gott, Vaterland und Coca-Cola". Autor ist der US-Amerikaner Mark Pendergrast. Er veröffentlicht dort die Formel: Koffein, Vanilleextrakt, aromatische Stoffe (Orange, Zitrone, Muskatnuß), flüssiges Kokaextrakt usw.. Die Coca-Cola-Company verfügt über so viel Macht, daß es ihr gelungen ist, einen speziellen Artikel zu ihren Gunsten in das internationale Abkommen über Narkotika von 1961 einzubringen. Es handelt sich um den Artikel 27, der erlaubt, einen Geschmacksstoff auf der Basis von Kokablättern zu vertreiben, der kein Kokain enthält. Es ist nicht sicher, ob Coca-Cola überhaupt kein Kokain enthält. Es ist möglich, daß es einen Anteil unterhalb des Limits von 0,1 Prozent enthält, den das Wiener Abkommen für "Kokainpräparate" erlaubt.

Heutzutage gibt es verschiedene Firmen in Bolivien und eine in Peru, die Derivate aus Kokablättern für nützliche Zwecke verwenden. Eine der bolivianischen Firmen ist die Corporación Industrial de la Coca (COINCOCA) mit Sitz in Cochabamba, die in kleinem Unfang zehn "Produkte für Ihre Gesundheit und Schönheit auf Kokabasis" produziert. Es gibt eine Kosmetikfirma, die eine Zahnpasta mit Namen CODENT vertreibt. Da diese Zahnpasta Kindern nicht schmeckt, gibt es auch ein weiteres Produkt mit Namen CODENTITO. Es gibt eine lange Liste von solchen Produkten auf Kokabasis.

Der Nährwert der Kokapflanze scheint sehr hoch zu sein. Das widerlegt die These, daß die Unterernährung bei den Völkern der Anden mit der Sitte zusammenhängt, Koka zu kauen. Obwohl unbestreitbar ist, daß die Kokablätter toxische Alkaloide enthalten, haben sie auch einen hohen Nährwert. Bei den Alkaloiden handelt es sich um natürliche Substanzen, die in einigen Pflanzen vorkommen und die in verschiedener Weise das zentrale Nervensystem beeinflussen. Dazu gehört auch das Koffein, das Nikotin und das Morphin, um nur die bekanntesten zu nennen.



Im Schatten der anderen Koka: Elendsviertel in Bogotá



Alternativen

Die Ausrottung der Kokapflanze und die Repression gegen Produzenten und Konsumenten muß nicht nur aus prinzipiellen Gründen abgelehnt werden, sondern auch wegen ihrer Zwecklosigkeit. Seit 1981 sind in Peru 31.000 ha Kokapflanzungen vernichtet worden. Gegenwärtig beträgt die Anbaufläche 300.000 ha. In Bolivien sind 25.000 ha seit 1989 vernichtet worden. Es gibt immer noch 45.000 ha.

Die Kokaproduzenten und verschiedene Forschungseinrichtungen, die mit Accion Andina zusammenarbeiten, schlagen sechs Punkte für eine alternative Nutzung der Kokapflanze vor. Ausführlicher eingehen werde ich nur auf die Punkte 4, 5 und 6.

1) Der traditionelle Anbau und Konsum der Kokapflanze soll verteidigt und das entsprechende Verbot muß beseitigt werden.

2) Die industrielle Verwertung der Kokapflanze zu unschädlichen Zwecken muß vorangetrieben werden mit Hilfe einer geeigneten Forschung und der Werbung für alternative Produkte auf Kokabasis für den inländischen Konsum und den Export.

3) Kokakulturen, die nicht anderen Zwecken zugeführt werden können, sollen auf freiwilliger Basis durch andere Anbauprodukte ersetzt werden, wobei die sozialen Organisationen der Kokabauern ein Mitspracherecht erhalten müssen.

4) Die Bauernorganisationen müssen Projekte einer integrierten und nachhaltigen ländlichen Entwicklung vorantreiben, sowohl in den Gebieten, in denen gegenwärtig Koka angebaut wird, als auch in den Gebieten, aus denen Arbeitskräfte in die Kokaanbaugebiete abwandern.

5) Es muß eine makroökonomische Politik betrieben werden, die die Landwirtschaft begünstigt und die einheimische Nahrungsmittelproduktion fördert, die rationale Nutzung der Wälder und den Export konkurrenzfähiger Produkte ausbaut. Soziale Aspekte müssen im Vordergrund stehen.

6) Es muß Informations- und Aufklärungskampagnen geben, um den Drogenkonsum in Elendsvierteln und auf dem Land einzudämmen. Die sozialen Organisationen müssen hieran beteiligt werden.

Wir sind nicht einverstanden mit der Formel "Koka für Entwicklung", wie sie die bolivianische Regierung in den Jahren 1987 bis 89 vertreten hat. Sie scheint uns auf eine Erpressung und eine "Narkotisierung " der internationalen Beziehungen auf der Ebene der Entwicklungshilfe hinauszulaufen.

Die Variante "Entwicklung statt Koka", die die bolivianischen Funktionäre des Dro-

genbekämpfungsprogramms der UNO ins Spiel gebracht haben und die Interamerikanische Entwicklungsagentur der USA (USAID) im Jahre 1989/90, erscheint uns auch erpresserisch. Immerhin hat sie den Vorteil, daß darauf hingewiesen wird, daß Kokapflanzen nicht ausgerottet werden sollen, wenn nicht vorher in den Anbaugebieten ein Programm zur integrierten Entwicklung durchgeführt worden ist.

Wir sind auch nicht einverstanden mit der Formel "Entwicklung durch Koka"; wir halten die Aussage für utopisch und gefährlich. Diese Formulierung ist ein paar Mal von der bolivianischen Regierung unter dem Ex-Präsidenten Jaime Paz ins Spiel gebracht worden. Sie ist das "Schlachtroß der Kokaproduzenten". Unsere Organisation hat diese Formulierung zunächst akzeptiert auf der Basis der Theorie der peruanischen Autoren Baldomero Cáceres und Fernando Cabieses, die behauptet haben, daß wenn der Kokaanbau nicht mehr bestraft würde, trotzdem eine so hohe Nachfrage gegeben wäre, daß die heutigen Anbaugebiete nicht ausreichen würden, um sie zu befriedigen. Diese Aussage ist aber falsch. Das gesamte Coca-Cola, das auf der Welt konsumiert wird, wird auf der Basis eines Koka-Extrakts hergestellt, der aus nicht mehr als 1.000 Metrischen Tonnen pro Jahr gewonnen wird. Das entspricht einer Anbaufläche von 900 ha.

Angenommen, wir könnten 400 Mio. Chinesen dazu überreden, täglich einen Beutel mit Mate de Coca zu konsumieren - das wäre das Produkt, bei dem von allen möglichen industriell verwertbaren Produkten am meisten Anbaufläche benötigt würde -, dann würden für dieses Konsumniveau 131.000 ha Anbaufläche genügen. In den Andenländern gibt es aber etwa 400.000 ha Anbaufläche.

Bedenklich an diesem Vorschlag ist, daß es auch schon früher solche Vorschläge gegeben hat, die einem Produkt die Rolle des Motors für den Export zugewiesen haben. Solche Modelle hat es für das Erdöl gegeben, den Kaffee, das Kupfer, den Zucker, das Zinn, für Fischmehl, Kautschuk usw.. Sie haben uns immer tiefer ins Elend und in die Abhängigkeit vom Ausland gestürzt. Ich glaube nicht, daß wir den Bauern diese Illusion verkaufen sollten und natürlich sollten wir auch nicht unwidersprochen hinnehmen, daß unsere Regierungen sie ihnen verkaufen.

Unser Vorschlag wäre eine "integrierte Entwicklung mit Koka". Das wäre eine Entwicklung alternativ zu jener, die Armut hervorbringt, eine Entwicklung, die "von unten" und "von innen" vorangetrieben wird. Eine solche Entwicklung würde mit breiter Beteiligung der Bevölkerung erfolgen, wobei die kulturellen Aspekte der Kokaproduktion und des Kokakonsums respektiert würden. Es müßte sich um ein Modell handeln, das auf dem Anbau vielfältiger Feldfrüchte beruht, so wie es unsere Vorfahren gemacht haben - auf verschiede-



Kokabauern protestieren für ihr Recht auf gesicherten Lebensunterhalt

Ziele und Forderungen der Produzenten

Die Vorschläge der Kokabauern wurden in einem Bericht für das zweite Kokabauern-Treffen in Cusco zusammengefaßt. Es handelt sich um die folgenden:

1.) Widerstand gegen die Politik, die das Verbot und die strafrechtliche Verfolgung des Konsums betont, die Vernichtung der Anbauflächen und die sogenannte "alternative Entwicklung". Eine solche Politik führt zu Militarisierung und zur Zerstörung oder Schwächung der Volksorganisationen und zur Zerstörung der existierenden Landstruktur und Nahrungsmittelversorgung.

2.) Der Konsum von Kokablättern und ihren Derivaten muß neu bewertet werden. Dazu muß man Einfluß auf die UNO nehmen, damit der Genuß von Koka nicht mehr kriminalisiert wird. Auf diese Weise ließe sich der Kokaanbau für den internen Konsum und den Export industrialisieren und damit zum Nutzen der Menschheit einsetzen.

3.) Die Regierungen und die Nichtregierungsorganisationen müssen sich an folgende internationale Organsationen und Foren wenden: den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO in New York, um eine Debatte in der UN-Vollversammlung über dieses international wichtige Thema zu erwirken. An die Drogenkommission der UNO in Wien, um zu erreichen, daß die Kokapflanze aus der Liste 1 gestrichen wird. Außerdem muß erreicht werden, daß die Weltgesundheitsorganisation in Genf und die Panamerikanische Gesundheitsorganisation in Washington das Urteil revidieren, daß die Kokapflanze süchtig macht. Die Internationale Arbeitsorganisation in Genf muß sich dafür einsetzen, daß der Gebrauch der Koka als Teil der kulturellen Rechte und des Arbeitsrechts für die Indigenas anerkannt wird. Und die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte in San José de Costa Rica schließlich muß dazu gebracht werden, sich für den Schutz der indianischen Völker vor Menschenrechtsverletzungen einzusetzen.

4.) Die Bauern fordern gerechte Preise für Produkte, die die Koka substituieren. Sie fordern inländische Preise, die nicht der Importkonkurrenz ausgesetzt sind und sichere Märkte für die Ersatzprodukte und für die industriellen Derivate der Kokablätter. Außerdem fordern sie ein ausreichendes Straßen- und Wegenetz, Elektrifizierung, um industrielle Verarbeitungsmöglichkeiten zu schaffen, Kredite und Sparkassen für die Bauern, technische Hilfe, Wohnungsbau, Ausbau des Gesundheits- und Erziehungswesens und der technischen Ausbildung. Bei alledem müssen die Produzenten von Anfang an einbezogen werden, auch bei der Ausarbeitung der Projekte.

5.) Versuche, durch Geldzahlungen an die Bauern die Vernichtung der Kokafelder zu erreichen, wie es in Bolivien versucht wurde, führen zu nichts, auch nicht der Versuch, im Austausch für die Vernichtung der Kokafelder den Bauern Landtitel zu geben wie in Peru. Eine Lösung wäre eine wirkliche integrale und nachhaltige ländliche Entwicklung, die "von unten" und "von innen" kommt und nicht "von oben" und "von außen". Die Verteidigung der Kokablätter ist nicht nur eine ethnisch-kulturelle und historische Forderung und eine Forderung nach nationaler Souveränität, sondern davon hängt auch das Überleben der Bauern und ihrer Familien ab.

Die Alternativvorschläge der Accion Andina

(Die Vorschläge, die schon im Referat von Hugo Cabieses wiedergegeben sind, wurden weggelassen)

1.) Die Bauern sagen, daß Koka nicht gleich Kokain ist, daß es keine Droge ist, sondern eine Naturressource. Accion Andina unterschreibt das, ist sich aber bewußt, daß es ein Vorurteil gegen Drogen gibt, das die Bauern glauben läßt, daß Koka kein Kokain enthält. Man muß hier unterscheiden nach der Art, Quantität und Dauer der Kokainaufnahme durch diejenigen, die traditionell Blätter kauen oder Koka-Derivate wie Mate de Coca oder Codent konsumieren. Es ist nachgewiesen, daß sowohl Koka als auch Mate de Coca Kokain enthalten. Wenn die Bauern Koka kauen oder in Form von Tee zu sich nehmen, nehmen sie dabei auch Kokain auf - allerdings in Quantitäten, die nicht gesundheitsschädlich sind.

2.) Die Kokabauern betrachten die Produzenten von Schlafmohn und Marihuana als Drogenhändler. Für Accion Andina sind die einen ebenso arme Bauern wie die anderen, und daher ist es empfehlenswert, auch ihre Forderungen zu artikulieren. Die Bauern, die Koka, Marihuana oder Schlafmohn anbauen, leiden in gleicher Weise unter den Wirtschaftsmodellen, die zur Verarmung der Landbevölkerung führen und ihre Nahrungsbasis zerstören. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als diese Rohstoffe zu produzieren. Deshalb sollten sie ihre Aktionen aufeinander abstimmen.

3.) Die Möglichkeit gemeinsamer Kampagnen mit Bewohnern aus Elendsvierteln aus dem Norden, aus Orten, wo Drogen konsumiert werden, weisen die Kokabauern zurück. Accion Andina ist der Ansicht, daß die Armen in den Städten im Norden gemeinsame Interessen mit den Kokabauern haben, die auch arm sind. Deshalb sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, wie beide Gruppen aufeinander zugehen können und ihre Lebensrealität gegenseitig kennenlernen, ohne sich von den Vorurteilen beeinflussen zu lassen, die aus dem Diskurs des "Kriegs gegen die Drogen" stammen. Auf der Seite der Produzenten sind die ersten Opfer die Produzenten von Rohstoffen, und auf der Konsumentenseite sind die armen Drogenkonsumenten in den Städten des reichen Nordens diejenigen, die als erste die Folgen dieses sinnlosen Krieges zu spüren bekommen.

4.) Die Bauern sind gegen die Legalisierung von Drogen. Sie argumentieren, daß eine solche Legalisierung ein Hindernis für ihren Kampf für die Entkriminalisierung der Koka wäre. Vielleicht haben sie recht, aber Accion Andina ist, wie "Cambio 16" in Spanien und "The Economist" in England der Ansicht, daß das Drogenverbot der Faktor ist, der die Drogenhändler reich macht und die Menschen umbringt. Deshalb muß man die Folgen einer Drogenlegalisierung für die Ökonomie und die Gesellschaft sorgfältig abwägen, im Süden ebenso wie im Norden.

5.) Die Kokabauern sind gegen die Ersetzung des überschüssigen Kokaanbaus durch andere Feldfrüchte, denn sie zu akzeptieren hieße, die Vernichtung von Kokafeldern zu akzeptieren. Accion Andina ist der Ansicht, daß es in den drei Andenländer nicht mehr als 120.000 ha Kokafelder geben sollte. In den drei Ländern gibt es gegenwärtig etwa 365.000 ha Kokafelder - davon etwa 40.000 ha in Bolivien, 25.000 in Kolumbien und 300.000 in Peru. Ein Programm zur integrierten landwirtschaftlichen Entwicklung mit industrieller Nutzung von Koka muß auch davon ausgehen, daß ein Teil dieser Kokakulturen durch andere ersetzt werden müßte. Wir sind nicht für Modelle, die auf Monokulturen beruhen; wir bevorzugen Modelle mit Biodiversität, d.h. eine Landwirtschaft mit vielfältigen Feldfrüchten. Hinzu kommt, daß 60 bis 65 Prozent der Kokafelder sich nicht für die Landwirtschaft eignen. Deshalb ist es nötig, sie wiederaufzuforsten, um die Natur zu schützen. Daß die Bauern die gegenwärtige Ausdehnung des Kokaanbaus verteidigen, beeinträchtigt ihre Glaubwürdigkeit und verhindet, daß man im Norden Bündnispartner für gemeinsame Kampagnen findet. Die Bauern müssen einsehen, daß es einen "überschüssigen Kokaanbau" gibt.



Offener Verkauf von legalen Koka-Produkten

Wer ist Acción Andina ?

Acción Andina ist eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in La Paz, Bolivien. Gegründet wurde sie 1992, um bereits vorhandene Aktivitäten der Kokabauern und deren Organisationen zu unterstützen und ihnen neue Impulse zu geben. In Acción Andina arbeiten Institutionen und Personen aus Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela zusammen. Acción Andina berät den 1991 gegründeten "Rat der Kokaproduzenten in den Anden" (Consejo Andino de Productores de Coca, CAPC), die bedeutendste Vereinigung der Kokaproduzenten und -konsumenten in den Andenstaaten. Zu den wichtigsten ihrer bisherigen Aktivitäten zählt z.B. die Organisation des zweiten Andentreffens der Cocaleros in Cuzco 1993, die Herausgabe der Zeitschrift Kintu und anderer Schriften, außerdem die permanente Unterstützung der Gewerkschaften der Yungas (ADEPCOCA), el Chapare, Cuzco (FEPCACYL und FDCQ) und der des Rio Apurimac Tales (FECVRA). Außerdem ist Acción Andina im Bereich interdisziplinäre Forschung aktiv und initiiert Kampagnen.

nen ökologischen Stufen und mit einem ausgeglichenen Verhältnis zur Natur.

Viele Fragen sind noch offen

In der Debatte über die Legalisierung der Drogen, die heutzutage im Norden geführt wird, unterscheiden 'Sie' zwischen harten und weichen Drogen. Für uns existieren außerdem noch die sogenannten "schmutzigen" Drogen wie der "basuco" in Kolumbien, "pitillo" in Bolivien und "quete" in Peru. Dabei handelt es sich um Zwischenprodukte zwischen Koka und Kokain. Die Ausbreitung des Konsums dieser Art von Drogen in unseren Ländern wollen wir vermeiden. Diese Drogen sind hochgiftig, weil man dabei Kerosin, Aceton und andere chemi-



"Koka oder Tod" steht auf dem Banner dieser Pflanzer-Demonstration in Peru

Kokakampagne

Sechzehn europäische NGOs haben in Zusammenarbeit mit Acción Andina für März/April 1995 eine europaweite Kampagne vorbereitet, deren Ziel Information und Sensibilisierung der Europäer bezüglich der Kokaproblematik ist. In Brüssel richteten die beteiligten Organisationen ein Koordinationsbüro ein, das hauptverantwortlich von der Cooperazione Internazionale Sud/Sud Italia, von Ibis Dänemark und Service Oecuménique d'Entraide, France, geführt wird.

Die Kampagne umfaßt die vier Themenbereiche Koka, Drogen, Drogenhandel und Nord-Süd-Beziehungen. Die zentrale Forderung lautet: "Entkriminalisierung der Koka, integrale Entwicklung mit der Koka".

In den Monaten März/April '95 kommt eine vierköpfige Delegation von Acción Andina (zwei Wissenschaftler, zwei Cocaleros) nach Europa, die zu Veranstaltungen aller Art unterwegs sein wird.

Bislang ist in der Bundesrepublik folgendes geplant: Eine die Kampagne begleitende Informationsbroschüre in allen europäischen Sprachen; ein Koordinationstreffen für die Aktivitäten in der Bundesrepublik; Übersetzung einer Bildausstellung aus dem Französischen; ein Seminar für Lehrer in Bielefeld; ein medizinisch/wissenschaftliches Symposium in Hamburg; ein Symposium zu den juristischen Implikationen des Kokaanbaus in Freiburg; Informationen auf dem evangelischen Kirchentag und ca. acht Informationsveranstaltungen in verschiedenen Städten.

Der deutsche Kampagnenteil wird von der Informationsstelle Peru e.V., Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 396392, Fax 3909866 vorbereitet und koordiniert.



Eine Legalisierung von Drogen würde das Koka billiger machen. Ob dieser Ankäufer damit einverstanden wäre?

sche Produkte zu sich nimmt, die äußerst schädlich sind für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Die Legalisierung der Drogen im Norden, besonders die Legalisierung der "harten", würde uns in dieser Hinsicht nicht sehr viel weiter helfen.

Wir denken, daß das Für und Wider der Legalisierung gleichermaßen ernsthaft diskutiert werden muß. Accion Andina sympathisiert mit Vorschlägen wie denen von Rosa del Olmo aus Venezuela (siehe ihren Beitrag in diesem Heft) und Ethan Nadelman aus den USA, die von der Notwendigkeit sprechen, den Drogenkonsum zu "domestizieren". Domestizierung liefe auf eine regulierte Verteilung von Drogen hinaus. Im Süden müssen wir klug abwägen, ob das nützlich ist. Wir glauben, daß die Kosten einer Legalisierung sehr hoch wären, denn der Konsum würde sofort zunehmen, da die existierenden Mechanismen der sozialen Kontrolle sehr schwach sind, wozu auch die neoliberale Anpassungspolitik beigetragen hat. Auf der anderen Seite, auch wenn das zynisch erscheinen mag: eine Legalisierung würde dazu führen, daß die Rohstoffe für natürliche Drogen - Koka, Marihuana und Schlafmohn - zu niedrigen Preisen gehandelt würden. Die Preise für synthetische Drogen würden steigen, und davon würden wiederum die Länder des Nordens profitieren. Eine solche Entscheidung könnte auch nicht einseitig sein, sondern sie müßte zwischen allen Ländern der Welt abgesprochen werden, und dabei müßten die Länder des Nordens nicht nur die Hälfte der Verantwortung übernehmen, sondern einen höheren Anteil, denn ihre Märkte rufen die hohe Produktion hervor. Diese Verantwortung würde nicht nur bedeuten, daß der Norden mehr Mittel für die Entwicklung der verarmten Regionen, die Rohstoffe für Drogen produzieren, bereitstellt; sie würde auch beinhalten, den Kampf gegen die Geldwäscher und gegen den Handel mit synthetischen Drogen ernstzunehmen.

Das sind einige der Vorschläge, die wir in die Debatte einbringen wollen. Wir geben zu, daß für uns viele Fragen noch unbeantwortet sind, nicht nur die, wie wir uns in der Debatte über die Legalisierung der Drogen verhalten sollen.

Das wichtigste ist, daß eine Politik betrieben wird, die auf einem Konsens mit den Produzenten und anderen sozialen Gruppen aufbaut, die mit dieser komplexen Problematik zu tun haben. Wir müssen uns einigen, um gegen ein Übel anzugehen, das uns alle betrifft, und es mit einer Medizin bekämpfen, die nicht schlimmer sein darf als die Krankheit. Der "Krieg gegen die Drogen" ist in diesem Sinne sicher keine gute Medizin.

Hugo Cabieses

Übersetzung: CN

Die Organisation der kolumbianischen Drogenunternehmer



Der kolumbianische Kokainmarkt hat eine weitverzweigte, nicht-hierarchische Struktur

Zur Kennzeichnung der kolumbianischen Drogenunternehmen hat sich international der Begriff Kartell durchgesetzt. Mit diesem Begriff ist die Vorstellung von mächtigen zentralistischen und unternehmerisch strukturierten Organisationen verbunden, die jede Phase des Gesamtprozesses kontrollieren. Eine solche Vorstellung muß als Teil der Mythologie gewertet werden, die sich über den Drogenhandel herausgebildet hat. Die wirkliche Struktur und Funktionsweise der kolumbianischen Drogenunternehmer ist, wie folgender Beitrag zeigt, komplizierter.

Der Kokainmarkt ist ein je nach den verschiedenen Phasen von Produktion und Vermarktung differenzierter Prozeß. Zur bildlich-vereinfachenden Wiedergabe seiner Struktur eignet sich das Modell zweier durch ihre Öffnungen verbundenen Trichter:

KOKABLATTPRODUZENTEN UND VERARBEITER ZU GRUNDPASTE
VERMARKTER DER GRUNDPASTE
OLIGOPOLISCHE VERFEINERUNGS- UND EXPORTORGANISATIONEN

GROSSVERTEILER IM VERBRAUCHERLAND
KLEINVERTEILER
KLEINVERKÄUFER FÜR DEN VERBRAUCHER (DEALER)
ENDMARKT: GROSSE ANZAHL VON KOKAINENDVERBRAUCHERN

Das bedeutet, daß eine große Anzahl von kleinen Pflanzern - Bauern, Pächter oder Indígenas - die Kokablätter produziert und sie zunehmend auch am gleichen Ort in Rohpaste verwandelt. Bei Koka haben wir es also normalerweise mit einer kleinbäuerlichen Produktion zu tun und nicht mit einer Erzeugung durch Großgrundbesitzer. Die Paste wiederum wird von Händlern aufgekauft und diese lassen die Paste dann den mit der Raffinierung und dem Export in die Verbraucherländer befaßten Organisationen zukommen. Diese Pastenhändler sind z.T. mehr oder weniger auf "natürliche" Art und Weise mit Kernen von Verfeineren und Exporteuren verbunden, viele jedoch handeln unabhängig und verkaufen an diverse Mafiakerne. Ein Teil der Paste verbleibt in den Produktionsländern und wird hier meist in Form von "bazuco" konsumiert.

Die mächtigen Organisationen ihrerseits kontrollieren vor allem die Raffinierung und den Großexport, obwohl sie an einigen Punkten ihres Netzes sich selbst um den direkten Ankauf der Paste kümmern und sich der Kontrolle bestimmter Kleinverteilernetze in den Verbraucherländern widmen. Aber im allgemeinen übergeben die Großexporteure die Droge einer größeren Anzahl von Großverteilern, die sich um die Verteilung an die Kleinverteilernetze kümmern, die normalerweise nicht der Kontrolle durch die kolumbianischen Organisationen unterstehen. Diese Kleinverteiler bestücken zuguterletzt eine große Anzahl von Dealern, die an den Endverbraucher verkaufen.

Viele halbunabhängige Kerne

Dieses sehr vereinfachte Bild dürfte ausreichen, um aufzuzeigen, daß der Kokainmarkt eine komplexe Verzweigung von sehr unterschiedlichen Netzen aufweist, die nach verschiedenen Logiken funktionieren. Diese fangen bei der typisch bäuerlichen Produktion an und enden im Geschäft von Angesicht zu Angesicht (Dealer und Verbraucher). Zwischendurch durchlaufen sie eher unternehmerische Phasen. Aber selbst hier gibt es immer noch kleine unabhängige Exporteure, deren Spektrum vom Abenteurer, der auf eigene Rechnung und Risiko den Export von kleinen Drogenmengen auf sich nimmt, bis hin zu kleinen Kernen reicht, die spezielle Märkte kontrollieren. Darum handelt die kolumbianische Mafia eher wie eine Gesamtheit von Kernen mit manchmal sehr unterschiedlichen historischen und regionalen Traditionen. Mal wird zusammengearbeitet, mal bekämpft man sich gegenseitig, was gelegentlich in sehr gewalttätigen und blutigen Auseinandersetzungen gipfelt.

"Da die Organisation der kolumbianischen Mafia nicht vollständig hierarchisiert ist, bilden viele ihrer Mitglieder kaum Anhänger- oder Verbindungsgruppen aus und zahllose Klein- und Untergruppen bewegen sich nur am Rande der großen Gruppen in Medellín, Cali, Bogotá oder der Küste. Die Tatsache, daß die kolumbianische Mafia nicht hierarchisch und zentralistisch operiert, hat zur Folge, daß sie sich mit einem Netz von lokalen Vertretern, "lokalen Chefs" begnügt, die in einer Gemeinde, Stadt oder Region zusammengeschlossen sind und die mit Hilfe von Vetternwirtschaft, Hilfeleistungen und Stiftungen an die Bevölkerung Popularität und eine soziale Basis erreichten".[1] Wir glauben, daß diese Art, den Kokainmarkt zu organisieren, sich sowohl aus den einem illegalen Markt eigenen Merkmalen erklären läßt, als auch aus spezifischen historischen Faktoren, die in Kolumbien anzutreffen waren.

Auf der einen Seite hat die Illegalität die

Tendenz, den Markt aufzusplittern, in dem sie den Informationsaustausch über Preise, Qualitäten und Quantitäten behindert. Dieser zersplitterte Markt wird nun seinerseits von verschiedenen Netzen "aufgeteilt", die im eigenen Interesse versuchen, den Informationsfluß zu kontrollieren und so die Aufsplitterung noch verstärken. Diese Fragmentierung des Marktes in Etappen und halbunabhängige Kerne - die in Begriffen eines legalen Marktes irrational erscheinen könnte - stellt sich als eine adäquate Strategie dar, um es mit den einem verbotenen Markt eigentümlichen Risiken aufzunehmen. Als Ergebnis ergibt sich das Nebeneinander und die Überlappung von vielfältigen Netzen derart, daß diejenigen Organisationen am effizientesten sind, die die größte Fähigkeit besitzen, Schlüsselelemente des verbotenen Netzes zu kontrollieren.

Diese weitgehende Zersplitterung ist selbst bei strukturierteren Mafias, wie z.B. der sizilianischen, beobachtet worden, was Antonio Calderone kürzlich anhand der Zeugenaussage eines wichtigen reuigen Mafioso aufgezeigt hat. Nicht einmal dort gibt es eine zentrale Organisation, einen Anführer (capo) der Anführer, der in der Lage wäre, die Mafia politisch zu organisieren. Es gibt immer nur einzelne Chefs, die in prekären Gleichgewichten und vorübergehenden Allianzen leben und jederzeit bereit sind, sich gegenseitig zu täuschen und zu verraten.[2] Der Rückgriff auf die Gewalt ist also ein leicht abrufbarer Mechanismus und der Respekt vor den Hierarchien viel vorläufiger, als es bestimmte Darstellungen des Mafia-Phänomens vermuten lassen.

Jeder für sich und gegen den anderen

Noch nicht einmal das mögliche gemeinsame Interesse der verschiedenen Mafiaorganisationen, die Kontrolle der Staatsorgane zu umgehen, garantiert eine Zusammenarbeit zwischen ihnen. Ein kurzer Hinweis auf die Spieltheorie, angewandt auf das Verhaltensstudium oligopolischer Gruppen, kann hier weiterhelfen. Diese Analysen haben bewiesen, daß die Existenz eines gemeinsamen Interesses bei verschiedenen Akteuren - das sie zur Kooperation bringen müßte - nicht automatisch eben diese Kooperation auch herstellt. Zwar würden in vielen Fällen beide Akteure von der Zusammenarbeit profitieren, sicher ist aber auch, daß jeder für sich alleine mehr gewinnt, indem er den anderen verrät. Das ruft den instabilen Charakter dieser Übereinkünfte hervor.

Diese Überlegungen können auf die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen der kolumbianischen Drogenunternehmen ausgeweitet werden. Wenn auch alles darauf hindeutet, daß viele von ihnen aus der Zusammenarbeit ihren Nutzen ziehen - besonders gegenüber den Staatsorganen -, so ist gleichfalls sicher, daß diese Zusammenarbeit weder einfach noch automatisch vonstatten geht. Das Bild von rigide strukturierten kriminellen Organisationen, mit festen Regeln und klar definierten Autoritäten, ist eher Teil von Phantasien innerhalb der Bevölkerung und keine adäquate Beschreibung der wirklichen Funktionsmechanismen dieser Organisationen. Damit ist nicht gesagt, daß es keine Regulationsformen gäbe, um bestimmte Konflikte zwischen den Netzen der Drogenunternehmer abzumildern, ohne dabei gleich mit Notwendigkeit zur Gewalt Zuflucht zu nehmen. Wir wollen einfach nur den unstabilen und vorläufigen Charakter dieser Übereinkünfte betonen, insofern diese zwischen bewaffneten Akteuren getroffen sind, die bereit sind, sich jederzeit gegenseitig zu verraten.

Kolumbianische Besonderheiten

Es gibt aber auch historische Gründe für die besondere Strukturierung der kolumbianischen Mafias, von denen hier zwei hervorzuheben sind. Einerseits bauten sich die kolumbianischen Kerne als ziemlich offene Organisationen auf, als eine Art Mafia "der offenen Tür" und darin sehr verschieden von den sizilianischen Organisationen. So existierte in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre in Medellín eine als "apuntada" bekannte Vorgehensweise, die darin besteht, daß bei jedem Drogentransport viele, nicht der Organisation angehörige Personen teilnehmen, je nach ihrer Finanzkraft oder ihrer Stellung gegenüber dem Anführer (capo) oder Transportleiter. Dieses System hatte nicht nur ökonomische und Sicherheitsgründe (das Risiko sollte verteilt werden), sondern funktionierte auch als ein Mechanismus, Dienste politischer Freunde oder Staatsbeamter zu entgelten. Dies führte zu einer enormen Dezentralisierung des Geschäfts.

Andererseits ist Kolumbien, wie schon so oft gesagt wurde, ein Land der Regionen. Der unvollständige nationale Formierungsprozeß und der selbst wieder fragmentierte Charakter des kolumbianischen politischen Regimes haben sehr unterschiedliche lokale Entwicklungsprozesse hervorgerufen und sehr große Unterschiede in der Entwicklung der sozialen und politischen Akteure. All diese Widrigkeiten bestimmten auch die unterschiedliche Entwicklung der mafiosen Kerne. Darío Betancourth und Martha Luz García haben denn auch darauf hingewiesen, daß es in Kolumbien fünf Mafiazentren gibt, die sich in ihrem Herausbildungsprozeß alte Schmugglertraditionen und die Krise der traditionellen Produktion, auf die sich die lokalen Eliten stützten, zunutze machten.[3] Es handelt sich hier um die Kerne an der Atlantikküste, die aus Antioquia, die Talgruppe, die aus dem zentralen Smaragdgebiet und die aus der Nord-Ost-Region. Diese Kerne speisten sich aus verschiedenen soziokulturellen Traditionen und haben deswegen auch unterschiedliche soziale und politische Verhaltensweisen an den Tag gelegt. So ist beispielsweise das Verhalten des im Zentrum angesiedelten Kerns ('Medellinkartell') nicht gleichzusetzen mit dem des Kerns aus dem Tal ('Calikartell'). (Hierzu ausführlich der Beitrag von Kai Ambos in diesem Heft.) Der erste entwickelte sich mehr in Richtung auf eine ländliche Mafia und ist traditionellen Werten verbunden. Von daher ist es auch nicht erstaunlich, daß dieser Kern bevorzugt große Landkäufe tätigte und die Entstehung von paramilitärischen Banden auf dem Land unterstützte, um die Guerrilla und die Basisbewegung der Bevölkerung zu bekämpfen.

Die zweite Art von Mafia entwickelte sich in einem eher unternehmerischen sozioökonomischen Umfeld. Cali ist eine bedeutende Industriestadt und Sitz großer Zuckerproduktionsstätten, die vielleicht einen der modernsten Sektoren der kolumbianischen Landwirtschaft darstellen. "Wegen ihrer Entstehung, ihren Beziehungen, ihren Kontakten und ihrer Art zu handeln sind die Mafiosi aus dem Cauca-Tal noch eher mit dem europäischem Mafia-Modell zu vergleichen: Sie vermeiden offene Widersprüche sowohl mit den Staatsorganen, mit der politischen Klasse und mit der wirtschaftlichen Elite".[4]

Die vielschichtige Struktur des kolumbianischen Drogenmarktes ist hier klar ersichtlich. Auch wenn viele seiner Elemente noch unbekannt sind, so ist aber doch auch klar, daß diese Struktur sich nicht in die international vorherrschenden Bilder einfügt.

Rodrigo Uprimny

Übersetzung aus dem Spanischen, Harald Pioprowski

Der Autor ist Mitglied der kolumbianischen Sektion der Comision Andina de Juristas und lehrt an der Universität Bogota Recht.

Nachdruck aus: Drogas y control penal en los Andes, Hg.: Comision Andina de Juristas, Lima 1994

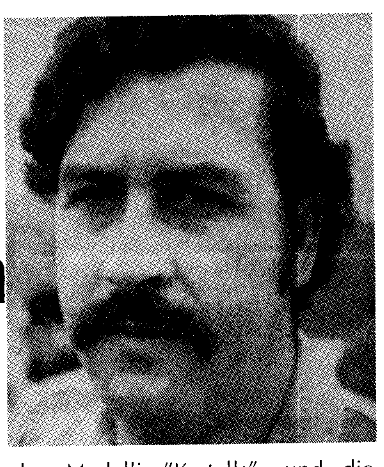
Anmerkungen:

1) Darío Betancourth und Martha Luz García "Contrabandistas, marimberos y mafiosos. Historia de la mafia colombiana 1965- 1992". Bogota: mimeo, 1993. Dieser Text wird demnächst bei Tercer Mundo veröffentlicht.

2) Nach Calderone ist die sizilianische Mafia aus sechs großen Grundeinheiten zusammengesetzt, verteilt auf die sechs Hauptprovinzen Siziliens. Die wichtigste, die in Palermo, zählt 2000 Mitglieder und ist in 58 Klans unterteilt. Die Klanchefs treffen sich auf einer Führungsebene, aber diese stellt nicht entfernt so etwas wie ein Leitungsorgan dar, da die wichtigsten Entscheidungen von den jeweiligen Klanchefs getroffen werden, ohne die Übereinstimmung mit den höheren Ebenen zu suchen. Die Mafia würde somit einen Kraken ohne Kopf darstellen, mit vielfältigen, ein Eigenleben führenden Tentakeln siehe Lecturas Dominicales, El Tiempo, 19.Juli 1992).

3) siehe 1)

4) siehe 1), S.21 ff



Von rechtschaffenen Bürgern und ihren Killern

Die Strategien der 'Kartelle' von Cali und Medellin

Die inzwischen zerschlagene Führungsstruktur des Medellin-"Kartells", personifiziert in Pablo Escobar Gaviria, den Ochoas und Rodriguez Gacha, war aus der kleinkriminellen Armen- bzw. Unterschicht zusammengesetzt, während die des Cali-"Kartells" - Rodriguez Orejuela und Santacruz Londoño - als "unbescholtene" Bürger mit hervorragenden Beziehungen zur traditionellen Bourgeoisie gelten. Dementsprechend verfolgten die "Kartelle" verschiedene Strategien politischer und sozialer Legitimation: Cali versuchte sich in die traditionelle Bourgeoisie zu integrieren, während Medellin politische Teilhabe in Form des "neuen Liberalismus" und territoriale Integration durch verstärkten Landerwerb zu erreichen suchte (sog. *contrarreforma agraria*). Die soziale Herkunft der führenden Mitglieder des Medellin-"Kartells" erklärt die leichteren Eintrittsmöglichkeiten ins "Kartell" und das höhere Maß an Konkurrenz. Anders verhält es sich im Fall des Cali-"Kartells", welches durch eine stärkere Monopolisierung und durch vertikale Kontrolle und Integration geprägt ist. Daraus ergaben sich unterschiedliche Strategien zur Interessendurchsetzung gegenüber Staat und Gesellschaft: Medellin ging traditionell mit hemmungsloser Gewalt vor und bediente sich dabei paramilitärischer Gruppen, deren aktivste die *extraditables* (Auslieferbaren) waren, während Cali diskretere Mittel - die Infiltration der staatlichen Behörden und Investitionen in die legale Wirtschaft - einsetzte. Die soziale Außenseiterposition Medellins machte es zur Hauptzielscheibe der staatlichen Repression, während Calis gute Beziehungen ernsthafte staatliche Verfolgung verhinderten, obwohl es im Kampf um Marktanteile nicht weniger hemmungslos Gewalt einsetzte und in letzter Zeit mehr und mehr einsetzt.

Das Medellin-"Kartell" hat sich, etwa in den Armenvierteln der nordöstlichen Zone Medellins, lokale Machtbasen geschaffen. Deren Bewohner dienen als Rekrutierungspotential für kriminelle Aufträge, insbesondere Mordanschläge und werden in sog. "Killerschulen" (*escuelas de sicarios*) und paramilitärischen Zentren ausgebildet. Die Auftraggeber der *sicarios* sind Glieder in einer langen Kette von Vermittlern, an deren Spitze Vertreter des "Kartells" oder mit ihnen verbundene Paramilitärs stehen:

"Mit den *sicarios* ... das ist wie ein Unternehmen, dessen Chef Pablo Escobar ist. Er gibt den Auftrag, der Chef seiner Leibwachen gibt das weiter an Mitglieder der Leibwache, die Kontakte in den *barrios* (Stadtvierteln) haben. Das ist wie eine Kette, bei der sich von Glied zu Glied die Information verringert, bis schließlich das letzte Glied sich auf sein Motorrad setzt, um die Sache für ein paar Dollars zu erledigen. Die wissen meist überhaupt nicht, wen sie da fertiggemacht haben, und meist gehen sie dabei selbst drauf. Warum sie es dann trotzdem tun? Wir nennen das hier *cultura de la muerte* (Kultur des Todes).[1]

Das *sicariato* ("Meuchelmordwesen"), durch das Medellin weltweit negative Berühmtheit erlangt hat, stellt einen wesentlichen Teil dieser "Kultur des Todes" dar. Es wird von Bewohnern der Zone mit der ausweglosen sozialen Situation der Jugend Medellins und der Möglichkeit schnell und leicht verdienten Geldes zur Rettung wenigstens der Familie erklärt. Die Aussagen der *sicarios* selbst werfen ein Licht auf ihre Motivation, sogar ihren eigenen Tod in Kauf zu nehmen:

"Es interessiert mich nicht, wenn sie mich umbringen, mich interessiert nur das Geld ... und Hauptsache meiner Familie geht es gut ... mir scheint es nichts Schlechtes, eine Person zu 'begraben' ... es sind ja immer die Reichen ... verwerflich wäre es, wenn ich Arme tötete" (anonymer *sicario*).

Bei der Betrachtung des um sich greifenden *sicariato* darf mithin nicht übersehen werden, daß zu dessen Entstehen und Anwachsen ganz wesentlich die verschiedenen Gewaltakteure in diesen Zonen (in den Drogenhandel Involvierte, aber auch Polizei und Guerilla) beigetragen haben. Durch ihre verstärkte Nachfrage nach "Arbeitskräften" zur Ausführung ihrer schwerkriminellen Aktivitäten haben sie die Ausmaße des *sicariato* potenziert.

Der "Drogenkrieg"

Seit der Ermordung des kolumbianischen Justizministers Rodrigo Lara Bonilla am 30.4.1984 durch das Medellin-"Kartell" herrscht "Krieg" zwischen Cali und Medellin. Der Krieg der "Kartelle" um Marktanteile wurde zum Krieg des Medellin-"Kartells" gegen den Staat, als der damalige Präsident Betancur noch am Sarg von Lara Bonilla die Auslieferung des Drogenhändlers Carlos Lehder an die USA ankündigte. Damit wurde 1984 der sog. "erste *Drogenkrieg*" eingeleitet. Seitdem wurde die Eliminierung von staatlichen Repräsentanten, die sich dem "Geschäft" engegenstellten, zur ständigen Praxis des Medellin-"Kartells", und die Regierung reagierte mit neuerlichen "Kriegserklärungen" auf den "*narcoterrorismo*". Den vorläufigen Schlußpunkt dieser Eskalation stellten im August 1989 die Morde an Carlos Valencia, Richter am Oberen Gerichtshof in Bogotá, Valdemar Franklin Quintero, Polizeichef in Antioquia und Luis Carlos Galan, liberaler Senator und Präsidentschaftskandidat, dar; woraufhin Präsident Barco dem Medellin-"Kartell" den sich bis heute fortsetzenden "Krieg" erklärte. Ein gewichtiger Grund für diese "Kriegserklärung" dürften die Bemühungen Medellins gewesen sein, Einfluß auf politischer Ebene zu gewinnen.

Allerdings wurden und werden von Seiten des Staates eine Reihe von Morden dem Bereich der Drogengewalt untergeschoben und insbesondere auf das Konto des Medellin-"Kartells" geschrieben, die mit dem Drogenhandel direkt nichts zu tun haben. Hier handelt es sich u.a. um die Ermordung von mißliebigen linken Politikern, Führern sozialer Bewegungen und Menschenrechtsaktivisten.

Medellin reagierte auf die härtere Linie Barcos mit zahlreichen terroristischen Anschlägen, die auch zivile Opfer forderten, z.B. am 2.9.1989 gegen die Zeitung *El Espectador*, am 27.11.89 gegen eine Linienmaschine der Fluggesellschaft Avianca und am 6.12.1989 gegen die Gebäude des dem Präsidenten unterstehenden Geheimdienstes DAS. Nach einem zwischenzeitlichen einseitigen Waffenstillstand des Medellin-"Kartells" am 27.7.1990, der den Regierungswechsel Barco/Gaviria ermöglichen sollte und von dem man sich Zugeständnisse seitens der neuen Regierung erwartet hatte, setzten die *extraditables* (Auslieferbaren) den Kampf Ende August mit Entführungen zahlreicher Journalisten und anderer Personen des öffentlichen Lebens fort. Nachdem sich dann Escobar im Juni 1991 selbst gestellt hatte und das Verbot der Auslieferung von Drogenhändlern in der neuen Verfassung verankert wurde, stellten die *extraditables* ihre terroristischen Anschläge ein. Im Laufe der Verfolgung Escobars nach dessen Flucht aus dem Gefängnis (Juli 1992) bis zu seinem Tod (Dezember 1993) wurde dann die militärische Struktur des Medellin-"Kartells" vor allem durch den zur Ergreifung Escobars gegründeten *bloque de busqueda* (Suchblock) vollkommen zerschlagen.

Kai Ambos

Anmerkung:

1) Sozialarbeiter aus dem Norden Medellins, Interview am 14.9.1990

Fluch und Segen des Drogenhandels in Kolumbien

In alle gesellschaftliche Bereiche und bis in die Zentren der Macht reicht der Einfluß von Drogenhandel und Drogenhändlern in Kolumbien. Mit diesem Einfluß müssen nicht allein Korruption und Gewalt assoziiert werden: Der Drogenhandel ist mit seiner Rendite zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Faktor geworden, der vielen Menschen Arbeit gibt und Überleben sichert.

Die Drogenwirtschaft gehört zur sog. "Schattenwirtschaft" (underground economy, economia subterranea), die alle privatwirtschaftlichen Tätigkeiten umfaßt, "die zwar zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen, aber nicht in die Sozialproduktsberechnung eingehen, weil man sie entweder ... nicht erfassen will oder ... kann, da sie gegenüber dem Staat verheimlicht werden".[1] Deshalb ist die ökonomische Bedeutung des Drogenhandels zwar unbestritten, aber aufgrund seiner illegalen Natur nur schwer zu messen.

Devisen für Drogen

Die Einnahmen aus dem Drogenhandel hängen von den auf dem US-Markt und den europäischen Märkten erzielten Großhandelspreisen[2], der verkauften Menge und der kolumbianischen "Durchdringung" dieser Märkte ab, wobei von mindestens 50% Beteiligung der Kolumbianer bei der Verteilung ausgegangen werden kann. Man muß zwischen Umsatzerlös, d.h. verkaufter Menge multipliziert mit dem Großhandelspreis (untechnisch 'Bruttoeinnahmen'), und Rein- bzw. Rohgewinn, d.h. Umsatzerlös abzüglich der Kosten[3] (untechnisch 'Nettoeinnahmen'), unterscheiden. Die Differenz kann bis zu 40% betragen. Um feststellen zu können, inwieweit der zunächst im Ausland (insbesondere USA) erworbene Reingewinn die kolumbianische Wirtschaft beeinflußt, muß der "Rückfluß" , d.h. der Teil des Reingewinns, der der kolumbianischen Wirtschaft in Form von Investitionen zugeführt wird und dessen prozentualer Anteil am Bruttoinlandsprodukt angegeben werden. Darüberhinaus ist zu berücksichtigen, daß auch die für die Differenz zwischen Umsatzerlös und Reingewinn verantwortlichen Kosten zum großen Teil Investitionen in Kolumbien darstellen (dazu s.u.).

Schätzungen zufolge belief sich der Reingewinn aus dem Kokain- und Marihuanahandel im Jahr 1991 auf bis zu 3.360 Mio. US-Dollar.[4] Für die Jahre 1981 - 1991 werden bis zu 44.296 Mio. US-Dollar als Reingewinn berechnet. Dabei konnte der Preisverfall bei Kokain in den 80er Jahren v.a. durch die Erschließung des europäischen Marktes ausgeglichen werden. Zudem ist der aufkommende Heroinhandel zu berücksichtigen, dessen Einnahmen sich schon 1991 auf ca. 1 Mrd. US-Dollar beliefen.

Allerdings ist zu beobachten, daß inzwischen nicht einmal mehr 15% des Reingewinns nach Kolumbien zurückfließen; dort machen sie jedoch immer noch ca. 2% vom BIP aus (Schätzung für 1990). Die kontinuierliche Abnahme des "Rückflusses", der 1984 noch ca. 30% des Reingewinns und einen Anteil von knapp 4% des kolumbianischen BIP ausmachte, ist nicht auf eine Steigerung des BIP zurückzuführen. Vielmehr ist der relativ geringe Anteil des Rückflusses am Reingewinn damit zu erklären, daß die Investitionsmöglichkeiten in Kolumbien beschränkt sind und die Drogenhändler weit lukrativere Anlagemöglichkeiten im Ausland finden können. Zudem müssen die Drogendollars - da rechtswidrig erworben - "gewaschen", also in "sauberes" Kapital umgewandelt werden, um ihren rechtswidrigen Ursprung zu verbergen. Kalmanovitz unterscheidet dabei zwischen privatem und staatlichem *Geldwaschen,* wobei auf diese Weise vor allem im nordamerikanischen und europäischen Finanzsystem insgesamt 4.600 Mio. US-Dollar (3.800 und 800) umgewandelt wurden.

Im Falle des "Geldwaschens" durch kolumbianische Institutionen wird ein Widerspruch zur offiziellen Anti- Drogenpolitik des Staates deutlich: So hat die kolumbianische Regierung nämlich seit der Öffnung des sog. "Geheimschalters" (*ventanilla siniestra*) der *Banco de la Republica* (kolumbianische Staatsbank) unter dem Präsidenten Lopez Michelsen (1974) den Kauf und Verkauf von (illegalen) Dollars vollkommen liberalisiert und nimmt die Deviseneinnahmen als willkommenen Beitrag zur Verbesserung der chronisch defizitären Zahlungsbilanz und zur Tilgung der Auslandsschulden entgegen. Diese Praxis ist durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung Gaviria nicht nur fortgesetzt, sondern durch eine Steueramnestie zur Repatriierung von Kapital und durch die inzwischen erfolgte vollkommene Liberalisierung des Devisentauschs noch verstärkt worden.



Kinder aus Milagrosa, einem von Pablo Escobar gebauten Vorort von Medellin, posieren vor der ihm zu Ehren errichteten Kapelle

Zwei Formen der *Narco-Investition* erfüllen zugleich den Zweck des "Geldwaschens": zum einen die zur Erhaltung des

"Geschäfts" notwendigen Reinvestitionen für Anbau, Laboratorien, Transportmittel etc. Zum anderen handelt es sich um weniger produktive Investitionen außerhalb des eigentlichen "Geschäfts" in mobile und immobile Kapitalanlagen. Diese Investitionsform nutzend haben kolumbianische Drogenhändler einen Großteil ihres Kapitals in große Ländereien, städtischen Grundbesitz (Bausektor) und andere Wirtschaftszweige investiert, was sich in den jeweiligen Regionen niedergeschlagen hat.

Drogendollars schaffen Arbeitsplätze

So haben Drogenhändler, bzw. ihre Organisation, zwischen 8 und 23% des 'Rückflusses' (ca. 300.000 US-Dollar) in Landerwerb investiert und besaß Ende 1988 ca. eine Million ha Grundbesitz, was 2,8% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche und 4,3% der Nutzfläche entspricht. Dabei wurden Zonen ausgewählt, die vom Konflikt zwischen traditionellen Großgrundbesitzern und der bäuerliche Interessen vertretenden Guerilla beherrscht wurden; insbesondere sind dies die Magdalena Medio-Region (Teile der Departements Caldas, Cundinamarca, Boyaca, Antioquia, Santander, Cesar und Bolivar mit Präsenz der FARC) und der Nordwesten des Landes (Córdoba, Antioquia und Teile von Sucre und Bolivar mit Präsenz der EPL und der FARC[1]). Ziel war hier die Etablierung einer neuen sozio-ökonomischen Ordnung, des sogenannten *modelo Magdalena Medio*, das in einer Umverteilung des Grund und Bodens im Sinne einer Konzentration in Händen der neuen Großgrundbesitzer, des Drogenhandels und einer Wahrung des Besitzstandes der traditionellen *latifundistas* bestand. Dies setzte die Vertreibung der Guerilla und ihr nahestehender sozialer Bewegungen mit Hilfe von paramilitärischen Privatarmeen voraus, die von Drogenhandel und traditionellem Großgrundbesitz gegründet und finanziert wurden (dazu unten). Das Ergebnis dieses gewalttätigen Prozesses war eine Vermehrung des Privateigentums in Händen von Drogenhändlern zu Lasten des Pachtbesitzes und eine zunehmende Landflucht der bäuerlichen Bevölkerung, die sich aufgrund gestiegener Bodenpreise ihrer Lebensgrundlagen beraubt und wachsender Gewalt durch paramilitärische Banden ausgesetzt sah. Die von den bäuerlichen Massen seit Jahrzehnten geforderte Landreform wurde damit zur sogenannten "landwirtschaftlichen Gegenreform" (*contrarreforma agraria*) umgekehrt.

Andererseits führten die teilweise "Befriedung" dieser Zonen und die Investitionen der Drogenorganisationen zu einer Produktivitätssteigerung und Modernisierung der Landwirtschaft. So ist es zu einer Produktivitätserhöhung der Viehzucht in beträchtlicher Höhe gekommen. Auch im städtischen Bereich läßt sich ein Einfluß der Investitionen von Einnahmen aus dem Drogenhandel feststellen. Der Einfluß der Drogengelder erklärt zu einem guten Teil die Konjunktur der Bauindustrie in einigen Städten, insbesondere in Medellin und Cali. Nach einer vorsichtigen Schätzung wurden von "Kartellen" 1988 an die 120 Mio. US-Dollar in Wohnungen investiert, was 30% der Investitionen in luxuriöse Wohnanlagen entspricht.



Abtransport Escobars, des Robin Hood von Medellin

In den wichtigen Drogenstädten lassen sich außerdem Auswirkungen des Drogenhandels auf die Arbeitslosenzahlen feststellen. Die Arbeitslosenquote Medellins, die traditionell weit über der nationalen Arbeitslosenquote lag (1979 bei 65%), bewegte sich 1987 mit 12% erstmalig knapp unter der nationalen Quote (12,3%). Nachdem der "Drogenkrieg" im August 1989 erneut ausgebrochen war, wurden zahlreiche Arbeitskräfte des "Kartells" "freigesetzt", so daß die Arbeitslosigkeit 1990/91 erneut auf bis zu 14% anstieg. Diesen Zahlen entspricht, daß etwa die Arbeitslosigkeit in Barranquilla (Atlantikküste), Hochburg des Marihuanahandels der 70er Jahre, mit Ende dieses Booms in den 80er Jahren von 6,3% (1979, national 8,8%) auf 14% (1987) bzw. 9,8% (1990) angestiegen ist. Andere Drogeninvestitionen mit regionaler Auswirkung sind etwa ein intensives Sponsoring von Sportvereinen oder Sportlern und der Kauf von Radiostationen oder Apotheken mittels Strohmännern und die Stärkung regionaler Finanzinstitutionen durch Anlage von "Drogengeldern".

Die wirtschaftliche Bedeutung des Drogenhandels für Kolumbien kann also zum einen daran ermessen werden, daß sein Ausmaß, bzw. aus ihm entstehende illegale Einnahmen, über 20% der Gesamtexporterlöse des Landes entsprechen und damit etwa halb so groß wie diejenigen des Kaffees als Hauptexportprodukt Kolumbiens sind. Zum anderen werden mit diesen Einnahmen in allen wichtigen Wirtschaftsbereichen Arbeitsplätze geschaffen. Dies gilt für die Landwirtschaft (Koka, Marihuana und nun auch Schlafmohnanbau), die Industrie (Verarbeitung zu Kokain) sowie für Handel (Lagerung, Verteilung, Transport) und den Dienstleistungssektor (Schutz, Rechts- und Wirtschaftsberatung etc.). Insgesamt wird geschätzt, daß 250.000 Personen direkt im Bereich des Drogenhandels und - anbaus beschäftigt sind. Dies entspricht 3% der Erwerbsbevölkerung insgesamt (7.500.000). Zusätzlich leben ca. eine Million Personen als Familienmitglieder oder anderweitig wirtschaftlich Abhängige vom Drogenhandel.

Bereits an diesen nackten Zahlen wird eine besondere Dimension des Drogenhandels deutlich - nämlich die Ersetzung des vor allem in einigen Regionen "abwesenden" Staates durch den Machtapparat der Drogen"kartelle". Diese binden die Menschen durch Schaffung der genannten sozio- ökonomischen Strukturen an sich. So hängen einerseits weit über eine Million Kolumbianer direkt oder indirekt von der Drogenwirtschaft ab und bilden deren sozio-ökonomische Basis. Andererseits ist die aus der Illegalität des Handels herrührende enorme finanzielle Kapazität der Drogen"kartelle" Grundlage ihres Einflusses auf Staat und Gesellschaft.

Die "Kartelle" und die Macht

"Ohne ein melodramatisches Bild der kolumbianischen Situation zu zeichnen, muß man sagen, daß die Justiz dieses Landes ... nicht funktioniert, weil die Verantwortlichen bestochen oder bedroht sind; 80% der Angehörigen der Polizei ... sind unfähig den Drogenhandel zu bekämpfen. ...die Armee ist unterwandert, der Kongreß ist unterwandert, die Presse ist unterwandert, die Gueril-

la ist beschmutzt; das ganze Land leidet unter der Psychose, ein großes Kokainlabor zu sein, unverstanden und verschmäht vom Rest der Welt".[6]

Kolumbianische Sozialwissenschaftler und die Presse beantworteten den wachsenden Einfluß des Drogenhandels mit der Schaffung einer neuen "Narcoterminologie". Mit Worten wie *narcocultura, narcoviolencia, narcocapitalismo, narcoparlamentarios, narcopolicias* etc. wird versucht, das Phänomen der schleichenden Unterwanderung der kolumbianischen Gesellschaft schlagwortartig zu beschreiben. Was verbirgt sich nun im einzelnen hinter diesen Schlagworten?

Für die große Masse der Arbeitslosen aus Unter- und Mittelschicht bietet der Drogenhandel wie gesehen zahlreiche Arbeitsmöglichkeiten und oft die einzige Überlebenssicherung, so daß diese in eine Abhängigkeit von führenden Händlern geraten. Das Verhältnis zwischen dem Drogenhandel und der traditionellen Oberschicht hat sich schwieriger gestaltet. Im Tausch gegen ökonomische Macht und Kapital sollte die gesellschaftliche Integration und Anerkennung des Drogenhandels erreicht werden. Es bildeten sich Allianzen zwischen der Drogenmafia und Teilen der Oberschicht, um Image und Status zu verbessern und nebenbei den Ursprung der Gelder zu 'waschen'. Zahlreiche Skandale hinsichtlich vermuteter oder bewiesener Beziehungen und Geschäfte der kolumbianischen *high society* mit dem Drogenhandel beschäftigten die Öffentlichkeit. Die Doppelrolle der Drogen"kartelle" als Kriminelle (*burguesia gangsteril*) und legale Unternehmer (*burguesia emergente*) hat zu einer widersprüchlichen Reaktion aus "Ekel" und "Anziehung" geführt: Ekel vor der arroganten und protzenden Entfaltung von (Neu-)Reichtum und Macht; Anziehung, weil Drogenhändler die Möglichkeit demonstrierten, schnell zu Reichtum und Macht zu gelangen. Diese Mischung erklärt auch, warum die Akzeptanz des Drogenhandels stimmungsabhängig ist und daß sich auch Teile der Oberschicht immer wieder den "Kartellen" - bis hin zur "Kriegserklärung" - entgegengestellt haben.

Auf die Politik hat der Drogenhandel in zweifacher Weise Einfluß genommen: zum einen haben führende Drogenhändler "direkten Zugang" zur politischen Macht erreicht und zum anderen haben einige Händler ihre eigenen politischen Bewegungen gründen können.

Im ersten Fall wurden insbesondere die Wahlkampagnen von Kongreßabgeordneten finanziert, um sie zur 'Zusammenarbeit' zu bewegen. Darüberhinaus wurde aber auch versucht, direkt Einfluß auf die Gesetzgebung zu nehmen: So hat etwa Pablo Escobar, wie sich aus dem sog. *"video soborno"* (Bestechungsvideo) ergab, Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung bestechen wollen, um sich ihrer Stimme gegen die Auslieferung von Drogenhändlern zu versichern.

Die Drogen"kartelle" beschränkten sich jedoch nicht auf die Legislative, sondern "investierten" auch in Ministerien, in die Verwaltung und selbst in einen Präsidenten. Carlos Lehder, an die USA ausgelieferter Drogenhändler aus Armenia, gab 1984 öffentlich bekannt, daß der damalige Präsident Betancur "mehr als 110.000 Pesos ... für seine Präsidentschaftskampagne von 1982" erhalten habe, "obwohl er wußte, daß dieses Geld aus dem Drogenhandel stammte"[7]. Im Juni 1989 überreichte Miguel Maza Marquez, Direktor des DAS, der Regierung die sog. "Papiere von Wanumen", wonach Drogen"Kartelle" Informanten in allen wichtigen Bereichen der Exekutive besitzt, die ihr vertrauliche Unterlagen aus Justiz-, Außen- und Regierungsministerium sowie vom "Nationalem Drogenrat" (Consejo Nacional de Estupefacientes CNE) und der Generalstaatsanwaltschaft zugespielt haben. So läßt sich mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß die heißen Gelder des Drogenhandels einige der politischen Führungsetagen der traditionellen Parteien versorgen und viele Persönlichkeiten der kolumbianischen Politik direkt oder indirekt mit den führenden Köpfen des Drogenhandels zu tun hatten.

Als eigene politische Bewegungen der Drogenhändler traten z.B. das von Lehder gegründete *Movimiento Latino* (1982) oder der *Nuevo Liberalismo* von Escobar in Erscheinung. Im August 1989 wurde die "Bewegung nationaler Erneuerung" (*Movimiento de Renovacion Nacional MORENA*) gegründet, die nach einem Bericht des DAS "den Höhepunkt einer Symbiose zwischen Drogenhandel, Selbstverteidigungsgruppen, den von ausländischen Söldnern trainierten Gruppen gedungener Mörder und den der Guerilla überdrüssigen landwirtschaftlichen Unternehmern" darstellte; man könnte hier vom politischen Arm eines "Narcofaschismus" sprechen.

Vom Kokablatt zum Kokain

Kokain wird in einem vierstufigen Verarbeitungsprozeß aus den Blättern der Kokapflanze extrahiert, die 0,5 bis 1,1 Prozent Kokainalkaloid enthalten.

(1) Zunächst werden die geernteten **Kokablätter** getrocknet.

(2) Zur Extraktion des Alkaloides Kokain werden die getrockneten Kokablätter mit Wasser (H2O) und Schwefelsäure (H2SO4) in großen Holz- oder Zementbehältern "eingeweicht" und nach ca. 12-24 Stunden, in denen die sog. pisacocas ("Kokatreter") die breiige Masse stampfen, Kerosin, Calciumkarbonat (Kalk), Natriumcarbonat u.a. lösende Chemikalien beigemischt. So entsteht an der Wasseroberfläche die gelblich bis weißliche sog. rohe **Kokapaste** (coca pasta, coca bruta, pasta basica bruta, pasta base, sulfato). Dieser noch relativ einfache Prozeß wird meist von den Kokabauern selbst vorgenommen und findet in den sog. cocinas, hüttenähnlichen 'Laboratorien', statt.

(3) Aus dieser Kokapaste wird in einem Reinigungsprozeß (Raffinierung) unter Beimischung von Äther, Aceton, Ammoniak, Pottasche u.a. und unter Verwendung von Filtern eine Veredelung zu der grauen bis bräunlichen **Kokainbase** (base, pasta basica lavada, sulfato basico) erreicht. Durch weiteres Filtrieren, etwa zu dem noch leicht verklumpenden Rocks-Kokain, kann eine Alkaloidreinheit von 70-85% erreicht werden. Sowohl in Paste als auch in Base ist Kokain als Sulfat enthalten.

(4) Aus der Base entsteht unter Beimischung von Salzsäure, eventuell Äther und Azeton, das weiße, feinflockige **Kokainhydrochlorid** (clorhidrato de cocaina, white stuff, flakes, weißer Schnee) mit einem Reinheitsgrad von 95-99%, das mittels Milchzucker, Traubenzucker, Borax u.ä. beliebig "versetzt" bzw. gestreckt werden kann. Man spricht von Hydrochlorid (C17H21NO4Cl), da Salzsäure (HCL) - als chemikalischer Gegensatz zur (Kokain)Base - das entscheidende Verarbeitungselement ist.

Aus der Base wird das im Norden Südamerikas (Andenregion) konsumierte **Bazuco** (auch Pasta Basica de Cocaina, Pitillo) gewonnen, während die insbesondere in den USA verwendete Free Base und Crack durch Rückumwandlung des Kokainhydrochlorids zu Base gewonnen werden. Diese Drogen stellen chemisch verunreinigte Vor- (Bazuco) bzw. Nebenprodukte (Freebase, Crack) des Hydrochlorids dar.

Quelle: Kai Ambos, 1994.

... in Polizei und Militär

Teil dieser "Symbiose" sind auch die Sicherheitskräfte. So werden Teile der Polizei und der Armee vom Drogenhandel bezahlt und kollaborieren in vielfältiger Weise. In Medellin etwa ist es stadtbekannte Praxis, daß die Polizei von den auf dem Marktplatz tätigen Klein- und Zwischenhändlern "Steuern" kassiert und sie dafür in Ruhe ihrem Geschäft nachgehen läßt. Andererseits verkauften ehemaligen Polizeibeamte dem Medellin-"Kartell" persönliche Daten von noch im Dienst befindlichen Polizeibeamten, die damit leichte Opfer von Mordanschlägen wurden. Ebenso ist die Polizei in Cali unterwandert. Der langjährige Chef der städtischen Polizei Calis und spätere Chef der Geheimabteilung DIJIN, O. Peláez Carmona, gilt als "entschiedenster Kollaborat" des Cali-"Kartells", insbesondere in dessen Krieg gegen Medellin. Die Polizei von Cali hat seit jeher ver-

sucht, die Köpfe des "Kartells" (die Rodriguez-Orejuela-Brüder) vor Ermittlungen zu bewahren; zuletzt hatte sie etwa einen vertraulichen Bericht zum "Geldwaschen" an diese weitergegeben und ihre Namen gestrichen.

Als bekanntester Beleg militärischer Verstrickung in den Drogenhandel gilt der Fall "Altos de Portal". In dem gleichnamigen Gebäude in Bogotá wurden im Juli 1989 im Auftrag des Drogenhändlers R. Gacha während einer militärischen Razzia zahlreiche Smaragdschmuggler ermordet. Die Unterstützung durch korrumpierte Sicherheitsorgane reicht von der Hilfe beim Drogentransport bis zur Warnung vor bevorstehenden Polizeieinsätzen. Auf Druck der US-DEA (Drug Enforcement Administration der USA) wurden deshalb 1989 im Zuge einer "Reinigung" der Sicherheitsorgane 867 Polizisten, 45 Offiziere und 60 Unteroffiziere der Polizei, 14 Offiziere und 169 Unteroffiziere der Armee und eine unbestimmte Anzahl von Soldaten vom Dienst suspendiert. Zur gewalttätigen Sicherung des Geschäfts und in "Allianz" mit den Großgrundbesitzern im Zuge der oben beschriebenen *contrarreforma agraria* haben Drogenhändler "Killerschulen" (*escuelas de sicarios*) und zahlreiche paramilitärische Gruppen gegründet, die eine starke Präsenz von Militärs aufwiesen oder sich zumindest logistischer Hilfe oder Komplizenschaft seitens der Armee und der Polizei erfreuen konnten. Das DAS deckte in mehreren vertraulichen Berichten die Verbindungen der "Allianz" zwischen Großgrundbesitzern, Drogenhändlern (u.a. P. Escobar) und Mitgliedern der Armee mit paramilitärischen Gruppen und Killerbanden, insbesondere in der Region Magdalena Medio, auf. Danach diente etwa die Organisation ACDEGAM (Asociación de Campesinos y Ganaderos del Magdalena Medio = Vereinigung der Bauern und Viehzüchter des Magdalena Medio) als "Fassade für gekaufte Mörder und Drogenhändler" und wurde von zahlreichen "staatlichen Autoritäten" unterstützt. In einer der bekanntesten dieser Gruppen, "Tod den Entführern" (Muerte a los Secuestradores - MAS), partizipierten, nach Angaben des damaligen Procurador General Gómez, 59 aktive Mitglieder der Sicherheitsorgane, darunter Mitglieder aller Geheimdienste, was jedoch in einem Bericht der Internationalen Juristenkomission nur als "Spitze eines Eisbergs" dargestellt wird. Als Aufgabe dieser paramilitärischen Gruppen kann im wesentlichen die Eliminierung von Führern linker Organisationen, von Bauern, die die Guerilla unterstützen sowie von Gewerkschafts- oder Menschenrechtsaktivisten bezeichnet werden.

Die Guerilla als drittes "Kartell"?

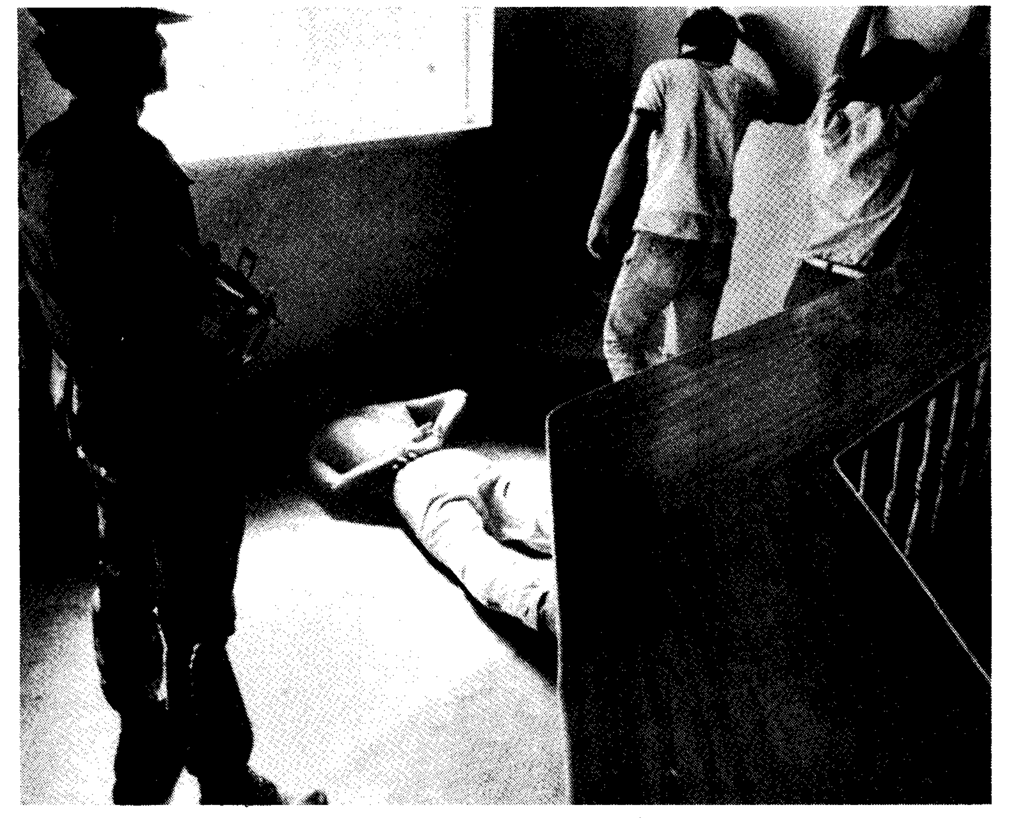
Mitte der 80er Jahre prägte der damalige US-Botschafter in Bogotá, Lewis Tambs, den Begriff der *narcoguerrilla*, um eine Zusammenarbeit von Drogenhändlern und Guerillabewegungen zu suggerieren. Solchen Anschuldigungen folgte bald die Frage, ob die FARC - neben Medellin und Cali - das "dritte Kartell" darstelle. In der gesamten Diskussion wurde jedoch niemals genau erklärt, was unter dem Begriff zu verstehen sei: eine *strategische* oder eine bloß *taktische* Allianz zwischen Drogenhandel und Guerilla?

Tatsache ist, daß einige Guerillagruppen in Zonen operierten, in denen Marihuana, Coca und inzwischen auch Schlafmohn angebaut werden und in denen sich verstärkt Drogenhändler ansiedelten. Dies gilt etwa für die Departements Boyaca, Meta, Cauca, Nariño oder Córdoba, Urabá, Putumayo, Antioquia (in letzteren ist neben der FARC auch die EPL aktiv). Es gilt ebenfalls als sicher, daß in den Anfängen dieser "Koexistenz" eine partielle Zusammenarbeit stattfand - die *Comisión para la Superación de la Violencia* sprach 1992 von "Anpassung und Konfrontation" -, wobei sich jedoch die Guerilla in erster Linie als Interessenvertreter der Kokabauern und niemals als strategisch-ideologische Verbündete der Drogenhändler betrachtete, wie es etwa die traditionellen Großgrundbesitzer taten. Sie hat sich, im Gegenteil zum größten Feind der von den Großgrundbesitzern und/oder Drogenhändlern gegründeten paramilitärischen Gruppen entwickelt, da diese sie und ihre soziale Basis, die Bauernschaft, existentiell bedrohten. So kam es - jedenfalls im Meta - zum endgültigen Bruch zwischen FARC und Drogenhändlern. Der UP-Führer Pardo Leal wurde im Oktober 1987 ermordet; für diesen Mord wurde das Medellin-"Kartell" verantwortlich gemacht. Auch in anderen Regionen bedeutete die Ermordung von linken Politikern, insbesondere der UP, oder die Zusammenarbeit des Narc-Paramilitarismus mit den Sicherheitskräften, insbesondere der Armee, den Bruch.

Zudem hat die kolumbianische Guerilla, wie ein UNO-Dokument anerkennt, zumindest indirekt die Kokasubstitutionspolitik im Süden des Departements Cauca und im Norden Nariños unterstützt, indem sie zum einen den Konsum von basuco bekämpft und zum anderen den Anbau von Grundnahrungsmitteln gefördert hat. Danach läßt sich die Existenz einer "narcoguerrilla", jedenfalls im Sinne einer strategisch- ideologischen Allianz, nicht bestätigen. Es dürfte heute aber wohl unbestritten sein, daß sich die kolumbianische Guerilla, insbesondere die FARC, über den Drogenhandel (insbesondere Heroin) durch "Abgaben" oder "Schutzgelder" (*boleteo oder impuesto al gramaje*) finanzieren; insofern kann man von einer taktischen Allianz sprechen.

"Silber oder Blei"

"Die Justiz ist vielleicht der Sektor, in dem sich am dramatischsten die komplexe und widersprüchliche Situation des Drogenhandels ausdrückt. Die Drohungen, der Terror und die Ermordungen vermischen sich mit Korruption und Komplizenschaft"[8]. Der in einem bedeutenden Drogenverfahren ermittelnde Richter hat die Wahl zwischen Korruption oder Tod. Es regiert das soge-



Bekämpfung des Drogenhandels oder Repression gegen die politische Opposition?

nannte *ley de los dos metales: plata o plomo* ("Gesetz der zwei Metalle: Silber oder Blei"). Zahlreiche Richter, die sich der Korruption widersetzten, wurden ermordet. Bei der "Befreiung" des von der M-19 besetzten Justizpalasts am 6./7.11.1985 wurden allein 14 Richter des obersten Gerichtshofes getötet, von denen mindestens vier mit der Auslieferung großer Drogenhändler an die USA befaßt waren. In einem Interview mit dem Autor beklagte Edgar Saavedra Rojas, Richter am *Corte Suprema*, mit unter seinem Schreibtisch griffbereiter Pistole , daß die Justiz völlig "schutzlos" sei:

"... wenn die Drogenmafia die Mehrzahl der Richter noch nicht ermordet hat, dann nur deshalb, weil sie nicht gewollt hat; wollte sie, könnte sie die gesamte kolumbianische Justiz dem Erdboden gleichmachen".

Auch die der Justiz zuarbeitenden Organe, die 1991 gegründete *Fiscalía General de la Nación* und die *Procuradoria* scheinen gegen eine Infiltration nicht gefeit zu sein. Dies wird jedenfalls aus dem sog. *telefonazo-Fall* des Jahres 1993 gefolgert. In diesem Fall wurde ein Telefongespräch des *Subprocurador* Villa Alzate mit Rodriguez Orejuela, dem Chef des "Cali-Kartells", vom 23.9.1993 aufgezeichnet, in dem Villa dem Drogenboß rechtlichen Rat anbot und von diesem Flugtickets erhalten sollte. Villa, der als *Subprocurador* zur Führungsebene der *Procuradoria* gehört, wurde sofort vom Dienst suspendiert - ein Ermittlungsverfahren gegen ihn läuft.

Die Bedrohung der Justiz sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr effizientes Funktionieren auch durch zahlreiche strukturelle Probleme erschwert oder verhindert wird. Sie reichen von technischen Unzulänglichkeiten (fehlende Büroausstattung, Personalmangel) bis zu inhaltlichen Defiziten (fehlende Richterausbildung) und politischen Beschränkungen (Zuständigkeitsverlagerung an Polizei und Militärjustiz).

Drogen(gewalt) als "Sündenbock"

Damit ist die Verquickung von Politik, Militär, Bourgeoisie, Justiz und Drogenhandel in Kolumbien deutlich geworden. Die vom kolumbianischen Staat nicht zuletzt auf Initiative der USA erklärten "Kriege" gegen die Drogen"kartelle", suggerieren dagegen, daß Korruption, Unrecht und Gewalt in Kolumbien, Peru und Bolivien allein auf die Händler und ihre Organisationen zurückzuführen sind. Diese Sicht wird weder der Komplexität des Drogenproblems gerecht, noch berücksichtigt sie in ausreichendem Maße die zahlreichen Faktoren der Gewalt in Kolumbien.

Zum einen wird übergangen, welche wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Drogenhandel hat - u.a. hinsichtlich der über den Drogenhandel finanzierten Investitionen in Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur sowie hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen. Besonders deutlich wird dieser Widerspruch in der staatlichen Devisenbewirtschaftung: Hier besteht ein direkter Interessenkonflikt zwischen konsequenter Drogenkontrolle und finanzwirtschaftlicher Stabilität bzw. Liquidität.

Zum anderen verschleiert die Politik und Propaganda des Drogenkrieges eine weitreichende Interessenidentität von Drogenhandel, Teilen des Militärs und der Oligarchie (bezeichnend dafür ist etwa die schonende Behandlung des Cali-"Kartells" mit dessen Beziehungen zu Politik und Großgrundbesitz). Deren Interessen konzentrieren sich vor allem auf die Aufrechterhaltung des



Nach dem Mord an UP-Führer Pardo Leal

sozio-ökonomischen status quo - ein status quo, der v.a. durch krasse ökonomische und soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit geprägt ist. Die von diesen Kreisen getragene Drogenpolitik gebraucht den Rauschgifthandel und -terrorismus als "Sündenbock": jegliche Gewalt (v.a. auch die politische), der Paramilitarismus, das Verschwinden von Menschen etc. (allein zwischen 1985 und 1990 wurden über 1000 Funktionäre der UP ermordet) werden in Beziehung zur Drogengewalt gesetzt. Damit wird von den wahren Problemen Kolumbiens abgelenkt.

Zudem hat die Politik des "Drogenkriegs" gegen eine Drogen- "Mafia" eher zur Eskalation der Gewalt in der Gesellschaft und speziell in einigen Regionen, als zu deren wirksamer Bekämpfung beigetragen. So dient die als Kampf gegen die "Drogenmafia" propagierte Gewalt häufig dazu, gegen unbequeme politische Bewegungen und deren Führer vorzugehen

- die Drogenpolitik fungiert damit auch als Legitimation für staatliche Gewalt: Ausnahmerechte und Sondergesetze sowie die Einrichtung militärischer Sonderkommandos (u.a. der bereits erwähnte bloque de busqueda) schaffen Freiräume für Polizei und Militär und verschärfen die Repression. Unter dem Vorwand, Drogen zu suchen, wurden willkürliche Verhaftungen vorgenommen und die Häuser von Gewerkschaftern, linken Studenten, Journalisten und anderen Angehörigen der Opposition durchsucht. Der "Drogenkrieg" dient hier als Fassade, hinter der die Zerstörung der sozialen und politischen Opposition des Landes betrieben und die bestehende soziöökobomische Ordnung aufrechterhalten werden kann. Diese Ordnung ist - trotz formaler Demokratie - der Nährboden für Bürgerkrieg, Unrecht und Gewalt in Kolumbien.

Kai Ambos

Der Beitrag ist ein leicht gekürzter Vorabdruck eines Kapitels des im September im Verlag der AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise) erscheinenden Buches: Kai Ambos, Drogenkrieg in den Anden - Vom vergeblichen Versuch der Drogenkontrolle in den Anbauländern Kolumbien, Peru und Bolivien; 200 Seiten mit Fotos und Graphiken; DM 32,-.

Anmerkungen:

1) Vahlens Großes Wirtschaftslexikon, Band 2, München 1987, S. 512f

2) Der Großhandelspreis (precio al por mayor) kann bis zu 3.000% unter dem Einzelhandelspreis (precio al detal) liegen.

3) Als Kosten kommen wie im legalen Marktgeschehen zunächst Produktions- (Primärstoff- Koka, Inhaltsstoffe, Erhaltung von Laboratorien etc.), Vermarktungs- (Transport, Lagerung etc.) und Lohnkosten (spezielle Risikozulagen) in Betracht; zu dem jedoch die speziellen Operationskosten (paramilitärische Gruppen zum Schutz von Handel und Händlern) und "Verfahrens"kosten (insbesondere Bestechungsgelder).

4) Angaben nach Salomon Kalmanovitz (1993), Professor der Universität Bogota; u. ders., La economía del narcotráfico en Colombia, in: Economía Colombiana, 226/27, S.18. Die Spannbreite solcher Schätzungen ist dabei immens: so geben "regierungsnahe" Stellen ebenfalls für 1991 einen Reingewinn von lediglich 336 Mio. US-Dollar an.

5) In Kolumbien sind eine Reihe von Guerillabewegungen - teilweise vornehmlich regional - aktiv. Zu ihnen zählt die revolutionäre FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia). Einige Gruppen haben inzwischen den bewaffneten Kampf aufgegeben und sich in das "normalen" politische Leben integriert (M-19; EPL/Ejército Popular de Liberación). Eine weitere wichtige linke Organisation ist die UP (Union Patriotica), in der sich 1985 Ex-Guerillas des FARC und die kommunistische Partei Kolumbiens zusammenfanden.

6 El Pais (Madrid) vom 22.2.1987

7 Zitiert nach CAJ(Comisión Andina de Juristas, Colombia: El Derecho a la Justicia, Lima 1988, S.39.

8 CAJ 1988, S.42.

Die Vergiftung der freien Welt

Drogendiskurse im Kontext der US-Politik

Die Autorin des folgenden Beitrags untersucht die offiziellen Drogendiskurse, die in den fünf Dekaden seit dem Ende des zweiten Weltkrieges jeweils vorherrschend waren. Sie läßt keinen Zweifel daran, daß die Hegemonie über die Drogendiskurse von den Vereinigten Staaten ausgeübt wird. Mit ihrer Verfügung über die Sprache gelingt es der politischen Klasse der USA im Zusammenwirken mit den zentralen Institutionen der amerikanischen Gesellschaft, bei der Bevölkerung genau die Wahrnehmung des Phänomens Drogen hervorzurufen, die wiederum die konkrete staatliche Politik der Drogenbekämpfung legitimieren soll.

Wenn man beginnt, sich mit dem Thema Drogen zu beschäftigen, muß man einen Blick auf das Problem der Sprache werfen, insbesondere auf die Begriffe, die im Lauf der Zeit in verschiedenen Diskursen benutzt worden sind. Es ist wichtig, über die Implikationen nachzudenken, die die Begriffe bei der sozialen Konstruktion der Realität spielen und im vorliegenden Fall bei der Legitimierung staatlicher Drogenpolitik.

Zwischen der Realität und den Begriffen existiert ein Wechselverhältnis. Die soziale Realität ist nicht bloß Realität, sondern eine Realität, die aus einem bestimmten Blickwinkel, unter einem bestimmten Raster wahrgenommen wird. Wir können nur die Realität wahrnehmen, die wir in theoretische Kategorien fassen können. Andererseits werden unsere Begriffe von der je konkreten Realität konstituiert und stehen damit im Kontext von Machtverhältnissen. Es gibt kein Wort, das nicht ideologisch belastet ist. So ist auch die Produktion des Diskurses über Drogen eine Praxis, die durch die Sozialstrukur bestimmt wird und Elemente der Machtausübung und Kontrolle enthält. An den Drogendiskursen wirken neben den politischen Machthabern verschiedene zentrale gesellschaftliche Kräfte mit.[1]

Es erscheint überflüssig zu erwähnen, daß die Hegemonie bei diesem Thema von der Regierung der Vereinigten Staaten ausgeübt wird. Sie hat die Bewegung zur Bekämpfung der Drogen ins Leben gerufen und den dazugehörigen Diskurs initiiert. Sie bildet die Avantgarde des "Kampfes gegen den internationalen Drogenhandel". Dieser Diskurs soll darum der Ausgangspunkt unserer Darstellung sein.

Der offizielle bzw. wissenschaftliche Diskurs über das Thema Drogen hat im Lauf der Jahre sehr unterschiedliche Varianten hervorgebracht. Eine gründliche Analyse müßte bis auf die ersten Jahre dieses Jahrhunderts zurückgehen, als die Regeln und entsprechenden Verbote hinsichtlich bestimmter Drogen ins Leben gerufen wurden. Aus praktischen Gründen fange ich mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges an. Das ist der Zeitpunkt, zu dem das Thema weltweit in den Vordergrund tritt. Damals wurden die Vereinten Nationen gegründet und begannen die Rolle einer internationalen Regulationsinstanz für den Drogenbereich zu spielen. Außerdem trugen sie zur Legitimation und Popularisierung verschiedener Diskurse bei. Deshalb untersuchen wir die wichtigsten Variationen des hegemonialen Diskurses und der Wahrnehmungen, die er nach sich gezogen hat ebenso wie die faktisch verfolgte Politik seit den 50er Jahren.

Der Diskurs der 50er Jahre: Marginale Gruppen

Die wichtigsten Drogen, wegen derer man sich in den 50er Jahren Sorgen machte, waren die Opiate und manchmal das Marihuana. Diese Drogen wurden im wesentlichen von Gruppen konsumiert, die als marginal betrachtet wurden, von Jazzmusikern, Aristokraten, Intellektuellen und Ärzten bis zu Bewohnern der Ghettos der großen Städte und einigen Kriminellen. Es tauchten soziologische Erklärungen auf, die von "Subkultur" sprachen. Das Problem der "Verslumung" und des Drogenhandels wurde mit der starken Einwanderung von Puertoricanern in Zusammenhang gebracht, die zu dieser Zeit stattfand und mit dem Beginn des Kampfes der Schwarzen für ihre Bürgerrechte. Das Phänomen wurde wahrgenommen in Termini von Gefährlichkeit, Pathologie und Laster. Daher betrachtete man die Konsumenten als "degeneriert". Zwar war der Hauptfeind die "Mafia" und ihre Verbindungen, doch führten seit dem Koreakrieg manche Kreise das Problem auf die "kommunistische Verschwörung" zurück. Damit schufen sie zum Thema Sicherheit einen geopolitischen Diskurs, der sich mit dem "auswärtigen Feind" befaßte, der der einzige Verantwortliche für den Konsum illegaler Drogen in den Vereinigten Staaten sein sollte.

Es setzte sich ein offizieller Diskurs durch, den man ethisch-juridisch nennen könnte, da zu dieser Zeit großes Gewicht auf die Schaffung strenger Strafgesetze gelegt wurde.[2] Das führte wiederum zur Schaffung eines moralischen Stereotyps, dem zufolge "der Gebrauch von Drogen einerseits als lasterhafte und schädliche Gewohnheit verdammenswert ist und andererseits etwas ist, das ganz direkt mit Müßiggang und Sexualität zusammenhängt."[3]

Im Rahmen dieser Vorstellung kreisten die vorgeschlagenen politischen Maßnahmen um die Verschärfung der Strafgesetze und die Verlängerung der Haftstrafen. Die Aufmerksamkeit der Behörden sollte sich auf die Ghettos der wichtigsten Städte richten. Mit solchen Aktionen sollte die "Volksgesundheit" geschützt werden, von der der gesellschaftliche Diskurs sprach.

Auf internationaler Ebene wurde im Jahr 1953 das Protokoll zur Regelung des Anbaus von Mohn und des Opiumhandels in New York verabschiedet.

Die 60er Jahre: die Jugendlichen der Mittelschicht

Obwohl die verschiedenen Varianten der Diskurse nicht unbedingt mit den chronologischen Dekaden zusammenfallen, kann man sagen, daß es zu Beginn der 60er Jahre

wichtige Veränderungen gab. In dieser Zeit war die am häufigsten konsumierte Droge das Marihuana, hinzu kamen LSD und eine Reihe synthetischer Substanzen - besser unter dem Begriff Pharmaka bekannt - mit denen die jugendlichen Studenten aus der Mittelschicht experimentierten. Parallel dazu wurde die Hippie-Bewegung immer populärer. So wurde das Problem zu einer "sozialen Bedrohung" und man begann, es als "ansteckenden Virus" wahrzunehmen. Folglich wurde der Konsument als "krank" definiert. Als Hauptfeind wurde Mexiko gesehen, das Ursprungsland der am häufigsten konsumierten Droge, des Marihuana. Interessanterweise wurde Marihuana nun nicht mehr mit Gewalt assoziiert, sondern mit Passivität und dem "Syndrom der Motivationslosigkeit". Marihuana wurde als "Aussteigerdroge" betrachtet (drop-out drug). Zur gleichen Zeit beschränkte sich der Konsum von Heroin auf die Slums.

Es entwickelte sich ein wissenschaftlicher Diskurs, bei dem es um die "geistige Gesundheit" ging. Er konsolidierte sich in einem doppelten offiziellen Diskurs, den man gut als medizinisch-sanitär/juridisch bezeichnen kann. Zwischen dem Verbrecher/Drogenhändler und dem Konsumenten /Kranken wurde nun klar unterschieden. Die Betonung lag allerdings auf dem letzteren und entsprechend wurde die Industrie gestärkt, die sich mit psychischer Gesundheit und insbesondere der Behandlung befaßte.[4] Die praktische Umsetzung dieses Diskurses läßt sich an einer Reihe von Programmen beobachten, bei denen zum Beispiel Gegendrogen eingesetzt werden wie Methadon - bis hin zu Aufklärungskampagnen über die Risiken des Konsums. Dadurch wurde das Stereotyp der Abhängigkeit bekräftigt. Um das therapeutische Eingreifen und die Betonung der Behandlung zu legitimieren, wurde in dieser Epoche vorrangig auf psychologische und biologische Erklärungen zurückgegriffen.

Der geopolitische Diskurs zum Thema Sicherheit setzte zu dieser Zeit an am "inneren Feind". Als bedrohlich wurde die Haltung der Jugendlichen und das Szenario in den Schulen und Universitäten empfunden. Zugleich wurde zum Ende der 60er Jahre die berühmte "Operation Intercept" lanciert, mit der die Grenze zu Mexiko geschlossen und damit der Import von Marihuana verhindert werden sollte. Damit wurde der "auswärtige Feind" zum Bestandteil des Diskurses, und der "Krieg" der USA gegen die Drogen konnte beginnen.

Auf internationaler Ebene wurde 1961 in New York das einheitliche Abkommen über Narkotika verabschiedet, bei dem es im wesentlichen darum ging, gesetzliche Regelungen für die Drogen zu schaffen, die aus dem Mohn, dem Cannabis und der Kokapflanze gewonnen werden.

Die 70er Jahre: Veteranen und Akademiker

Ende der 60er Jahre begann Präsident Richard Nixon, seine Politik in diesem Bereich zu definieren und bediente sich zu diesem Zweck eines Diskurses, der sich gründlich von dem unterschied, der Mitte der 60er Jahre vorherrschend gewesen war.

Seit Ende der 60er Jahre wurde das Heroin als wichtigste Droge betrachtet, obwohl der Heroinkonsum in der Zeit davor unterschiedlich intensiv gewesen war. Das Heroin wurde als die "gefährlichste Droge"[5] eingestuft. Es folgten mit abnehmender Wichtigkeit die Amphetamine und Barbiturate. Erst um die Mitte des Jahrzehnts verstärkte sich der schlechte Ruf des Kokains, als sich in der Andenregion die dazugehörige Agroindustrie entwickelte.

Wichtigste Heroinkonsumenten waren die Jugendlichen, hinzu kamen Vietnamveteranen und eine Reihe von Akademikern. Das führte dazu, daß der "nationale Notstand"[6] ausgerufen wurde. Das Panorama wurde komplizierter und der Drogenkonsum wurde als Störung der "sozialen Ordung" und als "psychische Krankheit" betrachtet. Der Konsument wurde als "gestört" wahrgenommen, während man für den Drogenhandel Anfang der 70er Jahre die kurz zuvor zerschlagene "French Connection" verantwortlich machte. Zwar gab es immer mehr Belege dafür, daß die Regierungen südostasiatischer Länder in den Handel verwickelt waren. Doch wurde das aus politischen Gründen verschwiegen. Zugleich wurde das kommunistische China immer heftiger angegriffen, mit der Begründung, es vergifte "die freie Welt mit Heroin"[7].

Es entwickelte sich ein offizieller Diskurs, der die Wichtigkeit der Behandlung betonte, aber auch politische und juristische Bestandteile enthielt. Man könnte ihn daher juridisch-politisch/medizinisch nennen. Der geopolitische Diskurs, bei dem es um die Sicherheit ging, behauptete eine Bedrohung sowohl durch einen auswärtigen wie durch einen inneren Feind. Neben der Gefahr, die vom kommunistischen China ausging, betrachtete man das reale Ansteigen der Kriminalität in den Vereinigten Staaten infolge des Drogenkonsums als bedenklich.

Als 1974 Präsident Ford sein Amt antrat, war man der Meinung, daß die Situation sich verschlimmert habe und daß die Verfügbarkeit und der Konsum verbotener Drogen in den Vereinigten Staaten erheblich zugenommen habe. Eine mögliche Antwort darauf sah man in einer Internationalisierung der Verbrechensbekämpfung. Sie wurde in dem "White Paper On Drug Views"[8] skizziert, das 1975 veröffentlicht wurde. Es handelte sich um eine offizielle Einschätzung des Phänomens durch das Domestic Council. Diese Politik wurde konsolidiert, nachdem im Jahr 1973 die Drug Enforcement Agency gegründet worden war (die später zur Drug Enforcement Administration umgewandelt wurde, besser bekannt als DEA). Es verfestigte sich auch die Wahrnehmung einer Bedrohung der "nationalen Sicherheit", von der bereits Präsident Ford gesprochen hatte.

In diesem Zusammenhang wurde eine Politik formuliert, die darauf abzielte, 'das Problem' im Ausland zu bekämpfen. Im



Dauerbreit: Fat Freddy von den Freakbrothers



Mehr als 20 Mio. Nordamerikaner konsumieren Marihuana mindestens einmal im Monat

Zentrum standen Programme zur Vernichtung der Anbauflächen mit Herbiziden. Eine solche Politik war unter Präsident Nixon mit der Bekämpfung des Schlafmohnanbaus in der Türkei begonnen worden. Jetzt wurde die Methode intensiv in Mexiko angewandt.

Auf internationaler Ebene wurde 1971 in Wien ein Abkommen über psychotropische Substanzen geschlossen, durch das die Kontrolle über Psychopharmaka erweitert wurde. Dazu gehörten zum Beispiel die Amphetamine, die Anfang der 70er Jahre weit verbreitet waren.

Die 80er Jahre: Der Drogenhandel

Am 6. März 1981 bezeichnete Präsident Ronald Reagan den Drogenmißbrauch als "eines der schwerwiegendsten Probleme, mit denen wir es zu tun haben ... Wenn wir nicht handeln, riskieren wir, einen Großteil einer ganzen Generation zu verlieren".[9]

Dieser Aussage liegt die Wahrnehmug zugrunde, daß seit Ende der 70er Jahre der Drogenmißbrauch ungewöhnlich stark zugenommen hatte. Aus diesem Grund wurde eine nationale Strategie zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des Drogenhandels formuliert, die das Weiße Haus 1984 veröffentlichte. Darin hieß es: "Mehr als 20 Mio. Nordamerikaner konsumieren Marihuana mindestens einmal im Monat. Mehr als 4 Mio - von denen die Hälfte zwischen 18 und 25 Jahre alt ist - konsumieren regelmäßig Kokain. Ungefähr eine halbe Million sind heroinsüchtig."[10] Mit anderen Worten: der Konsum beschränkte sich bereits nicht mehr auf eine bestimmte Gruppe. Der Drogenhandel erreicht zu der Zeit Dimensionen großer Unternehmen.

Dies war ein Teil der Diagnose, mit der Reagans "Krieg gegen die Drogen" legitimiert wurde. Zur wichtigsten Droge wird das Kokain und das Schlachtfeld ist im wesentlichen die Andenregion. Es breitet sich nach und nach auf den gesamtem amerikanischen Kontinent aus. Die größten Anstrengungen zielten darauf ab, die Drogen außerhalb der USA, an ihrem Ursprung zu kontrollieren bzw. zu bekämpfen.

Im Zusammenhang mit diesen Vorstellungen wird ein offizieller Diskurs konstruiert, den man an seinem Beginn als juridisch- transnational definieren kann und der immer stärker zu einem geopolitischen Diskurs wird. Darin spielt das Gegensatzpaar angegriffenes Land/Angreiferland eine große Rolle. Später kommt noch der Begriff der Mitverantwortung hinzu.

Der Diskurs zur Sicherheit dreht sich um den "auswärtigen Feind" der Vereinigten Staaten und der erhält nun den Namen Drogenhandel. Dieser Terminus eignete sich wegen seiner semantischen Unschärfe gut als politisches Schlagwort und wurde Schritt für Schritt zu einem Synonym für "Kartell von Medellin". Später wird er ausgeweitet auf die Narcoguerilla. Kartell wie Narcoguerilla werden im Diskurs mit der Gewalt der Subversion und der Korruption assoziiert, und auf diese Weise wird ein "politisch-deliktives-lateinamerikanisches" Stereotyp geschaffen.

Das Problem wird identifiziert in dem Termini einer "Bedrohung der nationalen Sicherheit". Später wird die Bedrohung erweitert zu einer Bedrohung der "regionalen Sicherheit". In den offiziellen Diskurs werden Aussagen wie die folgenden aufgenommen: "Der Drogenhandel untergräbt die moralische Basis der Demokratie in Lateinamerika".[11] So entsteht die Wahrnehmung einer "Unvereinbarkeit von Demokratie und Drogen".[12]

Die empfohlene Politik ist in ihrem Kern eine militarisierte Kriminalpolitik. Am Anfang konzentrieren sich die Anstrengungen auf die Anbaugebiete in der Andenregion, wo der Kokaanbau durch manuelle Ausrottung und durch Substitution durch andere Pflanzen bekämpft werden soll. Da die Ergebnisse unbefriedigend waren, ging man dazu über, Labors zu zerstören. Außerdem wurde ein System der Überwachung aus der Luft eingerichtet. Gleichzeitig wird für die Polizei und die Armeen Südamerikas ein Trainingsprogramm für den Krieg gegen die Drogen entwickelt.

Auf internationaler Ebene wird am Ende der Dekade 1988 in Wien das Abkommen gegen den Handel mit Narkotika und psychotropischen Substanzen geschlossen. Dieses Instrument dient als Grundlage für die neue Politik der folgenden Jahre.

Die 90er Jahre: Die Globalisierung

Nach dem Ende des Kalten Krieges lassen sich grundlegende Änderungen in der Art der Drogenbekämpfung feststellen. Im Rahmen der neuen Weltordnung wird das Drogenproblem als "kollektive Herausforderung für die Weltsicherheit" dargestellt, aufgrund des "multinationalen Charakters der Bedrohung".[13] Dabei geht es nicht mehr nur um das Kokain, sondern mehr und mehr um Heroin. Marihuana spielt ebenfalls eine Rolle.

Jetzt wird allerdings zugegeben, daß die Akteure des Drogenhandels nicht ausschließlich Kriminelle sind, sondern daß auch multinationale Firmen sich am Handel mit verbotenen Substanzen beteiligen. Ihre Operationen finden statt, "indem sie mit bereits vorhandenen legitimen Märkten interagieren und sich vermischen."[14] Der offizielle Diskurs spiegelt daher eine starke Betonung der Ökonomie wider, man kann ihn daher als ökonomisch-transnational bezeichnen. Ergänzt wird er durch einen geopolitischen Diskurs, bei dem es nun um einen "Weltfeind" geht.

Die Wahrnehmung des Feindes wird ausgeweitet. Hinzu kommen nun das Kartell von Cali wie auch kriminelle Organisationen Europas und Aufständische. Sie werden als transnationale Konsortien bezeichnet. Ihr Aufstieg wird mit der Öffnung der Märkte in Zusammenhang gebracht, mit dem Fehlen einer Kontrolle über die Banken und mit der

Ausbreitung demokratischer Regimes.[15] Es wird ein Zusammenhang hergestellt mit der Gewalt und dem Terrorismus, aber betont wird vor allem die Fähigkeit dieser inzwischen weltweit operierenden Firmen, die Banken zu kontrollieren. Im Kontext dieses Wahrnehmungsmusters wird das finanzielle Stereotyp verstärkt, assoziiert wird Geldwäsche.

In engem Zusammenhang mit neuen Diskursen und der neuen Wahrnehmung steht die gegenwärtig verfolgte Politik, die darauf abzielt, die Netze von Drogenhändlern zu zerschlagen, insbesondere ihren Besitz zu beschlagnahmen. Der offizielle Diskurs schlägt in diesem Zusammenhang vor, multilaterale Initiativen zu bilden, um eine weltweite Zusammenarbeit gegen die "Geldwäsche" zustande zu bringen. Das zeigt sich nicht nur in dem Abkommen gegen den illegalen Handel mit Narkotika und psychotropischen Substanzen von 1988, sondern auch in einer Reihe von zwischenstaatlichen Abkommen und der Häufigkeit, mit der internationale Tagungen abgehalten werden. Außerdem werden Bankiers aus verschiedenen Ländern nach Washington eingeladen, um über das Thema zu diskutiern und die DEA führt Programme durch, in deren Rahmen Experten für Bankangelegenheiten ausgebildet werden.

Es ist zwar noch zu früh, um über zukünftige Entwicklungen zu sprechen, aber es zeichnen sich einige Tendenzen für die nächsten Jahre ab. Es könnte zu einer Globalisierung der Justiz kommen mit einer entsprechenden Schwächung der Justiz im nationalen Rahmen. Denkbar wäre ein internationaler Gerichtshof. Werden vielleicht sogar multinationale Drogenbekämpfungstruppen aufgestellt? Dies sind wie gesagt mögliche Entwicklungen, die man mit Fragezeichen versehen muß.

Rosa del Olmo

Die Autorin ist Professorin für Soziologie und Kriminologie an der Zentraluniversität von Venezuela in Caracas.

Leicht gekürztes Vortragsmanuskript. Abgedruckt in: Drogas y control penal en los Andes. Hg. Comisión Andina de Juristas Lima 1994

Übersetzung: CN

Anmerkungen:

1) An erster Stelle stehen diejenigen, die Howard Becker "Unternehmer der Moral" (empresarios de la moral) nennt (Becker, H.S.(1963), Outsiders: Studies in the Sociology of Deviance, The Free Press, New York, S.147). Das sind diejenigen, die die Regeln definieren, also vor allem Ärzte und Juristen. Es folgen die "Unternehmer der Repression" (empresarios de la represion). Personifiziert werden sie von den Sicherheitskräften, die damit beschäftigt sind, die Kriminalisierungspolitik umzusetzen. An dritter Stelle stehen die "Unternehmer der Kommunikation" (empresarios de la comunicacion). Durch gezielte Verbreitung von Informationen und mit Hilfe der Techniken emotionaler Manipulation können sie zu bestimmten Zeitpunkten Diskurse verstärken. Wichtig ist das Zusammenwirken dieser verschiedenen Akteure.

2) "Daß die Antidrogengesetzgebung in den USA immer strenger wurde, zeigte sich besonders deutlich Ende der 50er Jahre, als Gesetze beschlossen wurden, die in einigen Fällen lebenslängliche Haft und sogar die Todesstrafe androhten" (The Domestic Council 1975:1)

3) Gonzales Zorilla C. (1983), "Drogas y cuestión criminal" en R. Bergalli, J. Bustos Ramirez y otros: El Pensamiento Criminológico, Temis, Bogotá, S.195

4) "In den 60ern Jahren begann man verstärkt mit Behandlungsmöglichkeiten für Drogenabhängige zu experimentieren, da man davon ausging, daß eine Verringerung des Angebots nicht ausreichend sei und weil der Drogenkonsum sich in neuen Bevölkerungsschichten ausgebreitet hatte" (The Domestic Council 1975:1)

5) The White House (1984), National Strategy for Prevention of Drug Abuse and Drug Trafficking, Washington D.C., S.5

6) So sagte zum Beispiel Präsident Nixon 1971, daß "der Drogenmißbrauch Dimensionen eines nationalen Notstands angenommen hat, der den Körper und die Seele Amerikas aufzehrt". Außerdem sagte er: "Das Heroin ist der Staatsfeind Nr. 1".

7) Behr, 1981:169

8) In den Empfehlungen dieses wichtigen Dokuments findet sich u.a. die folgende: "Die Arbeitsgruppe empfiehlt die internationale Zusammenarbeit vorrangig auszuweiten, um die illegale Produktion von Drogen zu unterbinden und dabei das Augenmerk besonders auf Mexiko zu richten. Dieses Land versorgt vorrangig die Märkte in den USA" (The Domestic Council 1975:99).

9) The White House, 1984:3

10) The White House, 1984:3

11) Wola (1992), Iniciativa Andina: Actualidad Legislativa, Washington Office on Latin America, Washington D.C., S.4

12) In der Nationalen Strategie zur Drogenbekämpfung, die Präsident Bush im Dezember 1989 vorstellte, heißt es: "Die Drogen haben in einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern zu einem starken Anstieg der Gewalt und der staatlichen Korruption beigetragen. In mehr als einem Land bedeutet die Tätigkeit der Drogenkartelle und die lokalen Aufstände, die damit in Zusammenhang stehen, eine unmittelbare und reale Gefahr für die demokratischen Institutionen, die Volkswirtschaft und die öffentliche Ordnung im allgemeinen... Da unsere nationale Sicherheit direkt unmittelbar von der Stabilität in der Region abhängt, in ganz Nord- und Südamerika und auf der Welt, haben sich die Drogen zu einem der wichtigsten Probleme entwickelt, mit denen sich die Außenpolitik der USA auseinandersetzen muß" (The White House 1989:2).

13) The White House (1992), National Drug Control Strategy: A Nation Responds to Drug Abuse, Washington D.C., S.81

14) Center for Strategy and International Studies (1993), The Transnational Drug Challenge and the New World Order: The Report of the CSIS Project an the Global Drug Trade in the Post-Cold War Era, Washington D.C., enero, S.9

15) "Paradoxerweise verstärkt die Ausbreitung der Demokratie die weltweite Ausbreitung des Drogenproblems." Center for Strategic and International Studies, 1993:3

Gegen Angebot und Nachfrage

Neue Akzente in der US-Drogenpolitik?

In den 80er Jahren erklärten die USA dem internationalen Drogenhandel den Krieg und machten die Andenländer zum Kriegsschauplatz. Seite an Seite mit den nationalen Streitkräften der Drogenherkunftsländer führten US-Militärs länderübergreifende Antidrogeneinsätze durch.
Neben spektakulären Einzelaktionen gibt es eine permanente Präsenz von US-Regierungsbehörden in Kolumbien, Peru, Bolivien, darunter die Drug Enforcement Agency (DEA), die die nationalen Drogenpolizeieinheiten bei ihren Operationen 'begleitet'. Im Zeitraum 1989-1994 wurden im Rahmen der sog. Andeninitative mehr als 2 Mrd. US$ für die militärische, politische und polizeiliche 'Unterstützung' der drei Andenstaaten verwendet. Obwohl diese Stratgie nicht das erstrebte Ziel erreichte - seit Beginn der Andeninitiative nahm der Kokaanbau eher zu als ab - setzt die Clintonregierung weiterhin auf die Bekämfung der Droge im Herkunftsland.

Am 9. Februar 1994 veröffentlichte die Regierung Clinton ihre "neue" Drogenstrategie und ihren Haushaltsansatz für das Jahr 1995, worin sie eine Steigerung der Finanzierung für die Drogenprogramme um 9% auf insgesamt 13,2 Mrd. $ forderte. Eine erhebliche Steigerung um 22% ist zur Finanzierung der Drogenbekämpfung in den sogenannten "Herkunftsländern" in den Anden vorgesehen. Bei der internationalen Komponente der Nationalen Drogenkontrollstrategie (National Drug Control Strategy, NDCS) ist zwar eine wichtige Veränderung im Ton und in der Rhetorik festzustellen - hervorgehoben wird der Aufbau demokratischer Institutionen und die Förderung nachhaltiger Entwicklung - doch bietet sie keine neuen Programme oder Initiativen, die die mageren Resultate verbessern könnten, die der "Krieg gegen die Drogen" in den Anden bisher erbracht hat. Höchst bedenklich ist, daß weiterhin vorwiegend polizeiliche und militärische Drogenbekämpfungsaktivitäten in den Anden finanziert werden sollen und daß US-Militärs und -Geheimdienste bei Drogenbekämpfungsaktionen im Ausland dieselbe Rolle wie bisher spielen sollen.

Allerdings nimmt der US-Kongreß eine skeptische Haltung zur Drogenpolitik im Ausland ein, sie wird zunehmend als Fehlschlag eingeschätzt. Ein Kongreßbeschluß zu Aktionen im Ausland legte letztes Jahr fest, daß Gelder für die Antidrogeninitiative nur unter der Voraussetzung freigegeben werden sollen, daß eine neue Strategie für die Drogenbekämpfung im Andenraum formuliert wird. Der zuständige Senatsausschuß hat seit Oktober 1993 die im Haushalt für 1994 vorgesehenen Mittel für Militärhilfe und Zahlungsbilanzausgleich im Rahmen der Drogenbekämpfungsprogramme in den Anden gesperrt. Obwohl diese Gelder bald wieder fließen werden, hat der Senat mit seinem Vorgehen der Regierung klar gemacht, daß die Finanzierung für Drogenbekämpfungsaktionen in den Anden keineswegs gesichert ist. Unter diesen Umständen ist es höchst unwahrscheinlich, daß der Kongreß dem Haushaltsansatz der Regierung Clinton für ihre Antidrogenprogramme in Lateinamerika uneingeschränkt zustimmt.

Obwohl die US-Regierung ihre Drogenpolitik als Teil ihrer Demokratisierungsförderung in der Region darstellt, ist ihr Vorgehen genauso ungeschickt wie zu Zeiten Bushs. In manchen Fällen bringt sie die demokratischen Institutionen in Gefahr, die sie zu unterstützen vorgibt. Besonders deutlich wird dies im Fall Kolumbiens. Sowohl die US-Regierung als auch Senator John Kerry (der Vorsitzende des Senatsausschusses für Terrorismus, Narkotika und Operationen im Ausland) haben den kolumbianischen Generalstaatsanwalt Gustavo de Greiff heftig angegriffen, weil er sich dafür ausgesprochen hat zu prüfen, ob Drogen legalisiert werden können und weil er, wie es die neue kolumbianische Verfassung erlaubt, geständigen Drogenhändlern einen Straferlaß zusichern will. Viele kolumbianische Kommentatoren sehen in der Einrichtung einer unabhängigen Generalstaatsanwaltschaft einen wichtigen Schritt zur Schaffung demokratischerer Institutionen. Ein Mitarbeiter des Kongresses äußerte uns gegenüber, daß die USA die moralische Pflicht hätten, "mit dem Desinfektionsmittel einer öffentlichen Bloßstellung" dazu beizutragen, die kolumbianische Gesellschaft von korrupten Staatsbeamten zu befreien. Er gab allerdings zu, keine eindeutigen Anhaltspunkte zu haben, die einen Korruptionsvorwurf gegen de Greiff rechtfertigen könnten.

Der jährliche Bericht über die "Internationale Drogenkontrollstrategie" (INDCS), der am 1. April veröffentlicht wurde, enthält ähnlich scharfe Vorwürfe, die viele Länder der Region verärgert haben. Drei lateinamerikanischen Ländern - Panama, Bolivien und Peru - wird vorgehalten, sie täten an der Drogenfront nicht genug. Es werden ihnen aber keine Konsequenzen angedroht, weil nicht näher bezeichnete "wichtige nationale Interessen" dem entgegenstünden. Sie werden aber darauf aufmerksam gemacht, daß die USA ihnen 1995 möglicherweise nicht mehr ihre Kooperationsbereitschaft bescheinigen würden. Länder, denen nicht offiziell bestätigt wird, daß sie mit den Drogenbekämpfungsbemühungen der USA kooperieren, müssen mit einer Reihe von Sanktionen rechnen, einschließlich Sperrung der US-Hilfe und Nein-Stimmen der Vertreter der USA in internationalen Finanzinstitutionen, wenn sie einen Kredit beantragen.

Es ist oft schwer nachzuvollziehen, welche Überlegungen politischen Entscheidungen im Labyrinth der Drogenpolitik zugrunde liegen, doch gibt es zwei Faktoren, die wohl für die harte Linie der US-Regierung verantwortlich sind. Der erste ist die Rolle des für internationale Drogenprobleme zuständigen stellvertretenden US-Außenministers Robert Gelbard, ehemals Botschafter in Bolivien. Gelbards Fraktion scheint sich in internen Auseinandersetzungen im State Department durchgesetzt zu haben, als es

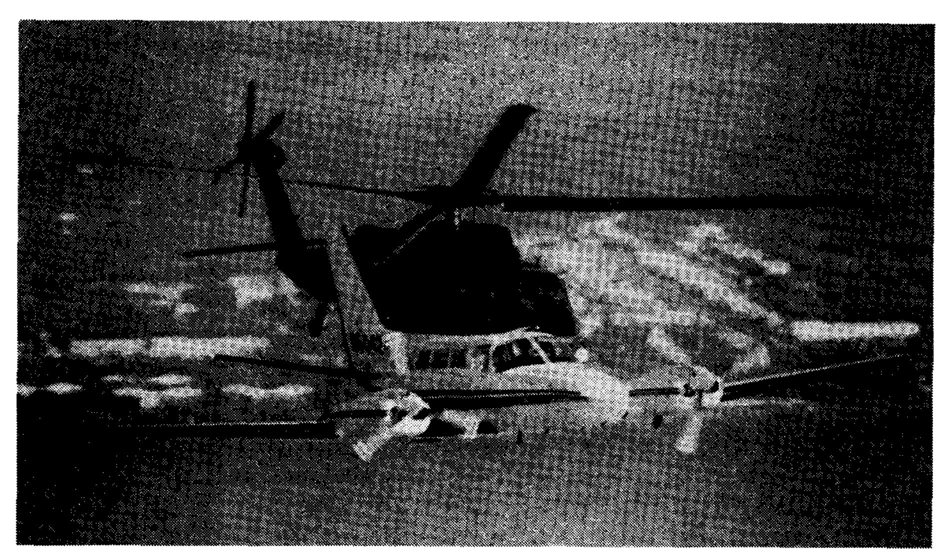
darum ging, welchen Ländern Kooperationsbereitschaft bescheinigt wird. In vielen Fällen hatten die Regionalbüros des State Department für Bescheinigungen ohne Auflagen plädiert.

Gelbard ist ein glühender Drogenbekämpfer und scheint in der internationalen Drogenpolitik der USA eine wichtigere Rolle zu spielen als etwa das Büro des "Drogenzaren" (Nationales Büro für Drogenbekämpfungspolitik, A.d.Ü.). Für dessen Leiter Lee Brown ist fast ein Jahr nach seiner Ernennung immer noch kein für internationale Drogenpolitik zuständiger Stellvertreter benannt worden. Entsprechend erklärt der Nationale Sicherheitsrat, dem State Department und dem Büro für Nationale Drogenbekämpfungspolitik "den Vortritt lassen" zu wollen, nachdem nun die NDCS verabschiedet worden sei. Andere Akteure - einschließlich des Pentagon und des CIA - mischen zwar kräftig in der Drogenpolitik mit, doch auf der diplomatischen Ebene hat Gelbard weitgehend freie Hand.

Wichtiger scheinen allerdings, zweitens, innenpolitische Überlegungen zu sein. Die Regierung Clinton hat empfindlich auf Vorwürfe reagiert, in der Drogenfrage lasch zu sein. Sie geht seit August 1993 entschlossener gegen internationale Drogenhändler vor und kommt damit der öffentlichen Meinung in den USA entgegen. Verbrechen (die oft mit Drogen zu tun haben) machen der Bevölkerung nach wie vor die meisten Sorgen. Es spielt keine Rolle, daß die Drogenbekämpfung bisher ein erbärmlicher Fehlschlag gewesen ist; was zählt, ist der Anschein, daß die Regierung entschlossen ist, mit dem Problem "aufzuräumen". Deshalb haben Clintons Strategen versprochen, daß der sogenannte Krieg gegen die Drogen im Ausland weitergehen soll, und haben damit die Parameter festgelegt, innerhalb derer das State Department und andere US-Institutionen agieren müssen.

Der Ton ändert sich

Innerhalb dieser Parameter lassen sich bei Clintons Herangehensweise an die Drogenpolitik ein paar positive Elemente feststellen. Die Drogenbekämpfungsstrategie wendet sich mehr der Nachfrage zu, betont besonders die Behandlung von schweren Fällen von Drogensucht und pädagogische Maßnahmen. Die Verlagerung der Ausgaben auf diese Bereiche hätte deutlicher ausfallen können, immerhin sieht der Haushaltsansatz eine Verlagerung der Ausgaben für die Drogenbekämpfung von der Angebotsseite (hierfür sind 59% der Ausgaben vorgesehen) auf die Nachfrageseite (41%) vor. Zu Bushs Zeiten betrug das Verhältnis 70:30. Bei der internationalen Komponente der Strategie, für die im Haushaltsansatz 250 Millionen $ vorgesehen sind, gibt die Regierung zu, daß einige Versuche, den Drogenhandel an der Grenze und in Transitländern zu unterbinden, gescheitert sind, und beantragt für solche Programme entsprechend weniger Mittel. Da sie aber ihre Drogenbekämpfungsbemühungen in Herkunftsländern verstärken will, läuft ihr Ansatz darauf hinaus, Gelder von einem zum anderen gescheiterten Programm zu transferieren.



"Internationale Zusammenarbeit": US-Helikopter fängt verdächtiges Flugzeug in Kolumbien ab

Die für den Andenraum vorgesehene Strategie betont, daß nachhaltige Entwicklung und der Aufbau demokratischer Institutionen die Grundlage für erfolgreiche Drogenbekämpfung sein müssen. Sogar Gelbard hebt hervor, daß "wirtschaftliche Entwicklung und Institutionen wie z.B. Gerichte gestärkt werden müssen ... gemäß der Theorie, daß Wirtschaftswachstum und starke Demokratien konstruktive Alternativen zum Drogenhandel ermöglichen" (Washington Post, 10.2.94). Eine erfreuliche Neuerung ist, daß der Regierungsdiskurs weitgehend auf Kriegsmetaphern verzichtet.

Die Angebotsbekämpfung steht weiter im Vordergrund

Allerdings geht die von der Clintonregierung formulierte Strategie weiterhin davon aus, daß mit Ausrottungsbemühungen und Verboten im bolivianischen Chapare und anderen Kokaanbauregionen erreicht werden kann, daß auf den Straßen der USA weniger Kokain und Crack angeboten wird. Drogenzar Lee Brown liebt es, die Drogenbekämpfung mit einem Bienenkorb zu vergleichen. Am 4.2.94 erklärte er in einem Pressegespräch, "es ist leichter, zum Bienenkorb zu gehen, als die Bienen zu fangen, wenn sie über die Grenze in die USA fliegen".

Die Annahmen, die der andauernden Betonung der Nachfrageseite zugrunde liegen, können leicht widerlegt werden. Seit dem Beginn der Andeninitiative im September 1989 hat sich die Kokaproduktion deutlich ausgebreitet, das geht sogar aus den Zahlen hervor, die die US-Regierung selbst veröffentlicht. Allein in Peru, wo es Kokapflanzen früher nur im oberen Huallaga-Tal gab, sind sie nun im ganzen Huallaga, Ene, Perené, Ucayali, Apurimac usw. verbreitet. Der Anbau von Schlafmohn hat sich in Peru und Kolumbien ebenso ausgebreitet. Ebensowenig erfolgreich waren die Aktionen gegen den Drogenhandel. Der Schlag gegen das Kartell von Medellin hat zu einer "Demokratisierung des Drogenhandels" geführt, wie es kolumbianische Beobachter nennen, und das Kartell von Cali hat sich in den Vordergrund geschoben. Eine Drogenmafia gibt es nicht mehr nur in Kolumbien, sie breitet sich auch in Bolivien, Brasilien, Venezuela und anderen Ländern aus.

Wenn die Clintonregierung ihr Augenmerk mehr auf die Herkunftsländer als die Transitländer richtet, geht sie den Weg wieder zurück, den ihre Vorgänger gegangen sind. Nachdem Bushs Andeninitiative nicht die gewünschten Erfolge gezeitigt hatte, war man verstärkt zu Aktionen in den Transitländern übergegangen. Da diese auch gescheitert sind, will die Regierung Clinton nun wieder zurück zur "Quelle".

Neue Initiativen?

Die US-Regierung hat zugegeben, daß Drogenbekämpfungsaktionen im Ausland bisher wenig erfolgreich gewesen sind. Cresencio Arcos, im State Department für internationale Drogenfragen zuständiger Staatssekretär, erklärte bei einer Anhörung vor einem Kongreßausschuß am 14. April 1994: "Seit 1994 ist in der Andenregion mehr Kokaanbau vernichtet worden als je zuvor in der Geschichte, doch noch mehr Koka wird neu angebaut. Es hat mehr Verhaftungen, Verbote und Beschlagnahmen gegeben als je zuvor, aber es kommt mehr Kokain in die USA, und der Preis auf der Straße ist nicht wesentlich gestiegen. Es gibt weniger Gelegenheitsverbraucher von Kokain, aber die Zahl der Süchtigen steigt weiter an." Auch die Aktionen in Kolumbien, die von der US-Regierung als große Erfolgsstory verkauft

werden, werden durch die jetzigen Korruptionsvorwürfe gegen Kolumbien und die nach Meinung der US-Regierung zu große Milde der Generalstaatsanwaltschaft relativiert, die mit dem Kartell von Cali verhandelt.

Es werden aber keine neuen Programme oder Initiativen lanciert, um mit mehr Aussicht auf Erfolg gegen die Produktion von Koka und Kokain in den Andenländern vorzugehen. Es ist ein guter Anfang, wenn die Regierung Clinton den Aufbau demokratischer Institutionen und die nachhaltige Entwicklung betont, aber es wird nicht im einzelnen erläutert, wie die Effizienz der Programme sichergestellt werden soll. Bei dem oben erwähnten Pressegespräch am 4.2. sagte Brown, man wolle in den Anden "auf existierenden Programmen aufbauen". Besonders besorgniserregend ist, daß im beantragten Budget der größte Posten für die Verfolgung von Straftätern vorgesehen ist.



Wichtiges Instrument im war on drugs

Aufbau demokratischer Institutionen?

Wenn man die Demokratie und demokratische Institutionen fördern will, wie es die US-Regierung angeblich mit ihrer Drogenpolitik beabsichtigt, müßte man in erster Linie die Achtung der Menschenrechte fördern. In Clintons NDCS kommen die Menschenrechte nicht einmal vor. Als die bolivianische Regierung kürzlich versuchte, Kokapflanzungen im Chapare gewaltsam vernichten zu lassen, kam es zu Zusammenstößen, bei denen ein Bauer getötet und 20 verwundet wurden.

Das US-Programm "Administration of Justice (AOJ)" wurde entworfen, um demokratische, zivile Institutionen zu stärken. Unter den bestehenden Hilfsprogrammen der USA wäre dieses in der Tat am besten geeignet, das Ziel, demokratische Institutionen zu stärken, zu erreichen. Leider sah die Praxis bisher anders aus: Antidrogengesetze in Bolivien und die für Verstöße gegen die öffentliche Ordnung zuständigen Gerichte in Kolumbien, die jetzt Regionalgerichte heißen, haben wesentliche Rechte aufgehoben, die nach der Strafprozeßordnung den Angeklagten zustehen. Die allgegenwärtige Korruption sorgt weiterhin dafür, daß Arme jahrelang im Gefängnis auf ihren Prozeß warten müssen, während Drogenhändler die nötigen Bestechungssummen aufbringen können, um sofort freigelassen zu werden. Die große Mehrheit derer, die sich in Kolumbien vor den neugeschaffenen Gerichten verantworten müssen, werden belangt, weil sie sich an legitimen sozialen Protesten beteiligt haben.

In Clintons Drogenstrategie findet sich außerdem ein bedenkliches Konzept: "Militärische Durchsetzung der Strafverfolgung". Die politisch Verantwortlichen brauchen wohl einen Grundkurs in Staatsbürgerkunde (die Regierung Bush unterschied wenigstens noch zwischen Polizeihilfe und Militärhilfe). In den USA verbietet die Gewaltenteilung, die Armee zur Durchsetzung ziviler gesetzlicher Normen zu mißbrauchen. Die Regierung Clinton setzt lateinamerikanische Regierungen unter Druck, ihren Armeen eine Rolle zuzuweisen, die in den USA weitgehend verfassungswidrig wäre.

Polizei- und Militärhilfe überwiegen

"Aufbau demokratischer Institutionen" heißt offensichtlich nach Meinung vieler Repräsentanten der USA, Polizei und Militär zu finanzieren. Der oben zitierte Acros führte weiter aus: "Der Aufbau von Institutionen ist die Grundlage der Drogenbekämpfung im Ausland ... In unseren Programmen für 1995 ist Hilfe und Ausbildung für Institutionen vorgesehen, die direkt gegen Drogenhändler vorgehen - die Exekutive, militärische Antidrogeneinheiten, Staatsanwälte und Richter." Die Reihenfolge, in der die "demokratischen" Institutionen aufgezählt werden, ist nicht zufällig - das Regierungsbudget sieht umfangreiche Polizei- und Militärhilfe vor.

Von den 252 Millionen $, die im Haushaltsansatz für 1995 für internationale Drogenprogramme bestimmt sind, entfallen 160 Millionen auf polizeiliche oder militärische Aktivitäten (einschließlich der Vernichtung von Feldern). Für den Schutz und die Reform der Justizbehörden sind nur 4,4 Mio. veranschlagt und zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung nur 53 Mio. Aus Haushaltsmitteln von 1994 will die Regierung 12 Mio. zur direkten Förderung der Armeen der Andenländer ausgeben, insgesamt sind dafür 27 Mio. vorgesehen. Wenn diese Mittel bewilligt werden, würde damit auch wieder die kolumbianische Armee unterstützt, die erst kürzlich von der Förderung aus dem Antidrogenprogramm ausgeschlossen worden war.

Obwohl sie das Gegenteil behauptet, scheint die Regierung Clinton eine der elementarsten Lektionen der lateinamerikanischen Geschichte nicht gelernt zu haben: Die lateinamerikanischen Armeen sind alles andere als demokratisch. Ihr Einfluß müßte verringert, nicht ausgeweitet werden, wenn die Demokratie in der Region gedeihen soll.

Coletta Youngers

Übersetzung aus dem Englischen: CN. Das Original erschien in der Zeitschrift 'Enlace', Mai 1994, hg. vom Washington Office on Latin America

Wer paßt sich wem an?

Über die Unvereinbarkeit von Weltmarktsystem und nachhaltiger Entwicklung

Die Diskussion über Strukturanpassung im Norden steckt noch in den Kinderschuhen. Dennoch zeichnen sich bereits unterschiedliche Positionen ab. In Heft Nr. 197 vom Mai 1994 druckten wir einen Text, der die wesentlichen Punkte eines Memorandums von Schweizer NGOs wiedergibt, das eine neue Finanz-, Währungs- und Handelspolitik der Schweiz fordert. Vergleichbar konkrete Vorschläge, allerding mit anderer Schwerpunktsetzung, haben bislang nur niederländische NGOs ausgearbeitet. Der folgende Beitrag von Norbert Trenkle setzt sich explizit von den bislang formulierten Modellen ab, weil ihnen die Überzeugung zugrunde liegt, der Kapitalismus sei reformierbar. Zur reformistischen Richtung ist auch der Beitrag von Wolfgang Sachs zu rechnen - siehe folgende Seiten.

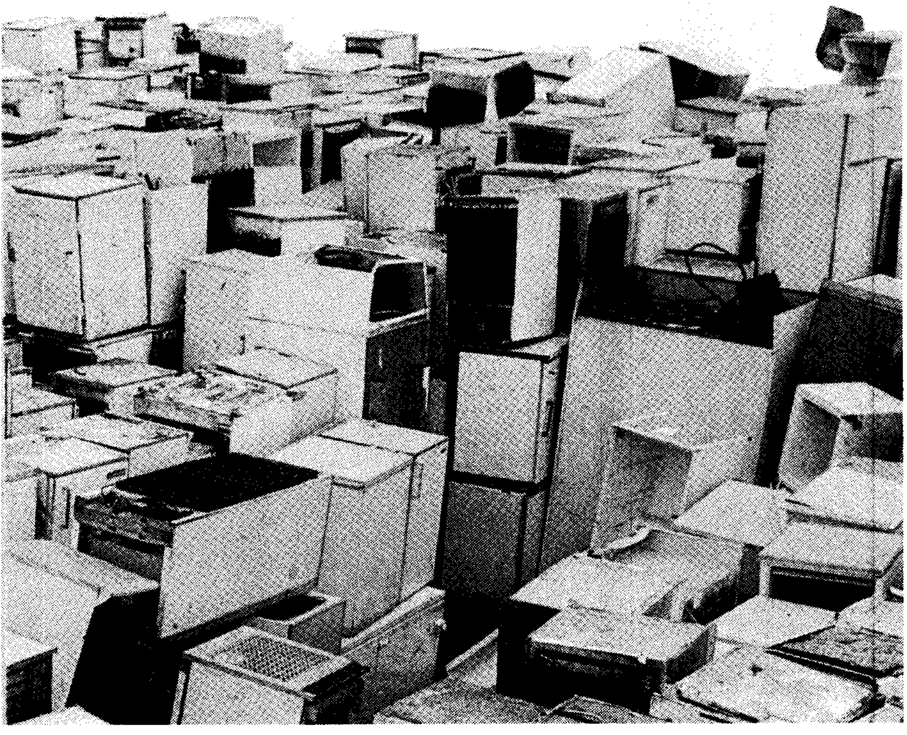
Zu den perversesten Unwörtern der achtziger Jahre gehört unzweifelhaft jenes der "Strukturanpassung". Die brutale Unterwerfung der hochverschuldeten Länder der Dritten Welt unter die Imperative des Weltmarkts im Namen neutraler Sachlichkeit sagt so ziemlich alles aus über eine Gesellschaft, die selbst noch den Massenmord so organisiert, daß zwar jeder daran beteiligt, doch niemand es gewesen ist. Daß dagegen die unter stofflichen Gesichtspunkten eigentlichen "Strukturanpassungen" in den kapitalistischen Industrienationen des Nordens stattzufinden hätten, wenn nicht die menschlichen Lebensgrundlagen innerhalb weniger Jahrzehnte zerstört sein sollen, ist zwar alles andere als eine Neuigkeit. Dennoch verläuft der reale Trend genau in die entgegengesetzte Richtung. Nicht nur ist der Ressourcenverbrauch absolut und pro Kopf der westlichen Bevölkerung seit der Veröffentlichung des ersten Berichts des Club of Rome über die "Grenzen des Wachstums" im Jahr 1972 noch erheblich gestiegen. Auch die Kluft zwischen den ärmsten und den reichsten Ländern der Weltwirtschaft ist, wie etwa der Human Development Report der UNO noch einmal eindrücklich belegt, in den letzten zwanzig Jahren in fast jeder Hinsicht erheblich größer geworden.

Die umfassenden Forderungskataloge für ökologische und soziale "Strukturanpassungen im Norden", wie sie kürzlich in einem Memorandum für die Schweiz und in einem Aktionsplan für die Niederlande vorgelegt wurden und wie sie jetzt im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Caritas vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie auch für die Bundesrepublik Deutschland vorbereitet werden, sind also aktueller denn je[1]. Dennoch zeichnen sich alle drei Entwürfe durch eine grundsätzliche Schwäche aus. So sehr die empirische Evidenz für die meisten der vorgeschlagenen stofflich-ökologischen Maßnahmen spricht (Einschränkung des Energieverbrauchs, Umverteilung von Ressourcen etc.), so wenig können sie doch deutlich machen, wie diese gesellschaftlich und ökonomisch vermittelbar sind. Einerseits setzen alle Entwürfe wie selbstverständlich das warenproduzierende Weltsystem als ihren Bezugsrahmen voraus, andererseits aber abstrahieren sie ständig, meist implizit, von den damit gesetzten blinden Sachzwängen, die nun einmal nicht einfach durch Nicht-Benennung aus der Welt geschafft werden können. Ob die erhobenen Forderungen überhaupt mit der dominanten Form des Marktes vereinbar sind, ob nicht deren innere Strukturlogik sich gegen eine Implementierung einer übergreifenden ökologischen und sozialen Rationalität sperrt, diese Frage wird gar nicht erst gestellt.

Sparsames Verschleudern...

Wie problematisch dies ist, wird besonders daran deutlich, daß alle drei Ansätze, bei unterschiedlicher Akzentsetzung, sehr unvermittelte Hoffnungen an eine "Effizienzrevolution" auf der Basis der neuen technologischen Möglichkeiten und naturwissenschaftlichen Erkenntnisse knüpfen. So rechnet etwa der "Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung in den Niederlanden" vor, daß bei richtigem Einsatz von Technologien und der Ausschöpfung von Energiesparpotentialen der Ressourcenverbrauch um bis zu 70 Prozent gesenkt werden könnte, ohne daß deshalb der gegenwärtige Lebensstil grundsätzlich verändert werden müßte. Nun mag dies zwar als Hinweis gewertet werden, welche ungenutzten Produktivkraftpotentiale tatsächlich noch brachliegen, doch dies ist auch schon so ziemlich alles. Schon oberflächlich betrachtet wäre rein gar nichts damit gewonnen, die marktförmigen Produktionsprozesse ökologisch "effizienter" zu organisieren, denn die Unersättlichkeit des kompensatorischen Konsums, die nur die Kehrseite des sinnlos prozessierenden Systems der abstrakten Arbeit ist und somit auch nur zusammen mit diesem aufgehoben werden kann, würde jede erreichbare Einsparung in kürzester Zeit wieder auffressen. Darauf weist im übrigen auch Wolfgang Sachs hin, der an der Studie für ein "Dauerhaftes Deutschland" federführend beteiligt ist[2].

Das Grundproblem ist letztlich die paradoxe Struktur einer "ungesellschaftliche(n) Gesellschaftlichkeit" (Marx) der warenförmigen Moderne. Noch nie waren die Menschen so total vergesellschaftet und bis in ihre intimsten Regungen und Verrichtungen hinein so sehr auf den gesellschaftlichen Zusammenhang angewiesen wie heute, und doch waren sie zugleich noch nie so auf sich selbst zurückgeworfen. Unter diesen Umständen ist es für die Einzelnen durchaus rational, möglichst immer zuerst den eigenen Vorteil im Auge zu behalten, sei es als Unternehmer, als Steuerbetrüger oder als Konsument; und solange sie als solche Einzelne innerhalb der vorausgesetzten Verhältnisse agieren, gleicht jeder Versuch, den Standpunkt des Allgemeinen ins eigene Handeln einzubeziehen, einem Kampf gegen Windmühlen. "Effizienz" kann in die-



Sparsames Verschleudern ?!

sem Zusammenhang nicht viel mehr bedeuten, als die Ressourcen innerhalb der partikularisierten Reproduktionszusammenhänge etwas sparsamer zu verschleudern. Ein Einfamilienhaus etwa mag sich bis zu einem gewissen Grad wärmeisolieren lassen, doch, dies ändert nichts daran, daß es sich dabei per se um eine extrem energieintensive Wohnform handelt. Eine Landschaftsverschandelung ungeheuren Ausmaßes stellt es obendrein dar, denn gewöhnlich tritt es eben nicht vereinzelt, sondern als Teil schier unendlicher Vorortsiedlungen rund um die großen Städte auf, die eine "Fahrt ins Grüne" (natürlich mit dem "Ökoauto") fast unmöglich machen. Die einzige gesellschaftlich rationale Lösung wäre die Renaturierung der vergeudeten Flächen und der Übergang zu gemeinschaftlichen Formen des Wohnens.

...und rationale Irrationalität

Hinzu kommt aber noch ein weiteres Problem. "Effizienz" bedeutet, in die Sprache der einzelnen Unternehmen übersetzt, immer nur effiziente Gestaltung der betrieblichen Prozesse; und zwar auch dann, wenn dies mit einer gesamtgesellschaftlichen oder stofflichen Rationalität rein gar nichts zu tun hat. Diese beschränkte Rationalität ist aber der Regelfall, denn in die partikularen Kalküle geht nur ein und kann nur eingehen, was sich für die einzelnen in klingender Münze als Gewinn oder als Kosten ausdrückt. Daher ist auch die Externalisierung von Kosten, deren Abwälzung auf die Allgemeinheit und die nachfolgenden Generationen, vom Standpunkt des betriebswirtschaftlichen Interessenkalküls durchaus rational. "Wenn ich es nicht tue, dann tun es die anderen", dieser vielzitierte Spruch ist kein bloßer individueller Zynismus, sondern Ausdruck knallharter Sachzwänge des Marktes. Dies erklärt auch, weshalb die in den neuen Informations- und Kommunkationstechnologien zweifellos enthaltenen Potenzen zur Entzerrung der überregionalen stofflichen Verflechtungen und zur Schaffung dezentraler Produktionsstrukturen bisher noch völlig ungenutzt blieben. Technisch gesehen wäre es bekanntlich durchaus möglich, einen großen, wenn nicht den größten Teil der notwendigen Gebrauchsgüter unter Bedingungen höchster Produktivität dort herzustellen, wo diese auch benötigt werden; etwa in kleinen auf lokale und regionale Bedarfsdeckung ausgelegten Multi-Funktions-Fabriken. Der wichtigste "Rohstoff" für die Produktion ist längst das Wissen, und dieses läßt sich mit einem Minimum an Ressourcenverbrauch beliebig reproduzieren und rund um die Welt schicken. Unter den Bedingungen des Ware-Geld-Systems aber werden die neuen Technologien im wesentlichen nur dafür eingesetzt, die betrieblichen Verwertungsprozesse zu optimieren; und dies bedeutet neben der Automatisierung von Produktionsvorgängen vor allem, das internationale Preis- und (Lohn-)Kostengefälle in Form des global sourcing möglichst optimal auszunutzen. Daß sich dies in unsägliche Arbeitsbedingungen für die Menschen in den "Billiglohnländern" übersetzt und in eine wachsende Vergiftung der Atmosphäre durch den enormen überregionalen Verkehr, spielt dabei bekanntlich keine Rolle, solange sich das Ganze "rentiert".

Seit 1970 waren die jährlichen Zuwachsraten des Welthandels, der zunehmend ein Handel mit Fertigungskomponenten ist, mit 5 bis 6 Prozent rund doppelt so hoch wie die des Welt-Bruttosozialprodukts. Und dieser Trend hält an. Das Wolfsburger Volkswagenwerk etwa bezog bis Ende 1992 80 Prozent seiner Zulieferteile aus dem Land Niedersachsen; insgesamt arbeitete es mit rund 1500 Lieferanten zusammen. VW-Chef Piëch will nun gemeinsam mit seinem berühmt-berüchtigten Einkaufsmanager Lopez erstens diese Anzahl auf ein Zehntel zusammenstreichen und zweitens den Bezugsradius erheblich erweitern (vgl. Wirtschafswoche 4.2.93). Die Zulieferer, die "wie die Zitronen ausgequetscht werden" (Wirtschaftswoche, 11.6.93), reagieren ihrerseits mit Rationalisierungsmaßnahmen, verringern selbst ihre Fertigungstiefe und geben den Druck an die Unterlieferanten weiter, die "deutsche Qualität zu ausländischen Preisen" (ebd.) liefern sollen. Die letzten in der Kette dieser Wertschöpfungskaskade sind bekanntlich die Kleinstbetriebe und Klitschen in den Ländern der Dritten Welt und des neu erschlossenen Ostens, die unter extremen Ausbeutungsbedingungen - dem frühkapitalistischen Verlagswesen vergleichbar - dem Gesamtsystem zuarbeiten.

Nun ist es natürlich längst keine Neuigkeit mehr, daß das freie Spiel der Marktkräfte keine sonderlich rationalen Ergebnisse produziert. Alle Bestrebungen kritischer Politik zielen daher auch darauf, die partikularistische Rationalität der produzierenden und konsumierenden Marktteilnehmer durch rechtliche Vorgaben und/oder über Eingriffe in die Preisstruktur sozusagen auf soziale und ökologische Linie zu bringen. So setzt beispielsweise auch der niederländische "Aktionsplan" zur Verwirklichung seiner Ziele wesentlich auf eine deutliche Erhöhung der Energie- und Rohstoffpreise einerseits und auf das Verbot schädlicher Substanzen (wie z.B. organischen Chlors) andererseits. In die gleiche Richtung zielt auch Wolfgang Sachs, der mit "ehrlichen Preisen" für Transporte, mit Entfernungssteuern und Zollrechten, eine räumliche Entflechtung der Wirtschaft erzwingen möchte [1]. So sehr solche und ähnliche Vorschläge ihre Berechtigung haben, so fatal wäre es doch zu glauben, das Marktsystem könnte mit Hilfe rechtlicher und finanzpolitischer Instrumentarien im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen und ökologischen Rationalität umfassend gesteuert werden. Abgesehen von der Horrorvorstellung, alle stofflich-sinnlichen Qualitäten, alle menschlichen Bedürfnisse und Lebensäußerungen vollends in Preisrelationen oder Gesetzesvorgaben ausdrücken zu wollen, müßte ein solches Unterfangen schon allein daran scheitern, die unendliche Zahl von "Systemparametern" innerhalb des vorausgesetzten, bewußtlosen Konkurrenzprozesses beständig neu auszutarieren.

Genau dies wäre aber erforderlich, wenn einerseits die einzelnen Gesellschaftsmitglieder zwar als Marktteilnehmer weiterhin

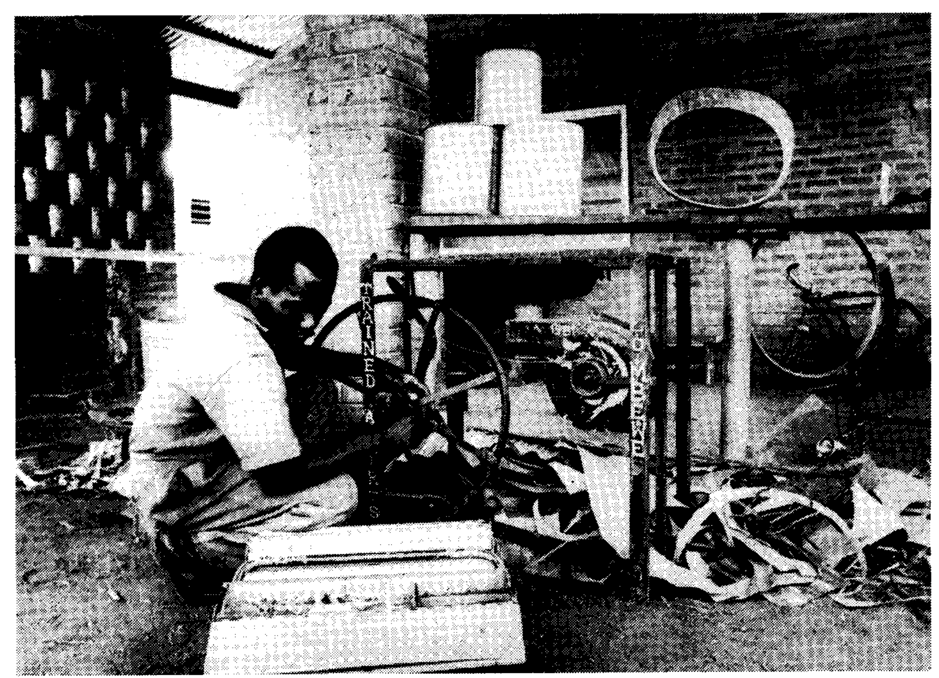
ihr partikulares Interesse verfolgen sollen, andererseits aber das daraus resultierende Gesamtergebnis "vernünftig" sein soll. Die hierfür erforderlichen kybernetischen Modelle ließen sich wohl auch bei einer Vervielfachung der gegenwärtigen Rechnerleistungen kaum je implementieren - geschweige denn in die gesellschaftliche Wirklichkeit umsetzen. Die in der Sowjetunion der sechziger Jahre in diese Richtung getätigten Überlegungen wurden jedenfalls sehr schnell als unrealisierbar wieder aufgegeben.

Hase und Igel...

Nicht zuletzt das Scheitern des sogenannten Realsozialismus hat deutlich gemacht, daß eine bewußte Regelung des per se bewußtlosen marktförmigen Prozesses unmöglich ist. Die Herrschaft der zentralen Bürokratie war keine Alternative zum Markt, sondern bloß der Versuch, die Marktprozesse zu planen. Über Eingriffe in die Preisstruktur sollten bestimmte gesellschaftlich definierte Ziele wie etwa die Befriedigung von Grundbedürfnissen erreicht werden. Auch im Westen ist das allenthalben beklagte Wuchern der Bürokratie und des Verrechtlichungsgestrüpps keinesfalls bloß auf die Pedanterie und das Selbstlegitimationsbedürfnis des Beamtenapparates zurückzuführen (obgleich auch dies eine Rolle spielt), sondern vielmehr die Kehrseite des total werdenden Marktes, der einen wachsenden Regelungsbedarf hervorruft. Der Versuch, seine Irrationalitäten durch staatliche Eingriffe zu unterbinden oder zu kompensieren, gleicht allerdings dem Wettlauf zwischen Hase und Igel und produziert selbst notwendigerweise komplementäre Absurditäten (siehe etwa die EU-Agrarpolitik).

Denn natürlich versuchen die einzelnen Marktteilnehmer, wo immer möglich, jeder Einschränkung ihres Partikularinteresses durch (wie es dann so schön anklägerisch heißt) "staatliche Bevormundung" auszuweichen. Ein Schlupfloch findet sich bekanntlich immer, und wird dieses per Gesetz oder Verordnung geschlossen, so ist das nächste längst aufgetan. "Allein die Sammlung der in Bund und Ländern geltenden Vorschriften für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen", so ein Bericht von Eva-Maria Thoms und Cornelia Uebel in der ZEIT[4], "füllt in der Dünndruckausgabe sechs Loseblattordner". Und je komplizierter die rechtlichen und steuerlichen Regelungen im Laufe dieses gegenseitigen Austricksens werden, desto schwieriger gestaltet sich natürlich auch die Kontrolle. "Herauszufinden, welche Sicherheitseinrichtungen einem Betrieb abverlangt werden müssen, kann Tage oder Wochen dauern" (ebd.). Ohnehin vergehen in der Regel zehn bis fünfzehn Jahre oder mehr, bis eine neue Umweltvorschrift den Instanzenweg von der Gesetzgebung über die Ausarbeitung der Verwaltungsvorschriften bis hinunter auf die kommunale Ebene durchlaufen hat, wo dann, wie Thoms und Uebel spötteln, aus dem umweltpolitischen Tiger, der zum Sprung ansetzte, ein Bettvorleger geworden ist (ebd.). Selbst wenn die zuständige Behörde dann auch noch tatsächlich die notwendige und immer aufwendigere technische Ausstattung für den Vollzug erhält, ist möglicherweise die ganze Angelegenheit längst vom technischen Fortschritt überholt, weil beispielsweise nun ganz andere chemische Verbindungen verwendet werden. Das Spiel kann also von vorne beginnen.

Sollten aber alle Stricke reißen, bleibt als letzte Möglichkeit immer noch, sich dem territorial begrenzten Zugriff eines Staates durch die Verlagerung des Produktionsstandortes zu entziehen. Diese Strategie wurde bekanntlich gerade in den letzten Jahren immer häufiger praktiziert. Die Standortkonkurrenz, die letztlich immer eine Konkurrenz um Steuern und vor allem um die fetischisierten Arbeitsplätze ist, unterwirft auch die Staaten vollends den Gesetzen des Marktes und degradiert sie zu Mitspielern unter anderen, die das Regelwerk selbst kaum beeinflußen können. Insbesondere im Rahmen der fundamentalen ökonomischen Strukturkrise nimmt das Öko- und Sozialdumping immer krassere



Kleinstbetriebe und Klitschen in der Dritten Welt- Zulieferer des Gesamtsystems

Formen an. Basiert schon der relative Weltmarkterfolg von Staaten wie der VR China auf millionenfacher Zwangs- und Sklavenarbeit einerseits und der rücksichtslosen Plünderung ihrer Naturressourcen andererseits, so nimmt auch der Druck auf die Industriestaaten des Nordens zu, alle sozialen und ökologischen Errungenschaften zurückzunehmen, die letztlich die relative Weltmarktgewinnerposition zur Voraussetzung hatten.

Den Hebel an der Marktlogik ansetzen...

Dies heißt nun freilich keinesfalls, daß die marktbrutale Zurichtung von Mensch und Natur widerstandslos hingenommen werden müßte. Wenn aber ökologische und soziale Grundforderungen, wie sie unter der Überschrift "Strukturanpassungen im Norden" erhoben werden, mit der inneren Logik des warenproduzierenden Weltsystems kaum kompatibel sind, dann verweist dies darauf, daß sie letztlich nur im Kontext einer oppositionellen Krisengegenwehr, die nicht auf eine (ohnehin illusorische) Restaurierung der Marktwirtschaft zielt, ihre wirkliche Brisanz entfalten können. Eine solche Krisengegenwehr könnte wesentlich eine Doppelstrategie sein. Zum einen wird es darum gehen müssen, die weiterlaufende destruktive Verwertungsmaschinerie zu bremsen und zu stoppen wo und wie immer möglich. Maßnahmen wie eine radikale Erhöhung der Energiepreise hätten dabei ebenso ihre Berechtigung wie Blockade- und Sabotageaktionen, die sich gegen die zentralisierten Großstrukturen richten. Bekanntlich macht es die Anfälligkeit und Angreifbarkeit dieser Großstrukturen aus, daß schon kleine Störungen, meinetwegen ausgelöst durch einen Virus im Großrechner einer Bank oder Automobilfirma, enorme Reibungsverluste im Gesamtsystem verursachen können.

Zum anderen aber kann die Marktlogik nur dann konsequent angegriffen werden, wenn auch Alternativen zu den von ihr bestimmten Reproduktionsstrukturen entwickelt werden. Wie sonst sollte den unvermeidlichen Sachzwangargumenten und den individuell durchaus berechtigten Existenzängsten begegnet werden? Wo etwa die Aufgabe bestimmter Produktionszweige wegen ihrer ökologischen Schädlichkeit erzwungen werden kann, da muß zugleich gewährleistet werden, daß die dort Beschäftigten nicht ins soziale Elend abgleiten. Dies aber läßt sich mit den üblichen sozialstaatlichen Mitteln, die immer auf der Umverteilung von Geldeinkommen basieren, nicht mehr bewerkstelligen. Vielmehr wären die massenhaft vorhandenen Ressourcen wie Fabriken, Maschinen und Gebäude instandzubesetzen und im Sinne einer nicht-marktförmigen Reproduktion umzufunktionieren. In diesem Kontext könnten auch die in den neuen Technologien enthaltenen Potentiale für den Aufbau dezentral-vernetzter und ökologisch angepaßter Strukturen systematisch und in breitem Maßstab entfaltet werden. Nicht zuletzt könnte hierbei auch an jenen Erfahrungen angeknüpft werden, die in den letzten zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren in Stadtteil- und Wohnungsprojekten, im Bereich des ökologisch angepaßten Landbaus oder bei der Entwicklung dezentralisierter Produktions- und Energieversorgungsmodelle gemacht worden sind. Denn diese Ansätze sind meist nicht an sich selbst gescheitert, sondern überwiegend daran, daß sie mit den Zwängen der Warenlogik nicht kompatibel waren; entweder weil sie, wie z.B. die Solarenergie, obwohl technisch ausgereift betriebswirtschaftlich nur begrenzt rentabel sind, oder weil sie mit den warenförmig individualistischen Bewußtseins-, Lebens- und Wohnformen nur schwer in Einklang gebracht werden konnten.

Im Gegensatz zu "dualwirtschaftlichen" Vorstellungen, wie sie von André Gorz, aber auch etwa von Wolfgang Sachs[5] vertreten werden, und mit denen sie durchaus Berührungspunkte hätte, würde eine solche Strategie der "Entkommerzialisierung" allerdings ihrer eigenen Dynamik nach letztlich über das Marktsystem selbst hinausweisen. Dies schon deshalb, weil die Verwertungsmaschinerie, gerade auch durch die betriebswirtschaftlich effiziente Anwendung der neuen Technologien (was ja letztlich immer bedeutet, menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen), immer größere Teile der Weltbevölkerung in den Ländern der Weltmarktperipherie wie zunehmend auch in den westlichen Zentren nicht mehr integrieren kann und sie brutal von allen in Frage kommenden Gelderwerbsquellen abschneidet. Während sie auf diese Weise aber zugleich die Kaufkraft vernichtet, auf die sie von der Absatzseite her angewiesen ist, und sich so selbst das Wasser abgräbt, treibt die Verwertungsmaschinerie zugleich ungewollt die Aufwertung des Nicht-Erwerbssektors voran; allerdings zunächst bloß in der prekären Form armseliger Überlebenswirtschaft. In dem Maße aber, wie dieser Sektor, der in vielen Regionen für die Reproduktion längst schon zentral geworden ist, über die Umleitung von Ressourcen und die gezielte Mobilisierung von sozialer und technischer Kompetenz gestärkt wird, wie regionale und überregionale Vernetzungsgeflechte gewebt werden, könnte sich bald erweisen, daß er eine weit größere Zukunft hat als das kollabierende Marktsystem.

Norbert Trenkle

Der Autor ist Mitherausgeber und Autor der im Horlemann-Verlag erscheinenden Zeitschrift Krisis - Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft.

Anmerkungen:
1) Vgl. Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, Bonn, 01/93 und Politische Ökologie Special, Sept./Okt. 1993.
2) Wolfgang Sachs, Merkposten ... siehe nebenstehenden Artikel
3) Vgl. Sachs, a.a.O.
4) Eva-Maria Thoms/Cornelia Uebel: Gesetzesflut und Wassernot, in Die Zeit, 2.10.1992
5) Vgl. Sachs, a.a.O.



Merkposten für einen maßvollen Wirtschaftsstil

Wie in Papiertunneln fühlte man sich bis vor kurzem in den Gängen der U-Bahn in Tokio. Über und über waren die Wände mit großflächigen Werbeplakaten zugepflastert. Den Holzmangel Japans vor Augen, beschlossen die Stadtväter, dieser Papierverschwendung ein Ende zu setzen: Im Namen des Umweltschutzes wurden überall auf Bahnsteigen und in Waggons Fernsehgeräte aufgehängt, die jetzt das Publikum ohne Unterlaß mit Werbebotschaften bombardieren. Papier gespart - Problem gelöst?

Die Anekdote steht für einen Ansatz in der Umweltpolitik, den ich als "Ökologie der Mittel" bezeichnen möchte. Bildschirme statt Papier, Elektronik statt Benzinverbrauch, Wiederverwertung statt Neuherstellung, solche und ähnliche Maßnahmen zielen darauf ab, den Naturverbrauch pro Leistungseinheit herunterzudrücken. Viel kann da geschehen, groß ist das Potential von ausgeklügelten Motoren, Recycling und Systemtechnik, so groß, daß manche das hohe Lied einer "Effizienzrevolution" anstimmen.

In der Tat, da ist noch viel Musik drin, doch läßt ein kühler Blick auf die Größenordnung der eigentlich fälligen Naturentlastung Zweifel daran aufkommen, ob es weise ist, Ökologie auf effizientes Ressourcenmanagement zu verkürzen. Denn die Verbrauchsreduktion, um die es geht, wenn man die Nutzung der Natur ökologisch und im Weltmaßstab gerecht gestalten will, ist schwindelerregend: nach derzeit herumgereichten Faustformeln ist allein eine Minderung des Energie- und Stoffdurchsatzes um 70-90 Prozent in den kommenden Jahrzehnten dem Ernst der Lage angemessen. Ein tollkühner Optimist, wer glaubt, daß ein solches Ziel mit bloßen Effizienzsteigerungen erreicht werden könnte! Das wird auch auf der Ebene der Logik deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß Spareffekte auf die Dauer unweigerlich wieder von Mengeneffekten aufgefressen werden; wenn nicht die Gesamtdynamik der Leistungssteigerung gebremst wird. Automotoren zum Beispiel sind heute viel effizienter als vor zwanzig Jahren, aber der Zuwachs an Autos, an Geschwindigkeit und an gefahrenen Kilometern hat den Gewinn schon lange annulliert. Rationalisierungserfolge helfen allenfalls Zeit zu gewinnen, sind aber langfristig nur in einer wachstumsdezenten Gesellschaft wirksam. Herman Daly hat diesen Sachverhalt in ein schlagendes Bild gebracht: auch ein Boot, in dem die Lasten effizient verteilt sind, wird bei steigendem Gesamtgewicht irgendwann untergehen - auch wenn den Insassen dann die Befriedigung bleibt, optimiert gesunken zu sein!

Einer naturverträglichen Gesellschaft kann man in der Tat nur auf zwei Beinen näherkommen: durch eine intelligente Rationalisierung der Mittel wie durch eine kluge Beschränkung der Ziele. Mit anderen Worten: die "Effizienzrevolution" bleibt richtungsblind, wenn sie nicht von einer "Suffizienzrevolution" begleitet wird. Nichts ist schließlich so irrational, wie mit einem Höchstmaß an Effizienz in die falsche Richtung zu jagen.

Entschleunigung

Beschleunigung wurde Trumpf im 19. Jahrhundert; dieser Umbruch im Zeitgefühl damals läßt sich deutlich in der Sprache nachzeichnen, diesem Seismographen unterirdischer Mentalitätsverschiebungen. Hätte man etwa zum jungen Bismarck vom "Tempo" der Zeit gesprochen, wäre man auf Unverständnis gestoßen; er hätte allenfalls an die Musik gedacht. Denn "Tempo", das hieß "im angemessenen Zeitmaß" spielen, dem Charakter einer Komposition entsprechend. Erst zur Jahrhundertwende hin nimmt "Tempo" die Bedeutung „hohe Geschwindigkeit" an: die Sprache spiegelt, daß das Ideal einer Bewegung jetzt nicht mehr im jeweils rechten Maß, sondern einheitlich in der höchstmöglichen Geschwindigkeit gesucht wurde.

Worauf diese Mentalitätsverschiebung reagierte, läßt sich ziemlich deutlich angeben: auf die Sprengung des organischen Maßes der Fortbewegung durch Schiene und Lokomotive. Denn die Lokomotive, sie hatte mit den Schwächen der organischen Natur aufgeräumt und schien gleichmäßig und ohne Erschöpfung dahinzueilen, während der Schienenweg sich die Landschaft unterwarf und sich weder um Berge noch um Täler scherte.

Pferde machten ja bisher immer schlapp und auch die Landschaft zwang zu Steigung und Umweg; jetzt aber konnte sich mit dem Triumph der Maschine über die Schranken der Natur das Ideal einer steigerbaren und schrankenlosen Geschwindigkeit festsetzen.

Die Kinetik wurde, nach Peter Sloterdijk, zur Ethik der Moderne.

Ein Bereich, wo dieser Geist des 19. Jahrhunderts hartnäckig weiterlebt, ist der Automobilbau. Da werden uns Tempomobile mit Beschleunigungswerten und Spitzenleistungen angeboten, als ob sie jeden Tag ein Langstreckenrennen auf der Autobahn durchzustehen hätten. Dabei verbringt ein Auto im Schnitt 80 Prozent seiner Betriebszeit im Stadtverkehr bei Durchnittsgeschwindigkeiten von 10 bis 25 Kilometer pro Stunde. Tempomobile in den Stadtverkehr zu schicken ist ebenso rational wie Butter mit der Kreissäge zu schneiden. Der zwanghafte Vollzug der Ideale von gestern hat uns eine Automobilflotte beschert, die in grotesker Weise übermotorisiert ist, mit aller Verschwendung an Energie, Material, Sicherheitsausstattung, die sich daraus ergibt.

Beschleunigung, gründlich genug betrieben, zeigt freilich die mißliche Tendenz, sich selbst aufzuheben: man kommt immer schneller dort an, wo man immer kürzer bleibt. Beschleunigung, das ist ihre kontraproduktive Seite, macht gleichgültig für das Hier und Jetzt, sie ist der Feind von gelungener Gegenwart. Daher erstaunt es nicht, daß das neue Interesse für Langsamkeit, das unter dem Firnis des offiziellen Beschleunigungszwangs wächst, mit dem Bestreben zu tun hat, sich aufmerksamer und großzügiger den Situationen des Alltags zu stellen. Der Geschmack für Gemächlichkeit bildet sich aus in der Liebe zur Gegenwart, Intensität führt von selbst zur Verlangsamung.

Wenn wir schon unhaltbar gewordene Stellungen um der Natur und der Gerechtigkeit willen aufgeben müssen, wäre es da nicht klug, an niedermotorisierte Autos zu denken, die gar nicht in der Lage sind, schneller als, sagen wir, 100 Kilometer pro Stunde zu fahren? Beschleunigung entsprang schließlich der Fortschrittsgewißheit, war die Tochter linearen Denkens. Verflüchtigt hat sich in fortschrittsskeptischen Zeiten aber die Hoffnung, daß im Morgen alles besser würde und deshalb Eile geboten sei; wo die Zukunft unübersichtlich geworden ist, da hat auch das Beschleunigungsgebot seine Autorität verloren. Eine Gesellschaft, die vom 19. Jahrhundert losgekommen ist, kann sich, so scheint es, wieder mehr Gelassenheit leisten.

Entflechtung

Überlebt hat sich vor dem Hintergrund der Naturkrise wohl auch jene Utopie, die das Europa von Maastricht durchzieht: Einheit bedingungslos durch wirtschaftliche Verflechtung zu schaffen. Gewiß, noch immer lebt die Utopie vom alten Glanz: Spezialisierung, Effizienzsteigerung, mehr Angebot, kurz: durch Verflechtung zu Wachstum und Wohlstand. Seit Bretton Woods jagt die Welt und seit den Römischen Verträgen besonders Europa einem Wunschbild nach, das sich womöglich nur in der goldenen Ausnahmeperiode der Nachkriegszeit hat festsetzen können. Es verblassen die Mythen der Vergangenheit vor dem Großmythos unserer Zeit, daß die planetarische Ökonomie ebenso erstrebenswert wie unvermeidlich sei.

Doch die Schatten werden immer länger. Zuallererst aus politischen Gründen: Denn die "Sicherung des Wirtschaftsstandorts" wird notgedrungen zur beherrschenden Maxime, vor der alle anderen Gestaltungswünsche, sei es das Verlangen nach sozialer Solidarität, nach Stadtqualität oder auch nach unverbrauchter Natur in die Knie gehen müssen. Aber so wie Demokratie durch Abschottung stranguliert wird, kann sie auch durch bedingungslose Entblößung weggeblasen werden. Was immer Demokratie bedeuten mag - kann sie jemals ohne einen Raum der Eigenständigkeit, ohne das Recht auf Selbstbestimmung der eigenen Angelegenheiten, ja ohne Souveränität auskommen?

Sodann aus ökologischen Gründen: Verflechtung heißt Transport und immer mehr Transport. Die Entfernungen zwischen Produzent und Konsument (und auch zwischen Konsument und Wiederverwertung bzw. Müllhalde) spreizen sich auf; Blumen aus Kenia oder Schuhe aus Taiwan sind bekannte Beispiele. Außerdem vervielfachen sich die Distanzen zwischen Zulieferer und Endfabrikanten; Autohersteller beziehen mit dem "global sourcing" Teile von überall her in der Welt, wie selbst die Bestandteile eines simplen Joghurtbechers in der Summe schon einen Reiseweg von 9000 Kilometern hinter sich haben. Gerade der gegenwärtige Trend zu geringeren Fertigungstiefen verlängert die Zuliefererketten und damit die Wegstrecken; "lean production" führt geradewegs zu "fat transportation". Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß sich Transport oft nur rechnet, weil die Spritkosten nicht den wahren Knappheitsverhältnissen entsprechen und vor allem weil den Transporteuren gestattet ist, die Schadensfolgen der Gesellschaft über den Zaun zu werfen. Fernlastzüge vermehren sich, weil insgeheim die Annahme gilt, daß der Raum zwischen den Bestimmungsorten nichts wert sei, also beliebig durchstoßen, betoniert, verlärmt und vergiftet werden kann. Ehrliche Preise, Entfernungssteuern oder - warum nicht? - Zollrechte werden den Widerstand der Raumdurchquerung erhöhen müssen; nur eine lose verflochtene Wirtschaft wird weniger auf Natur und Gerechtigkeit drücken.

Auch hier gilt: was der Ökologie frommt, kann auch der Demokratie nützen. Mehr wirtschaftliche Kreisläufe auf regionaler / lokaler Ebene zu schließen, schafft lokal verdichtete Ökonomien, also mehr Eigenständigkeit auf unterer Ebene. Obendrein eröffnen sich mit Mikroelektronik und mit auf Sonne und Biomasse aufbauenden Techno-

logien neue Chancen für eine dezentralere Produktionsweise, die - in Verbindung mit einer Art post-modernem Heimatstolz - Europa buntscheckig gestalten könnte.

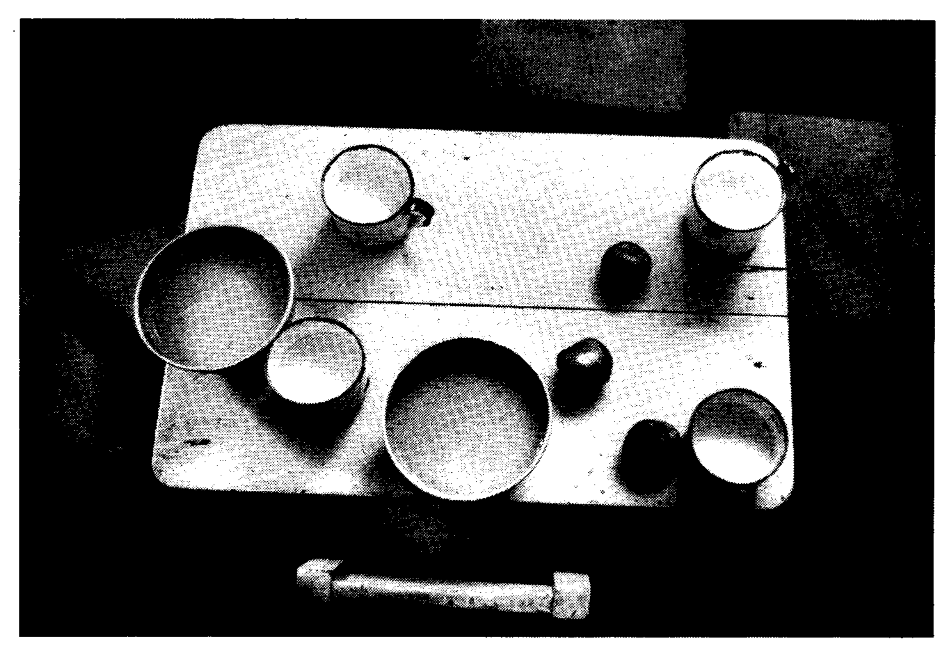
Entkommerzialisierung

Woher rührt der Wohlstand eines Gemeinwesens? Seit Gründervater Adam Smith die Arbeit, und zwar die warenerzeugende, als die Quelle des nationalen Wohlstands gepriesen hat, ist den Ökonomen neben der Natur auch die Gemeinschaft, die Sphäre der nicht-kommerziellen Tätigkeiten, aus dem Blick gerutscht. Fixiert auf das Bruttosozialprodukt wie sie sind, können sie in den zahlreichen Leistungen, die außerhalb des Marktes erbracht werden, wie Haushalt und Kindererziehung, Eigenarbeit und Freundschaftsdienst, Gemeindekultur und Bürgertätigkeit, keine Wertschöpfung erkennen. Dabei ergibt sich aus Untersuchungen, daß 30 bis 50 Prozent der gesellschaftlichen Arbeit, typischerweise von Frauen getragen, sich in diesem informellen Sektor abspielen. Daher ist es kaum übertrieben zu sagen, daß die Gemeinkultur nichtkommerzieller Tätigkeiten das eigentliche Fundament der "Wertschöpfung" darstellt, auf das Büro und Fabrik erst aufbauen. „Commons" ist ein Suchbegriff, um diese verdeckte Quelle des Wohlstands ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken.

Müssen wir nicht diese Quelle des Wohlstands neu in den Blick nehmen, wenn wir über eine stationäre Wirtschaft oder gar eine Wirtschaftsschrumpfung sprechen wollen? Schließlich kann man sich doch nicht länger um die Großfrage unserer Zeit herumdrücken: wie ist soziale Sicherheit, wie ist ein annehmliches Leben möglich ohne eine wachsende Wirtschaft? Eine mögliche Antwort liegt darin, auf Wege zu sinnen, wie Ressourcen an Recht, Land, Infrastruktur, Geld so eingesetzt werden können, daß die Bürger viele Dinge in Selbsttätigkeit und in freier Trägerschaft tun können. Die wichtigste Ressource allerdings ist frei verfügbare Zeit; nur wer ein Recht hat, ein Teil seines Einkommens gegen freie Zeit einzutauschen, kann es sich leisten, an Selbsthilfe zu denken. Auch kann von einer echten Option auf Eigenarbeit nur die Rede sein, wenn unabhängig von einer Lohnbeschäftigung jeder wenigstens auf ein Minimaleinkommen rechnen kann.

Zeitsouveränität und Grundsicherung sind die Pfeiler einer neuen Solidarordnung wie auch einer wachstumsindifferenten Wirtschaft.

Die Weisheitslehren aus verschiedenen Kulturen in Ost und West mögen zwar unterschiedlicher Auffassung sein über die Natur des Universums, oder das Geschick der Geschichte, doch nahezu einstimmig empfehlen sie, in der Lebensführung das Prinzip der Einfachheit zu kultivieren. Das kann kein Zufall sein. Die Erfahrungen von



Einfachheit als Teil der Lebenskunst

vielen Generationen zusammenfassend, landen sie bei der Schlußfolgerung, daß der Weg zu einem gelungenen Leben nicht über die Akkumulation von Reichtümern führt. Dabei sind sie keineswegs von Masochismus getrieben, der überraschende Befund ist vielmehr, daß sie Einfachheit als einen Teil der Lebenskunst betrachten.

Entrümpelung

Denn das Gegenteil zu einem einfachen Lebensstil ist in dieser Tradition keineswegs das luxuriöse, sondern das zerfaserte Leben. Eine Überzahl von Dingen verstopft den Alltag, zerstreut die Aufmerksamkeit, verzettelt die Energien und schwächt die Kraft, eine klare Linie zu finden. Nur bei einem vorsichtigen Umgang mit den Dingen bleiben genügend Ressourcen an Zeit und an Achtsamkeit, um dem eigenen Lebensprojekt richtige Gestalt zu geben. Das Plädoyer für Einfachheit hat also mehr mit der Ästhetik der Lebensführung zu tun als mit Moral; die Zersplitterung des Geistes ist die Gefahr, die im Überfluß steckt. Wie bei der Kunst alles auf den maßgenauen, den beherrschten Umgang mit Farben oder Tönen ankommt, so verlangt auch die Lebenskunst einen wohldosierten Umgang mit den materiellen Reichtümern.

Es gibt, mit anderen Worten, eine untergründige Verwandtschaft zwischen Genügsamkeit und Genuß.

Es scheint, daß Haltungen dieser Art zwischen den Selbstbedienungsregalen der Konsumgesellschaft hindurchfallen. Doch liegt die Stärke eines Lebensstils, der nach Einfachheit strebt, nicht nur darin, einigermassen krisenfest zu sein, sondern obendrein der unausrottbaren Sehnsucht nach einem richtig geführten Leben etwas zu sagen zu haben. Wer den Kopf über der Warenschwemme halten will, dem bleibt sowieso nichts anderes als selektiver Konsum, und wer Herr seiner Wünsche bleiben will, der wird das Vergnügen entdecken, Kaufoptionen systematisch nicht wahrzunehmen. Bewußt ein Desinteresse für zuviel Konsum zu pflegen, ist eine recht zukunftsfähige Haltung, für einen selbst und auch für die Welt. Henry David Thoreau muß das schon gewußt haben, als er am Walden Pond in sein Tagebuch kritzelte: "Ein Mensch ist reich in Proportion zu den Dingen, die sein zu lassen er sich leisten kann."

Wolfgang Sachs

aus: Politische Ökologie. Special, Sept./Okt. '93

Die Gläubigerposition von Weltbank und IWF

Anläßlich des 50-jährigen Jubiläums ihrer Gründung in diesem Jahr stehen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank im internationalen Scheinwerferlicht. WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung), eine Lobby-Organisation mit Sitz in Bonn, nahm dieses Datum zum Anlaß, sich mit der Gläubigerposition von IWF und Weltbank gegenüber den hochverschuldeten ärmeren Ländern auseinanderzusetzen. Der folgende Beitrag von Thomas Fues, einem Mitarbeiter von WEED, faßt die zentralen Argumente der Hintergrundstudie, die zu dem Thema erarbeitet wurde, zusammen.[1] Den Hintergrund stellt eine Entschuldungskampagne dar, die in Kooperation mit der Erklärung von Bern (Schweiz), EURODAD (European Network on Debt and Development) sowie einem breiten Bündnis von US-amerikanischen Organisationen angeschoben wurde und die Bretton-Woods-Institutionen unter Druck setzen soll.[2]

Die Schuldenkrise des Südens hat zu einem erheblichen Bedeutungsgewinn für die Bretton-Woods-Institutionen geführt. In der offiziellen Krisenstrategie wird ihnen eine strategische Rolle bei der Durchsetzung weltmarktorientierter, neoliberaler Strukturanpassungsprogramme in den Schuldnerländern zugewiesen. Schuldenerleichterungen und frisches Kapital gewähren bilaterale und multilaterale Geber nur dann, wenn die ökonomischen und ordnungspolitischen Vorgaben der Bretton-Woods-Institutionen ("Washingtoner Konsens") erfüllt werden.

Wie auch immer die Stabilisierungserfolge und -kosten bewertet werden mögen, Tatsache ist, daß die explosionsartige Ausdehnung der Auslandsverschuldung in den 80er Jahren durch IWF und Weltbank nicht verhindert wurde. Dabei hat sich die Struktur der Gläubigerseite spürbar gewandelt. Die internationalen Geschäftsbanken haben ihr Engagement erheblich reduziert. An ihre Stelle traten die Regierungen des Nordens und die multilateralen Institutionen.[3] Um die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerländer sicherzustellen, haben IWF und Weltbank ihre Kreditvergabe in den 80er Jahren erheblich ausgeweitet - mit dem Resultat, daß sie heute zu wichtigen Gläubigern der hochverschuldeten ärmeren Länder geworden sind.

Definition der Ländergruppen

Die Studie konzentriert sich auf die ärmeren Länder, die weitgehend von privaten Kapitalmärkten abgeschnitten sind. Die Definition der Ländergruppen richtet sich nach den Kriterien der Weltbank, die jährlich umfangreiche Statistiken zur Auslandsverschuldung vorlegt.[4] Nach dem methodischen Ansatz der Weltbank wird ein Land als hochverschuldet eingestuft, wenn eine der beiden folgenden Bedingungen erfüllt ist (es gilt der Zeitraum 1989-91):

a) Der Gegenwartswert des Schuldendienstes ist höher als 80 Prozent des Bruttosozialprodukts.

b) Der Gegenwartswert des Schuldendienstes ist höher als 220 Prozent der Exporteinnahmen für Güter und Dienstleistungen.

Die Abhängigkeit von Kriterien der Weltbank ist unbefriedigend. Es besteht die Gefahr, daß die relevanten Schwellenwerte von dieser Seite willkürlich oder mit politischer Absicht so festgelegt werden, daß bestimmte Länder ausgeschlossen sind, obwohl deren objektive Verschuldungsdaten ein kritisches Niveau überschritten haben. Da es aber keine Alternative zu dem detaillierten länderspezifischen Material der Weltbank gibt, ist jede differenzierende Analyse und Lösungsstrategie darauf angewiesen. Dies schließt nicht aus, daß für einzelne Länder besondere Faktoren geltend gemacht werden könnten, wenn die Einstufung der Weltbank sachlich unbefriedigend sein sollte.

Es werden im folgenden ausschließlich die hochverschuldeten ärmsten Länder (SILICs = severely indebted low-income countries) und die hochverschuldeten Länder mit niedrigem mittleren Einkommen (SILMICs = severely indebted lower middle-income countries) betrachtet. Für die erste Gruppe gilt ein Höchstwert von 675 US-$ Jahreseinkommen pro Kopf im Jahr 1992, während die zweite Gruppe zwischen 676 und 2.695 US-$ pro Kopf liegt. Die Verwendung dieser international gebräuchlichen Länderkategorien hat den Vorteil, daß jeder Verdacht einer subjektiven Länderklassifizierung entfällt.

Nach den jüngsten Angaben der Weltbank (World Debt Tables 1993-94 vom Dezember 1993) gelten 42 Länder als SILICs beziehungsweise SILMICs.[5] Für diese wird hier der Sammelbegriff "hochverschuldete ärmere Länder" verwendet.

Schuldenstand

Werden nur die Kredite zu marktmäßigen Bedingungen betrachtet,[6] so sind die hochverschuldeten ärmeren Länder Ende 1992 mit insgesamt 27 Mrd. US-$ bei IWF und Weltbank (IBRD) verschuldet (siehe Tabelle 1). Dies entspricht einem Anteil von fast neun Prozent ihrer langfristigen Auslandsverschuldung.

Zusätzlich zu den IBRD-Krediten, die zu Marktzinsen vergeben werden, haben die ärmsten Schuldnerländer auch Ausleihungen der Weltbank über die International Development Association (IDA) zu konzessionären ("weichen") Bedingungen erhalten.[7] Bei den SILICs, die bis auf wenige Ausnahmen keine teuren Kredite der IBRD mehr erhalten, kletterten die IDA-Forderungen

1992 auf einen Stand von 17 Mrd. US-$, während diese Schuldenkategorie bei den SILMICs nur eine Höhe von rund einer Mrd. US-$ erreichte.

Bei einer Bewertung der IDA in der Schuldenkrise muß allerdings berücksichtigt werden, daß IBRD und IDA nicht einfach zwei Finanzierungsfenster einer einheitlichen Institution sind. Die IDA-Mittel werden - im Gegensatz zur IBRD - nicht über den Kapitalmarkt mobilisiert, sondern in periodischen Abständen aus den öffentlichen Haushalten der Geberländer für einen revolvierenden Fonds zur Verfügung gestellt.



Nettotransfer

Für die beiden Ländergruppen sollen nun Schuldendienst, Auszahlungen sowie schließlich Nettotransfer (Auszahlungen minus Schuldendienst) gegenüber IWF und Weltbank dargestellt werden. Tabelle 2 zeigt die Entwicklung des Nettotransfers mit und ohne Berücksichtigung der IDA während der Jahre 1990 bis 1992. Bei den SILICs hat sich der negative Nettotransfer von IWF und IBRD von 1991 auf 1992 halbiert und beträgt nun (minus) 0,8 Mrd. US-$. Bei den SILMICs hat sich die Situation dagegen dramatisch verschlechtert. Der negative Nettotransfer hat sich innerhalb von zwei Jahren verdoppelt (1992: 1,9 Mrd. US-$).

Für die Jahre 1990 bis 1992 belief sich der negative Nettotransfer von IWF und IBRD auf insgesamt (minus) 7,5 Mrd. US-$. Selbst wenn die hohen positiven Nettoleistungen der IDA einbezogen werden, bleibt ein negativer Nettotransfer für IWF und Weltbank gegenüber den hochverschuldeten ärmeren Ländern in Höhe von (minus) 2,7 Mrd. US-$ für die drei Jahre. Diese Zahlen weisen auf eine Zweckentfremdung der IDA-Mittel hin. Anstatt nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung zu fördern, werden die Steuergelder indirekt zur Abdeckung des Schuldendienstes an die IBRD mißbraucht.

Die Lösung des negativen Nettotransfers darf nicht in einer Ausweitung der Kreditvergabe gesucht werden. Die negativen Auswirkungen des Liquiditätsdrucks auf die Qualität der geförderten Projekte und Programme (pressure to lend) wurden im Wapenhans-Bericht der Weltbank eindringlich beschrieben. Der perverse Ressourcenabfluß sollte vielmehr durch einen weitreichenden Schuldenerlaß umgekehrt werden. Der damit entfallende Zwang zum raschen Abfluß von Finanzmitteln würde ohne Zweifel die Qualität der (reduzierten) Ausleihungen verbessern.

Die bisherigen Beiträge von IWF und Weltbank zur Überwindung der Zahlungsprobleme von hochverschuldeten ärmeren Ländern lassen viel zu wünschen übrig. Das liegt vor allem an ihrem bisher nicht angetasteten Status als bevorzugte Gläubiger (preferred creditors). Diese Klausel besagt, daß

Tabelle 1: Schulden der hochverschuldeten ärmeren Länder (SILICs und SILMICs) bei IWF und IBRD (in Mrd. US-$, 1992)

	IWF	IBRD	Gesamt
SILICs	5,7	6,7	12,4
SILMICs	3,1	11,4	14,5
Gesamt	8,8	18,1	26,9

Quelle: World Bank, World Debt Tables, 1993-94, Washington, D.C. 1993, Volumes I und II, eigene Berechnungen

Tabelle 2: Nettotransfer von IWF und Weltbank an die hochverschuldeten ärmeren Länder (in Mrd. US-$, Rundungsdifferenzen)

	1990	1991	1992
SILICs ohne IDA	-1,2	-1,6	-0,8
SILICs mit IDA	0,4	0,0	0,6
SILMICs ohne IDA	-0,9	-1,1	-1,9
SILMICs mit IDA	-0,9	-1,0	-1,8
Gesamt mit IDA	-2,1	-2,7	-2,7
Gesamt ohne IDA	-0,5	-1,0	-1,2

Quelle: World Bank, World Debt Tables, 1993-94, Washington, D.C. 1993, Volumes I und II, eigene Berechnungen



ihre Forderungen besonderen Vorrang gegenüber allen anderen Kreditkategorien genießen. Sie können nicht umgeschuldet, refinanziert oder reduziert werden.

Der IWF hat sich mit der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF = Extended Structural Adjustment Facility) ein "weiches" Finanzierungsinstrument geschaffen, das der besonderen Situation der ärmsten Länder etwas entgegenkommt.[8] ESAF wird hauptsächlich aus Sonderbeiträgen zahlungsbilanzstarker Mitgliedsländer in Form von Krediten und Zinszuschüssen getragen. Das Instrument ist umstritten wegen der kurzen Laufzeit der Kredite und der hohen Konditionalität.

Die fünfte Dimension der Weltbank

Die Weltbank hat seit 1989 ein spezielles Programm für diejenigen Länder aufgelegt, die früher als relativ wohlhabend eingestuft wurden, inzwischen aber wegen drastischer Wohlstandsverluste nur noch IDA-Kredite erhalten (IDA-only). Mit der sogenannten Fifth Dimension, die aus den Rückflüssen der IDA gespeist wird, können Zinszahlungen für frühere IBRD-Kredite (zu Marktbedingungen) refinanziert werden. 1992 wurden allerdings nur etwa 20 Prozent der von den SILICs insgesamt an die IBRD überwiesenen Zinsen auf diese Weise kompensiert.

Die hochverschuldeten ärmeren Länder

Die Weltbank wird nicht müde, andere Gläubiger auf die dringende Notwendigkeit weitreichender Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder hinzuweisen. Für sich selbst aber weist sie jede Forderung nach Schuldenregulierung zurück.

Im folgenden wird ein Entschuldungsprogramm vorgestellt, das sich auf die Forderungen von IWF und IBRD gegenüber den hochverschuldeten ärmeren Ländern beschränkt. Es ist als erster substantieller Beitrag der Bretton-Woods-Institutionen im Gesamtrahmen einer globalen Entschuldungsstrategie zu verstehen, die sowohl andere Schuldnerländer (zumindest die hochverschuldeten Länder mit höherem Einkommen wie Brasilien, Mexiko und Argentinien und die mäßig verschuldeten ärmeren Länder - etwa Bangladesh, Gabun, Philippinen, Senegal, Togo und Zimbabwe) als auch andere Kreditkategorien (bilaterale Geber, Geschäftsbanken und regionale Entwicklungsbanken) umfassen muß.

Behandlung der Altschulden

In Übereinstimmung mit einem breiten Bündnis US-amerikanischer Umwelt-, Entwicklungs- und kirchlicher Gruppen wird vorgeschlagen, die Schulden der hochverschuldeten ärmsten Länder des Südens (SILICs) bei IWF und IBRD vollständig zu streichen. Bei den SILMICs sollen die Schulden nur zur Hälfte gestrichen werden, um in pragmatischer Weise dem etwas höheren Einkommensniveau Rechnung zu tragen und die finanzielle Dimension des Gesamtprogramms zu begrenzen. Angesichts des hohen, negativen Nettotransfers von IWF und Weltbank gegenüber dieser Gruppe kann es sich aber nur um einen ersten Schritt handeln. Weitere Schritte zur Regulierung des verbleibenden Schuldenstandes müssen erfolgen.

Wie Tabelle 1 ausweist, handelt es sich um ein Schuldenvolumen von insgesamt rund 27 Mrd.US-$ (Ende 1992), das zu regulieren ist. Davon entfallen 12,4 Mrd. auf die SILICs. Diese Summe wäre vollständig zu erlassen. Bei den SILMICs beträgt der Schuldenstand 14,5 Mrd. US-$. Dieser Betrag wäre zur Hälfte zu streichen. Insgesamt belaufen sich die zu erlassenden Schulden somit auf knapp 20 Mrd. US-$. Davon entfallen 7,3 Mrd. auf den IWF und 12,4 Mrd. auf die IBRD.

Diese Summen sind ohne größere Schwierigkeiten mobilisierbar. Die Schuldenstreichung könnte durch eine Kombination der folgenden Aufbringungsmechanismen finanziert werden:

- Verkauf eines Teils des IWF-Goldes (Marktwert derzeit 35 Mrd. US-$),
- Zuteilung von neuen Sonderziehungsrechten (SZR) des IWF, die zugunsten der Schuldnerländer umverteilt werden,
- vorhandene Reserven der Weltbank von über 17 Mrd. US $. Die konkrete Kombination einzelner Elemente ist ein finanztechnisches Problem, das schnell gelöst werden kann, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Änderung beim Gläubigerstatus

Um das hier angeregte Entschuldungsprogramm umzusetzen, müßte der bisherige Status von IWF und Weltbank als bevorzugte Gläubiger aufgegeben werden. Erst dann könnten die Forderungen der multilateralen Finanzinstitutionen in die Schuldenregulierung einbezogen werden. Natürlich gibt es auch gewichtige Gegenargumente dazu. Die Einstufung der IBRD auf den internationalen Kapitalmärkten könnte Schaden nehmen. Damit würden die Kosten der Kapitalbeschaffung und in Folge die Zinsen, die die Weltbank bei der Weitervergabe verlangt, in die Höhe getrieben. Selbst kleine Änderungen der Kosten bei der Kreditaufnahme der IBRD wirken sich spürbar bei der Weiterverleihung aus. Eine Verteuerung der Kapitalaufnahme um 0,1 Prozentpunkte (z.B. von 5,0 % auf 5,1 %) zieht eine Erhöhung der Zinskosten für alle Schuldnerländer der IBRD um 100 Mio. US-$ nach sich. Daraus ergibt sich ein deutlicher Interessengegensatz zwischen Ländern, die von der Schuldenerleichterung profitieren würden, und anderen Kreditnehmern der Weltbank, die höhere Belastungen im Schuldendienst als Ergebnis einer möglichen schlechteren Einstufung der IBRD auf den Kapitalmärkten befürchten müssen.

Ausgestaltung der Schuldenstreichung

Die bisher übliche Bindung von Schuldenerleichterungen an IWF/Weltbank-Strukturanpassungsprogramme sollte aufgegeben werden, da das zugrundeliegende wirtschaftspolitische Konzept nicht auf die strukturellen Bedingungen der ärmeren Länder zugeschnitten ist. Vor allem in Sub-Sahara Afrika läßt sich der Nachweis führen,

daß dieser Ansatz bisher nur wenige der selbstgesteckten Ziele erreichen konnte.

Die Verweigerung einer Schuldenstreichung sollte nur in besonderen Ausnahmefällen, z.B. bei gravierenden systematischen Menschenrechtsverletzungen der Regierung, zulässig sein. Voraussetzung dafür sollten Beratungen mit repräsentativen gesellschaftlichen Kräften (z.B. sozialen Bewegungen und politischen Parteien) aus dem Schuldnerland und anerkannten internationalen Menschenrechtsorganisationen (z.B. amnesty international) sein. Es müßte mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit gewährleistet sein, daß sich die Menschenrechtssituation durch Aufrechterhaltung der Schuldenlast langfristig verbessern läßt.[9] Denkbar ist auch eine umfassende Überwachungsfunktion von UNICEF. Der (eventuell zeitlich gestaffelte) Schuldenerlaß könnte - mit Zustimmung der Schuldnerregierung - an die Durchführung einer sozial gerechten Politik gebunden werden, die den Zielen und Prioritäten von UNICEF entspricht.

Für die Umsetzung der Entschuldungsaktion könnte ein neues internationales Entscheidungsgremium geschaffen werden. VertreterInnen von NRO auf Gläubiger- und Schuldnerseite sollten darin mit vollen Rechten vertreten sein - etwa nach dem Modell eines Quadrilogs gleichberechtigter Akteure: Schuldnerregierungen, Gläubigerregierungen, multilaterale Finanzinstitutionen und Nicht-Regierungs-Organisationen. Diese Struktur könnte später für alle Schuldenkategorien verallgemeinert und als Bestandteil eines internationalen Involvenzrechts institutionalisiert werden.

Ein Teil der erlassenen Schulden könnte in lokaler Währung in Gegenwertfonds für Umwelt- und Entwicklungsmaßnahmen eingebracht werden, wenn einheimische soziale Bewegungen dies wünschen und die Verwendung mitkontrollieren können. Dabei könnte auf die wachsenden Erfahrungen der schweizerischen NRO-Entschuldungsstelle zurückgegriffen werden, die das modellhafte staatliche Entschuldungsprogramm begleitet.[10] Aufgrund ihres begrenzten Volumens (unter anderem wegen der Inflationsgefahr) fallen diese Instrumente allerdings quantitativ kaum ins Gewicht. Dagegen ist ihre entwicklungspolitische Wirkung hoch einzuschätzen, wenn die Fondsstrukturen Ergebnis demokratischer Prozesse im Schuldnerland sind.

Thomas Fues

Anmerkungen:

1) Vgl. Thomas Fues, Die Gläubigerposition von Weltbank und Internationalem Währungsfonds: Statistische Analyse und Entschuldungsprogramm, WEED-Arbeitspapier 2/1994, Bonn Juni 1994; Bezugsadresse: WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Tel: 0228/696479, FAX: 0228/696470 (12 DM zuzüglich Versandkosten).

2) Eine von internationalen Organisationen getragene Plattform soll im September 1994 anläßlich der offiziellen IWF/Weltbank-Tagung in Madrid vorgestellt werden.

3) Wie ein vielbeachteter Beitrag des Finanzexperten Percy Mistry im Auftrag des European Netwerk on Debt and Development (EURODAD) kürzlich nachwies, ist der multilaterale Anteil an Schuldenstand und Schuldendienst in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Vgl. Percy Mistry, Multilateral Debt - An Emerging Crisis?, FONDAD, The Hague, February 1994

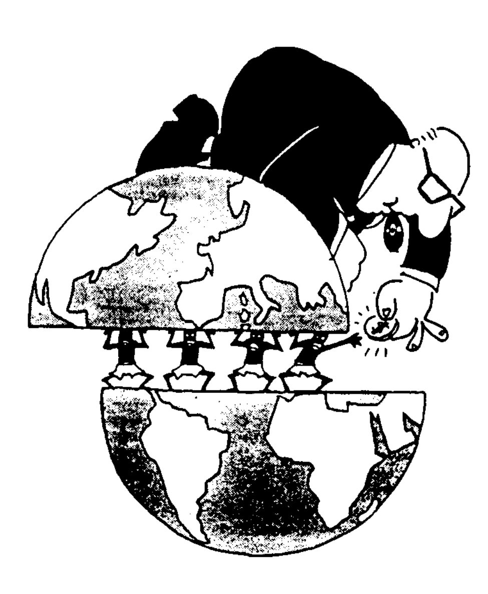
4) Die Weltbank verwendet in ihren Definitionen nicht mehr den absoluten Schuldenstand, sondern den Gegenwartswert des Schuldendienstes. In diesem Konzept wird der Barwert ausstehender Forderungen ermittelt, indem zukünftige Zahlungen für Tilgungen und Zinsen mit einem jährlichen Diskontfaktor auf den heutigen Zeitpunkt abgezinst werden. Zur Diskussion der methodischen Grundlagen siehe World Bank, World Debt Tables, 1993-94, Washington, D.C. 1993, Volume I, Appendix 1, S. 73-75

5) Davon liegen 27 Länder in Sub-Sahara Afrika. Die osteuropäischen SILMICs (Albanien, Bulgarien und Polen) werden hier nicht berücksichtigt. Ebenso bleiben Afghanistan, Irak, Kambodscha, Kuba und Vietnam außer Betracht, da sie keine Schuldendaten an die Weltbank übermitteln.

6) Es handelt sich dabei um die Kreditvergabe der zentralen Institution der Weltbankgruppe, 'International Bank for Reconstruction and Development' (IBRD), die ihre Finanzmittel auf den privaten Kapitalmärkten aufnimmt und mit einem kleinen Zinsaufschlag weiterverleiht.

7) Die Laufzeit ist 35 bis 40 Jahre, davon 10 Freijahre; die Bearbeitungsgebühr beträgt 0,75 Prozent pro Jahr.

8) 0,5 Prozent Zinsen, Laufzeit 10 Jahre bei fünfeinhalb Freijahren.



9) Zum Beispiel hat sich der Nationale Widerstandsrat des Iran in Deutschland kürzlich gegen die Umschuldung von Hermes-Forderungen gegenüber seinem Land gewandt. Er befürchtet, daß dem Unrechtsregime damit weiter die Möglichkeit gegeben wird, "seine Politik des Terrorismusexports und der Menschenrechtsverletzungen fortzusetzen." Frankfurter Rundschau vom 4.3.1994

10) Anläßlich der 700-Jahr-Feierlichkeiten in der Schweiz gab es eine erfolgreiche Kampagne für staatliche Entschuldungsmaßnahmen. In geeigneten Fällen soll der Schuldenerlaß teilweise für Gegenwertfonds in einheimischer Währung in den Schuldnerländern verwendet werden. Dabei soll die Mitwirkung lokaler Organisationen bei Entscheidungen, die die Fonds betreffen, sichergestellt sein.

Empfängnisverhütung ist die beste Empfängnisverhütung

Aufstieg und Politik der 'Deutschen Stiftung Weltbevölkerung'

Die in Hannover residierende "Deutsche Stiftung Weltbevölkerung" (DSW) ist eindeutig ein "Shooting Star" in der entwicklungspolitischen Szene der Bundesrepublik. Der übergroßen Mehrzahl entwicklungspolitischer Projekte war es bislang jedenfalls nicht vergönnt, bereits ein Jahr nach Gründung in eine Regierungskommission - die "Nationale Kommission" zur Vorbereitung der Weltbevölkerungskonferenz - berufen zu werden. Der folgende Artikel befaßt sich mit dem kurzen, aber steilen Aufstieg der DSW und wirft einen Blick auf ihre bevölkerungspolitischen Positionen.

Motor der Stiftung ist der mittelständische Unternehmer Erhard Schreiber aus Langenhagen. Dieser hatte sich schon geraume Zeit (auch finanziell) in der "Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen" (DGVN) engagiert. Ursprünglich wollte er sein Engagement gegen das weltweite Bevölkerungswachstum auch unter das Dach dieser gediegenen Organisation stellen. Dabei stellte sich nur ein Problem: Schreiber wollte unbedingt konkrete Familienplanungsprojekte in der Dritten Welt initiieren, die DGVN beharrte jedoch trotz der finanziellen Lockungen ihres großzügigen Förderers darauf, daß die Projektarbeit im Ausland nicht zu ihrem Aufgabenkreis gehöre.

Mehr als nur eine Profilneurose...

Schreiber machte sich daraufhin auch politisch selbständig. Mit Dirk Rossman fand er einen Unternehmerkollegen, den er für das Projekt einer inhaltlich ganz auf das Weltbevölkerungswachstum ausgerichteten Stiftung begeistern konnte. Ende 1991 stand das juristische Gerüst, Anfang 1992 begann die Arbeit. Geldgeber sind, neben den beiden Stiftungsgründern und zahlreichen Einzelspendern, die Wirtschaftsjuroren sowie andere Stiftungen, wie die deutsche Boschstiftung oder die schon immer in Bevölkerungsfragen engagierte US-amerikanische Rockefeller-Stiftung. Inzwischen werden weltweit sieben Familienplanungsprojekte von der DSW unterstützt, sechs davon in Afrika. Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) versucht man, die Größenordnung zurechtzurücken : "Das BMZ hat hundertmal soviele Projekte dieser Größenordnung. Die Projekte der DSW sind vor allem für die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung erforderlich."

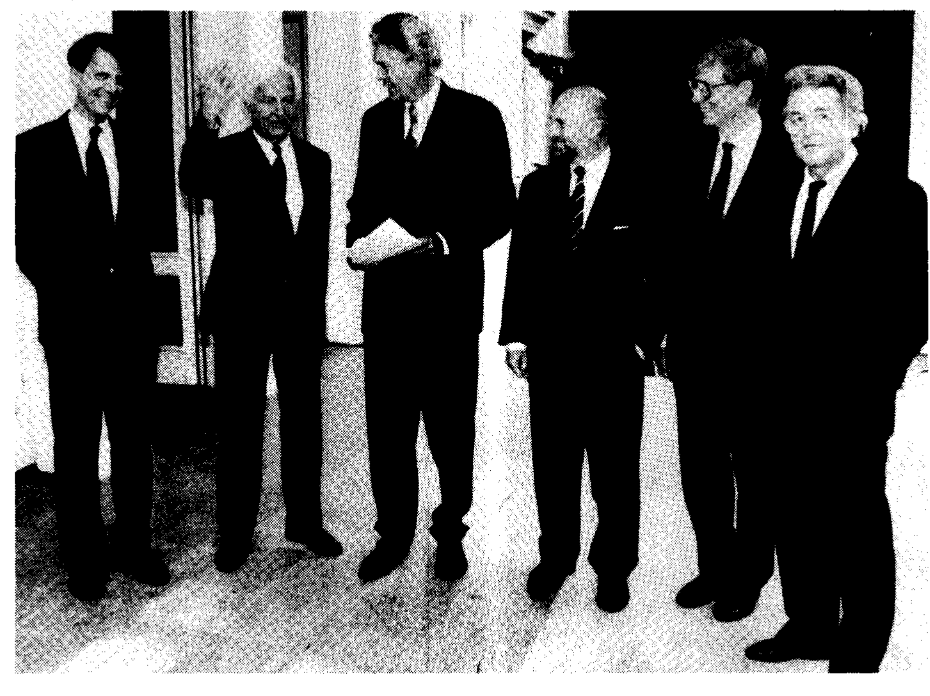
Dafür, daß die Öffentlichkeitsarbeit eine große Rolle spielt, sorgt schon Stiftungsgeschäftsführer Hans Fleisch, der im BMZ bisher vor allem als Selbstdarstellungskünstler aufgefallen ist. "Der würde alles tun, um sich mit Polit-Prominenz ablichten zu lassen", witzelt man im BMZ.

Als "Türöffner" dienen ihm in Bonn und beim UN-Bevölkerungsfonds die hochkarätig besetzten Gremien der Stiftung. Das dreiköpfige Kuratorium bilden Ernst-Ulrich von Weizsäcker (Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie), Rolf Seelmann-Eggebert (Chefkorrespondent Fernsehen beim NDR) und Klaus M. Leisinger (Professor für Entwicklungssoziologie). Im sechsköpfigen Vorstand wirken unter anderem mit Herwig Birg (Professor für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik), Rolf Korte (Abteilungsleiter bei der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ) und Volkmar Köhler (ehemaliger Staatsekretär beim BMZ).

Mehr Verhütungsmittel. - weniger Kinder?

Während in den 70er Jahren die Parole der Dritte-Welt-Staaten lautete "Entwicklung ist das beste Verhütungsmittel", so steht

Publicityträchtiges Stelldichein des DSW-Vorstandes mit dem (Ex-) Bundespräsidenten (links von Weizsäcker: Fleisch, rechts: Schreiber)



die DSW eher für das einfacher gestrickte Motto "Verhütungsmittel sind das beste Verhütungsmittel". Im Vergleich zum BMZ, das sich nach wie vor dafür einsetzt, daß bevölkerungspolitische Ziele nicht isoliert betrachtet werden, vertritt die DSW trotz aller Bekenntnisse zu einer integrierten Entwicklungsstrategie einen eher technischen Ansatz. Das BMZ will - so die offizielle Darstellung - mit Maßnahmen der Armutsbekämpfung, Gesundheitsversorgung, Elementarbildung und einer Stärkung der "Autonomie von Frauen" die Lebensbedingungen in den Ländern des Südens verbessern, um so zu erreichen, daß die Menschen langfristig Familien mit weniger Kindern anstreben. Der DSW geht es dagegen vor allem um die bloße Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln. Dabei beruft sich die DSW auf den "ungedeckten Bedarf" in den Ländern der Dritten Welt.

Von Zwangssterilisationen und anderen Exzessen, die Bevölkerungspolitik in den 70er Jahren in Verruf gebracht haben, distanziert sich die DSW schon in ihrer Satzung. Dort heißt es "die Familienplanungsdienste beruhen auf der Freiwilligkeit der Personen, die diese Dienste in Anspruch nehmen, und der Wahrung der Menschenwürde." Erleichtert wird die noble Haltung dadurch, daß Menschenrechtsverstöße erwiesenermaßen "auch bevölkerungspolitisch keinen positiven Effekt haben, denn sie machen Familienplanung unpopulär", wie Vorstandsmitglied Rolf Korte im Jahresbericht der Stiftung erläutert.

"Familienplanung" contra Abtreibungsrecht

"Familienplanung könnte jährlich rund 200.000 Frauen das Leben retten", heißt es in diesem Bericht weiter unter Verweis auf die weltweit bei illegalen und unsachgemäßen Schwangerschaftsabbrüchen ums Leben gekommenen Frauen. Mit "Familienplanung" ist damit aber keineswegs (auch) ein legaler Zugang zu medizinisch kompetenten Schwangerschaftsabbrüchen gemeint. Wohl um Konflikte mit den rechtsfundamentalistischen "LebensschützerInnen" zu vermeiden, schließt die Satzung die finanzielle Förderung von Abtreibungen sogar ausdrücklich aus. Die Argumentation der DSW zielt vielmehr auf die gesundheitlichen Bedenken von Feministinnen gegen die in der Dritten Welt (wegen der mangelhaften Wasserversorgung und den nur rudimentären Gesundheitsdiensten) häufig benutzten Langzeitverhütungsmittel.

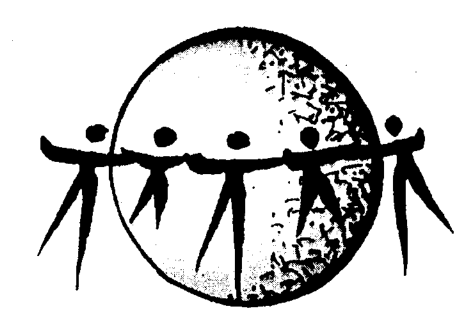
Gewisse Dissonanzen bestehen auch gegenüber dem Verein "Eine Welt für alle", in dem sich die wichtigsten etablierten Hilfsorganisationen von der Welthungerhilfe bis Misereor zusammengeschlossen haben. Die DSW arbeitete zuerst mit und versuchte, ihre bevölkerungspolitischen Positionen einzubringen, konnte sich bei der Formulierung des Thesenpapiers "Bevölkerung und Entwicklung" jedoch nur bedingt durchsetzen. Die Hilfsorganisationen warnen darin vor allem davor, das Bevölkerungswachstum im Süden für die ökologischen Probleme der Welt verantwortlich zu machen. "Hauptproblem ist vielmehr die erdvernichtende Lebensweise der Menschen im Norden", heißt es dort. Die DSW wirft "Eine Welt für alle" deshalb vor, den Süden zu sehr aus der Verantwortung zu entlassen und machte den Übergang vom lockeren Arbeitskreis zum Verein nicht mehr mit. Fleisch piesackt die ehemaligen Partner seither mit kleinen Gemeinheiten, indem er etwa standhaft das Gerücht verbreitet, "Eine Welt für alle" sei pleite.

Die große Herausforderung der DSW

Seit dem Frühjahr 1993 sitzt die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung nun als Nicht-Regierungsorganisation (NGO) in der "Nationalen Kommission" der Bundesregierung zur Vorbereitung der Weltbevölkerungskonferenz, die im September 1994 in Kairo stattfinden wird. Als weitere NGOs sind dort nur die beiden großen Kirchen und die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen vertreten. Offensichtlich ist die DSW als einzige sich ausschließlich mit Bevölkerungspolitik beschäftigende deutsche Organisation hier zum richtigen Zeitpunkt in eine institutionelle Marktlücke gestoßen.

Nachdem der DSW-Vorstand Mitte des letzten Jahres auch noch vom Bundespräsidenten empfangen wurde, schmückt folgendes Weizsäcker-Zitat penetrant jeden Brief, der die Geschäftsstelle der Stiftung verläßt: "Es ist gut zu wissen, daß sich die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung der großen Herausforderung widmet, vor die uns das Weltbevölkerungswachstum stellt". Gut auch zu wissen, mag man da erwidern, daß die DSW (zumindest wegen ihres Stils) im entwicklungspolitischen Establishment kaum jemandem so richtig sympathisch ist.

Christian Rath



Friedvolles Logo der DSW

Vom Westen nichts Neues

Sieben deutsche Nichtregierungsorganisationen (NROs) waren am 14. Juni nach Bonn gekommen, um am Hearing über **"Globale und nationale Bevölkerungsentwicklung: Fragen an die deutsche Entwicklungs-, Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik"** teilzunehmen. Die Veranstalter, die evangelische und katholische Kirche, vertreten durch die AGKED (Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienste) und die Deutsche Kommission Justitia et Pax, hatten u.a. zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung und der Welthungerhilfe namhafte Vertreter aus Politik, Entwicklungszusammenarbeit und Bevölkerungsforschung zum Thema Weltbevölkerungsentwicklung und deren Auswirkungen eingeladen. Weitere Schwerpunkte, die in Kurzreferaten und Arbeitsgruppen behandelt wurden, waren das rückläufige Bevölkerungswachstum der BRD, die Frage nach einer Einwanderungsgesetzgebung, die Zielrichtung bundesdeutscher und internationaler Bevölkerungs- und Frauenpolitik sowie ethische Überlegungen zur Bevölkerungspolitik und zur Änderung der Lebensweise in den Industrieländern. Ein dichtgedrängtes Programm, das kaum Zeit ließ für kontroverse Diskussionen. Den Fragen und Antworten war der Wille zu Einmütigkeit und Harmonie deutlich anzumerken.

Das Hearing, so die Veranstalter, sollte die Konzepte im bevölkerungspolitischen Bereich analysieren und Wege für neue Politikansätze aufzeigen. Doch gerade auf letztere wartete man vergebens. Stattdessen wurden Zahlen über das uns drohende Bevölkerungswachstum präsentiert. Trotz manch konstruktiver Kritik an dem eingeschlagenen Weg der Bevölkerungspolitik setzt die Bundesregierung zur Lösung der weltweiten ökonomischen und ökologischen Krise weiterhin unbeirrt auf Familienplanung. Die dafür verwendeten Mittel von derzeit 160 Mio. DM jährlich sollen nach Aussage eines BMZE-Mitarbeiters nochmals erhöht werden. Über den Umfang wollte er sich allerdings nicht äußern, dieses "Überraschungsei" wolle man sich für Kairo aufbewahren. Die Begeisterung, mit der diese Ankündigung aufgenommen wurde, zeugt von dem nach wie vor ungebrochenen Machbarkeitswahn, der meint, durch massive Verbreitung von Verhütungsmitteln das Bevölkerungswachstum stoppen zu können.

Die vertretenen NRO's deckten nur ein schmales Spektrum derjenigen Gruppen ab, die sich mit dem Thema Bevölkerungspolitik beschäftigen, so daß die Veranstaltung insgesamt als recht einseitig bezeichnet werden kann. Die Meinung von Frauen war meist nur bei den "Frauenthemen" gefragt, während bei den ethischen Fragen die Kirchen beider Konfessionen "dominierten".

Wer gehofft hatte, daß wenigstens in der Arbeitsgruppe zur Ethik der Bevölkerungspolitik grundsätzliche Zweifel an dem herkömmlichen Paradigma der westlich geprägten Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik geäußert würden, sah sich herbe enttäuscht. Daß Bevölkerungspolitik schon immer derjenige bestimmen konnte, der die Macht ausübte, daß diese somit eine imperiale Politik ist, blieb gänzlich unberücksichtigt. Die Botschafterin Namibias, Nora Shimming-Chase, meldete sich kritisch mit der Frage, welche Priorität die Armutsbekämpfung denn in der Entwicklungspolitik wirklich besitze. Außerdem wollte sie wissen, warum es den Frauen weltweit noch nicht besser gehe, da es den Kirchen und westlichen Politikern nach eigenen Aussagen doch längst klar ist, daß sie eine zentrale Rolle spielen. Drängende Fragen, auf die es auf der Tagung keine Antwort gab.

Ungewöhnlich kritisch äußerte sich hingegen die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates. Sie bemängelte, daß der nationale Bericht der BRD keinen Ansatz zur Frauenförderung erkennen ließe und Frauen nur indirekt als Mütter oder Schwangere erwähnt würden. 'Empowerment' der Frauen werde hier eher als Mittel zur Reduzierung der Geburtenrate verstanden und nicht als Selbstzweck. Frauen gelten weiterhin als die Schuldigen der jetzigen und zukünftigen Bevölkerungsentwicklung. Das Thema Abtreibung klammerte sie allerdings in ihrem Vortrag aus. Auch in Kairo sollte es ihrer Meinung nach nur in Teilbereichen diskutiert werden, da kein Konsens erreicht werden könne - ein Vorschlag, der auf Kritik im Plenum stieß, da das Faktum von 50 Mio. Abtreibungen jährlich nicht einfach übergangen werden dürfe.

Am nächsten Tag übergab man einmütig die Forderungen für Kairo an die Presse. Im Zentrum steht dabei die Armutsbekämpfung, die allein eine erfolgreiche Begrenzung des Bevölkerungswachstums möglich mache. Doch nach dieser Tagung steht zu befürchten, daß es solche Äußerungen des guten Willens ohne Konsequenzen auch in Kairo geben wird. Alle Anzeichen weisen auf eine demographisch ausgerichtete Bevölkerungskontrollpolitik hin, wobei Familienplanungsprogramme, die eine Verbesserung der Gesundheit für Mütter und Kinder und vermehrte Selbstbestimmung der Frauen versprechen, nur ein humanitäres Mäntelchen bleiben.

Die Praxis der Familienplanungsprogramme wurde hier in Bonn, wie so oft, außer Betracht gelassen. Hintergründe und spezifische Lebenssituationen, die zu einer gewollten oder ungewollten hohen Kinderzahl führen, wurden nicht eingehend genug analysiert oder in politische Forderungen umgesetzt. So erhalten z.B. junge unverheiratete Frauen an offiziellen Familienplanungsstellen keine Verhütungsmittel, da eine Anleitung zu unmoralischem Verhalten befürchtet wird. Gerade diese Frauen, die ein Interesse an Verhütung haben, um ihre Schulausbildung fortzuführen, müssen sich dem Risiko einer illegalen Abtreibung aussetzen.

Überhaupt sind Sexualität und Geschlechterverhältnisse Themen, die aus dem ganzen Diskurs ausgeklammert werden. Dabei sind gerade sie entscheidend, wenn es um den Kinderwunsch geht oder um die Verwendung von Verhütungsmitteln. Frauen können oft, um in ihren Gesellschaften vollwertige Mitglieder zu sein, auf Mutterschaft nicht verzichten. Durch die Geburt vieler Kinder sichern sie zudem die emotionale und finanzielle Beteiligung der Männer. Die traditionelle Geburtenverhütung, die vor allem durch das Heiratsalter, die sexuelle Abstinenz der Frauen nach einer Geburt und der anschließenden langen Stillzeit erreicht wurde, geht zurück, weil Frauen befürchten, ihre Männer während dieser Zeit an andere Frauen zu verlieren. Gerade in Gesellschaften, die sich in kulturellen und wirtschaftlichen Umbrüchen befinden, werden Kinder zunehmend wichtiger. Auch die bestehende Benachteiligung der Frauen bei der Schul- und Berufsausbildung und der Verlust intakter Großfamilienverbände bringen Frauen in größere Abhängigkeit von ihren Ehemännern, die sie wiederum durch die Geburt von Kindern an sich binden wollen. Aber auch das Selbstverständnis der Frauen, die Frau-Sein stark mit Mutter-Sein gleichsetzen, muß berücksichtigt werden. Die Familienplanungsprogramme mit ihrem Angebot an "moderner Technologie" stellen keine adäquaten Lösungen dar für die komplexen Situationen, denen sich Frauen wie Männer gegenüber sehen. Sie bleiben fremde - nicht zuletzt erfolglose - Eingriffe von außen.

Sieglinde Weinbrenner

BLACK & WHITE TOGETHER

"As Friends to Kenya"

Die einzigartige Reiseerfahrung für Frauen:
Zu Gast bei Einheimischen im afrikanischen Busch. Fernab von Tourismus. In ihren Hütten. Ihr Leben teilen. Sonne am Äquator. Nähe Viktoriasee. Afrikanische Tänze. Hautnah in Berührung mit fremder Kultur. In Kenia, einem faszinierenden Land.
Das Besondere: Grenzenüberwindendes Miteinander von Schwarz und Weiß.
Aktiv - erholsam - bereichernd - unvergeßlich.
Voraussetzung: Interesse an Schwarzen, ihrer Kultur, ihrem Land. Vorbereitungs-Seminar.
Termine: Juli/August/Oktober, jeweils 17 Tage, kleine Gruppe, tägl. 24-stdge. Reisebegleitung.

FAHREN SIE MIT UNS!

Kein kommerzieller Tourismus - sondern innovative Entwicklungsarbeit.

Infos: Frauen-Forschungs- und Praxis-Projekt "FRAUEN IN KENIA", FH FD, in Zusammenarbeit mit dem e.V. "LEBENDIGE KOMMUNIKATION MIT FRAUEN IN IHREN KULTUREN", Scharnhorststr. 11, 36037 Fulda, Tel: 0661-64125/Fax: 0661-606851

You can't beat the feeling...

Zwei Wochen Schreien und Zappeln in der Toscana, Trommelworkshop in Ghana, mit einer Yacht durch die Karibik segeln wie in der Bacardi-Werbung oder aus dem fernöstlichen Zenbuddhismus Honig saugen: Die Palette für derartige Sinngebungsangebote in unserer Erlebnisgesellschaft ist vielfältig, was ein Blick in die samstägliche taz-Wiese belegt.

Am 11. 6. 1994 veröffentlichte die taz unter der Überschrift "As Friends to Kenya" ein Prachtexemplar aus der Gattung der Reiseanzeigen. Dabei werden Frauen zu einer "einzigartigen Reiseerfahrung" eingeladen: "Zu Gast bei Einheimischen im afrikanischen Busch. Fernab vom Tourismus. In ihren Hütten. Ihr Leben teilen. Sonne am Äquator. Afrikanische Tänze. Hautnah in Berührung mit fremder Kultur. In Kenia, einem faszinierenden Land. Das Besondere: Grenzüberschreitendes Miteinander von Schwarz und Weiß. Aktiv - erholsam - bereichernd - unvergeßlich. Voraussetzung: Interesse an Schwarzen, ihrer Kultur, ihrem Land... Kein kommerzieller Tourismus - sondern innovative Entwicklungsarbeit."

Ja, wir fühlen uns doch ach so öde in unserem Metropolenbewußtsein und wollen doch nur das Leben mit ihnen "in ihren Hütten" teilen. Selbstverständlich nur wenige Wochen und gut abgeschirmt vom Rest der Gesellschaft. Unsere Vorzeigeschwarzen sollten vielleicht nicht gerade aus Ruanda kommen, sonst könnte der Nachbereitungsabend in Deutschland, bei Kerzenschein, schönen Dias und Fruchtbarkeitstänzen, unseren FreundInnen bös aufstoßen und uns die ganze "innovative Entwicklungsarbeit" verderben.

Das Frauen-Forschungs- und Praxis-Projekt aus Fulda, die Reiseveranstalterinnen, präsentieren mit diesem Werbetext einen rassistischen Antirassismus allererster Güte: Das Multi-Kulti-Gerede von unterschiedlichen Kulturen, die, wenn sie nur wollen, ihre Unterschiede so richtig ausleben können, stellt den Hintergrund dar. Die „Berührung mit fremder Kultur" als bereichender Erfahrungstrip dort, als neuer abwechslungsreicher Akzent der Dominanzkultur hier. Derartige Vorstellungen vom "Zusammenleben" haben in Europa leider eine lange Tradition.

Europäer haben ihre Phantasie seit Christoph Columbus schon immer auf exotische Welten gerichtet und in Tagträumen bzw. in Tagebüchern ihrer Projektionslust freien Lauf gelassen. Sie suchten und suchen das Ursprüngliche, den Betroffenen, um Alternativen für ihr vom industriellen Fortschritt zerstörtes Selbst wieder zu entdecken. Dabei geht es nicht um den Anderen, sondern schlicht nur um das eigene Ego. Der oder die Fremde ist nur der Spiegel für narzistische Rituale, ja der geliebte Fremde muß sich verleugnen, wenn er materiell überleben will. Sonst werfen wir ihn aus unserem alternativen Club Méditerrané raus.

Es geht aber nicht nur um die europäische Psyche, sondern auch um die Revitalisierung kapitalistischer Formationen: Sie beruht auch auf zeitlich begrenzten Ausstiegsritualen.

Der Klassiker unter den Freaks auf Zeit ist der aus Kinderzimmern bekannte Daniel Defoe. Als Robinson Crusoe, der die spießige Heimat unter Drang nach Abenteuern verläßt, strandet er auf einer einsamen Insel. Dort erlebt der Einsiedler, quasi im Laboratorium, die Geschichte der abendländischen Kultur. Mit Freitag, seinem Diener, spielt er in einer zweiten Phase die Rolle vom Herrscher und Beherrschten von Anfang an nochmals durch. Durch diese Erfahrungen gestählt, kann er um so besser wieder in den englischen Handelskapitalismus einsteigen. Wir erkennen schon am Klassiker Defoe den zentralen Widerspruch europäischer Entdecker, Abenteurer und Alternativtouristen. Er braucht die "edlen Wilden" wie Freitag (oder im Falle der Frauen aus Fulda seine Töchter), um die abgeschlaffte Seele wieder ins Lot zu bringen. Gleichzeitig arbeitet der frühere "Nigger" auf seinen Latifundien bzw. heute in den Weltmarktfabriken, um unter unerträglichen Bedingungen unsere Billigangebote zu fabrizieren.

Ende der 70er Jahre bastelte ein gütig dreinblickender indischer Guru in Poona, einer Stadt südlich von Bombay, in seinem Ashram einen inneren Halt für frustrierte Wirtschaftswunder-Kids. Die popularisierte Mixtur aus Freud und indischer Mystik kam voll an. Zunächst wurden die "Erleuchteten" mit ihren Holzkettchen (Malas), den scheußlich grellen Pumphosen und mit ihrem krampfhaften Dauerlächeln als esoterische Außenseiter belächelt. Das änderte sich schlagartig, als nicht nur der Guru mehrere englische Nobelkarossen fuhr, sondern seine Fans sich anschickten, hierzulande den Discothekenbesitzern zu zeigen, was 'ne Harke ist; sprich vorzuführen, wie eine neue Art von Tanztempeln zu vermarkten ist. Zwar wurden die Poster des Gurus immer kleiner, aber dafür hatten die nun wieder gefestigten Kids als knallharte Yuppies eine Marktlücke entdeckt.

Und was dachten die Menschen in Poona? Sie hatten schlicht die Schnauze voll von Moonshine-Partys, bei denen sie den Müll einsammeln durften und Ashrams, die einem Rummelplatz glichen. Dazu kamen noch die nervigen Normalo-Neckermänner mit all den bekannten negativen Folgen, die der Massentourismus mit sich bringt. So erhöhten sich zum Beispiel die Preise für alltägliche Konsumgüter erheblich. Auf den Flugplätzen und Einfallstraßen sahen sich die Bleichgesichter plötzlich mit Protesttransparenten konfrontiert.

Und heute? Für 1995 plant Mercedes Benz in Poona eine neue Weltmarktfabrik, um dort Teile der Modellreihe E zu fertigen. Einer der deutschen Manager erinnert sich sicher an seine Jugendzeit bei Strand, Sonne und Meer, die ihn in seiner Persönlichkeitsentwicklung doch so viel weiter gebracht hat. Heute kennt er den Sinn des Lebens bzw. der Ausbeutung: you can't beat the feeling of capitalism. Die Reisegruppe aus Fulda hat diese Erkenntnis noch vor sich. Aber vielleicht haben die Frauen gar keine Lust, den Seelendoktor zu spielen, werfen die unerträglichen Gäste hochkant aus "ihren Hütten" raus und beenden die "innovative Entwicklungsarbeit".

Georg Lutz

Frauen zwischen Weltmarkt und Subsistenz

Seit der Weltfrauenkonferenz 1975 diskutieren und erproben Wissenschaftlerinnen, Praktikerinnen und Frauen aus der Frauenforschung Theorien und Strategien zur weltweiten Stärkung der gesellschaftlichen Position von Frauen. Im Hinblick auf die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking und nach den ernüchternden Erfahrungen von mindestens 15 Jahren Frauenförderung ist es an der Zeit, Diskussionsstränge zu ordnen, Erfahrungen zusammenzutragen und neue Akzente zu setzen. Genau das ist das Anliegen des Sammelbandes von Hasenjürgen und Preuß.

Gründlich aufgeräumt wird mit der Vorstellung, Frauen hätten allein auf Grund ihres Geschlechts weltweit die gleichen Interessen und Ziele. Die Beiträge machen vielmehr Trennendes zwischen Frauen verschiedener Kulturen, Hautfarbe und Klassenzugehörigkeit deutlich. Die Berichte zeigen auch - und das ist die zweite zentrale Aussage des Bandes -, daß es in der alltäglichen Praxis von Frauenpolitik und Frauenförderung nicht einzig um die Verortung geschlechtsspezifischer Interessen geht. Vielmehr bewegen sich Frauen auf einem Grat zwischen dem Kampf für frauenspezifische Positionen und übergreifenden Zielen wie Gerechtigkeit und Demokratie. Die Organisation und Machtbildung von Frauen ist ein schwieriger Weg, zugleich aber machen die Berichte Mut, in kritischer Rückschau auf die gesammelten Erfahrungen weiterzumachen.

Die Beiträge umfassen einen theoretischen Teil zu Frauenforschung, Frauenarbeit und Frauenpolitik und einen empirischen zur Frauenförderung in der Entwicklungspolitik. Insbesondere im ersten Teil kommen - und das ist das herausragende Verdienst des Bandes - Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen aus elf Ländern zu Wort. Der Blick über den Tellerrand der innerdeutschen Diskussion ermöglicht vor allem eine deutliche Thematisierung des Verhältnisses von Geschlecht, Klasse und ethnischer Identität. Die Kritik an vereinfachenden Bildern von der "Dritte Welt-Frau" (23), die Hasenjürgen in ihrem einleitenden Überblick über den westdeutschen Diskurs übt, wird so konstruktiv in eine anschauliche Darstellung der verschiedenen Perspektiven von Frauenpolitik umgesetzt.

Oshadi Mangena beschreibt die Forderung afrikanischer Frauenforscherinnen nach einer Dekolonisation der Forschung, wie sie die "Association of African Women for Research and Development" (AAWORD) vertritt (76). Vor dem Hintergrund der These, daß die afrikanische Denkweise der europäischen immer schon vollkommen konträr (77) war, wollen die Forscherinnen "innovative Ansätze aus einer afrikanischen Perspektive entwickeln"(76). Die afrikanische Philosophie der Ganzheitlichkeit kenne keine "gesellschaftlich fragmentierten Geschlechterbeziehungen" (79). Auch die Trennung von Subsistenzproduktion und anderen Produktionsformen wird als künstlich angesehen. Vielmehr werden die verschiedenen Arbeitsbereiche als integraler Bestandteil einer umfassenden gemeinsamen Produktion gesehen. Das westliche feministische Verständnis des Mannes als das "andere" wird zurückgewiesen, der Begriff Feminismus durch "womanism" ersetzt (ebd.).

In der Praxis der Entwicklungspolitik hat die Integration der vermeintlich unproduktiven Frauen in die Entwicklung absolute Priorität. Das zeigt sich in der Dominanz sogenannter "einkommenschaffender Projekte" für Frauen. Preuß und Seyffarth stellen prägnant die Wirkungslosigkeit solcher Projekte dar. Sie übernehmen die in der britischen Diskussion entwickelten Kategorien von strategischen und praktischen Bedürfnissen von Frauen (Moser 1989) und kritisieren, daß strategische Maßnahmen zur Gleichstellung, wie die Unterstützung von Bildung, Vernetzung und Gesetzesinitiativen, jeweils dem Postulat der Nichteinmischung zum Opfer fielen (119).

Die theoretische Diskussion um Frauenarbeit und Frauenpolitik kreist vor allem um die Alternativen zwischen Subsistenzproduktion oder Marktintegration, zwischen Integration in die Entwicklung oder Konzentration auf eigene weibliche Modelle. Quasi quer dazu stehen die Ergebnisse der empirischen Studien in diesem Band. Die Produktion für den Markt und den Eigenbedarf werden von Frauen zumeist nebeneinander betrieben. Probleme ergeben sich aber aus der Verschiebung der Balance zwischen Markt- und Subsistenzökonomie und der damit verbundenen Veränderung der innerfamiliären Machtressourcen zuungunsten der Frauen. Die Integration der Frauen in die Ökonomie kann deshalb nur unter Berücksichtigung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der familiären Machtverhältnisse umfassend eingeschätzt werden.

Besonders eindrucksvoll beschreibt die Studie zur Intensivierung des Reisanbaus bei den Mandinka in Senegambia (Judith Carney; Michael Watts) die äußerst komplexen Beziehungen zwischen den Geschlechtern innerhalb der Familie, Landzuteilung für Männer und Frauen, Produktion für Markt und Selbstversorgung. Das Projekt mit der Zielvorgabe "Steigerung der Reisproduktion" scheiterte an der falschen Einschätzung dieser Beziehungen. Infolge der innerhäuslichen Einkommensverteilung lag das Projektziel nicht im Interesse der Frauen, die jedoch die Hauptarbeit beim Reisanbau verrichten.

Auch die Debatte in der ehemaligen UdSSR ist von den Erfahrungen der "Doppelschicht" geprägt. Der Begriff Feminismus wird wegen seiner Assoziation mit der Forderung nach Erwerbsarbeit für Frauen abgelehnt. Konservative Gesellschaftsentwürfe, die die Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt rechtfertigen, gewinnen an Attraktivität (85). Die Demokratisierung wird trotz aller Probleme als Chance für eine unabhängige Bewegung jenseits der von oben verordneten Emanzipation begriffen.

Der Band gibt insgesamt einen interessanten, vielseitigen Einblick in die internationale Diskussion, der durch die Einbeziehung der Autorinnen aus den Ländern des Südens von ethnozentrischen Verkürzungen weitgehend frei bleibt. Umso künstlicher erscheint jedoch die Trennung in einen theoretischen und einen empirischen Teil, der die Realität von Frauenforschung und -bewegung in den meisten Ländern nicht trifft. Hilfreich für die Leserin wäre vielleicht eine mehr thematisch-problemorientierte Abfolge der Beiträge gewesen. Trotz der Konzentration auf das Thema "Arbeit" erscheint die Vielfalt der Themen, Diskurse und Diskussionsebenen zunächst verwirrend, das mag jedoch auch in der Natur der Sache, der Vielfältigkeit der Bewegungen, liegen.

Heide Mertens

Brigitte Hasenjürgen/Sabine Preuß (Hrsg.), Frauenarbeit - Frauenpolitik. Internationale Diskussion. Westfälisches Dampfboot, Münster 1993, 277 S., 29,80 DM

Gegen das unsägliche "wir in Europa" und das "gestaltend Einfluß nehmen" auf das Haus Europa setzt die Anti-EG Gruppe aus Köln ihre Analyse zu "der neuen Großmacht EG- Europa". Im Vordergrund steht die Politik der EU-Institutionen gegenüber der "Dritten Welt". Ein ohne Frage wichtiges aber auch mühsames Anliegen, da die ökonomischen und politischen Interessen Europas bei Linken hierzulande meist auf taube Ohren stoßen. Früher lag die vorbildliche Pekinger Arbeiterklasse näher als Brüssel und heute wird die EU oft als positives Korrekturmoment zum Nationalstaat mißverstanden.

In der nun vorliegenden 120 Seiten starken Broschüre mit dem Titel "Verlassen wir dieses Europa! Texte zur Kritik der EG und zur Internationalismusarbeit" spannen die HerausgeberInnen einen weiten Bogen: er reicht von einem historischen Rückblick zur Entstehung der damaligen EWG über verschiedene aktuelle Politikfelder wie Flüchtlings- und Bevölkerungspolitik oder Agrobusiness bis hin zu konkreten Fallbeispielen wie der dänischen Kampagne gegen die Maastrichter Verträge und der Bananenpolitik der EG. Unter dem Titel "Sand im Getriebe der Weltinnenpolitik" reflektiert die Gruppe im vierten und letzten Kapitel ihre politische Arbeit der letzten Jahre, z.B. bei politischen Kampagnen wie 500 Jahre Kolonialismus, und erarbeitet Thesen zur Internationalismusarbeit in den 90er Jahren.

Zwischen Schein und Sein, so könnte die Politik des EU-Parlaments auf den Punkt gebracht werden. Die folgenlosen Resolutionen zum Kampf der Sahrauis in der Westsahara seit 1975 gegen die Besatzer-Truppen Marokkos auf der einen Seite und die Tatsache der Billigung von Waffenlieferungen und gewaltigen ökonomischen Unterstützung für den Alleinherrscher Hassan II. durch genau dieses Parlament auf der anderen Seite, verdeutlichen die Wichtigkeit einer illusionslosen Aufklärungsarbeit zur Politik der EU. Die Anti-EG Gruppe kritisiert die Solidaritäts- und Internationalismusbewegung zu Recht, die leider häufig ihre Wünsche in parlamentarische Umsetzungsmöglichkeiten projiziert und Flugblätter mit schön klingenden Resolutionen des Europaparlaments verbreitet, ohne zu erkennen, wo und wie die wirkliche Musik gespielt wird.

Dagegen setzt die Anti-EG Gruppe vor dem Hintergrund einer "internationalistischen Utopie", die es zu bewahren gelte, auf außerparlamentarische Bündnisse und Aktionen, und "daß es eine andere Welt geben muß, die nur gegen dieses Europa mit seinen zentralisierten, undemokratischen und dem industriellen Konsummodell verpflichteten Strukturen denkbar ist." Diesem Postulat ist sicher zuzustimmen. Nur, wie bei vielen anderen Veröffentlichungen (auch bei uns) fehlt den normativen Forderungen nach einer besseren Gesellschaft die Anbindung an eine Weg-Ziel Debatte. Die Schlußthesen wirken daher etwas angeklatscht.

Insgesamt bietet die Broschüre eine wichtige Stoffsammlung von Argumenten, die in der hoffnungslos unterbelichteten Debatte zur EU wichtige Anregungen geben und Thesen, an denen mensch sich produktiv reiben kann. Vor allem im Hinblick auf den Essener EU- Gipfel, der vom 9./10. 1994 in Essen abgehalten wird und zu dem es einige Gegenaktivitäten geben soll, ist nicht nur ein Blick in die Broschüre angezeigt.

Ganz am Ende der Broschüre kann mensch unter der Überschrift "Ein Kölsch für alle" ein Super-Bonbon genießen . Selten habe ich eine bessere Kritik an dem Weichspüler-Projekt "Eine Welt für alle" gelesen!

gelu

Anti-EG-Gruppe Köln (Hrsg.) Verlassen wir dieses Europa! Texte zur Kritik der EG und zur Internationalismusarbeit, Köln 1994, 120 Seiten, DM 10,- Bestelladresse: Christoph Schulenkorf, Sandweg 79, 50827 Köln.

So breit gefächert und ausufernd die Debatte über Rassismus und Nationalismus in der Linken auch geführt wird, so schwach ist das Echo aus der feministischen Ecke: frau streitet sich hauptsächlich über den Rassismus in den eigenen Reihen. Vorherrschend ist dabei ein moralisches 'Mea Culpa', das - vorgetragen mit dem Ziel, die Unterdrückung benachteiligter Frauen zu beenden - nur allzu oft in einer Strategie der Selbstbefreiung von unangenehmen Schuldgefühlen endet. Daß diese Form der Auseinandersetzung zu kurz greift, vielmehr die strukturelle Reproduktion von Rassismus und Nationalismus innerhalb der Gesellschaft analysiert werden muß, zeigt der jüngst erschienene Sammelband 'Frauen zwischen Grenzen'. In ihm sind zum großen Teil Beiträge der letzten Bremer Frauenwoche 1993 versammelt, die unter dem Motto 'Nationalismus und Gewalt gegen Frauen' stand.

Trotz der zum Teil disparaten Themen - sie reichen von der Analyse des Zusammenhangs patriarchaler Strukturen, Krieg und Vergewaltigungen bis hin zu Berichten über das Verhältnis von Schwarzen und Weißen Frauen in Großbritannien - zieht sich doch die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen feministischer Identitätspolitik als roter Faden durch die Beiträge. So problematisiert Birgit Rommelspacher gleich eingangs Versuche der hiesigen Frauenbewegung, über Konzepte einer "besseren Weiblichkeit" den Rassismus aus den eigenen Reihen wegzudefinieren. Mit dem Konzept 'multiple Identität' begründet sie, daß Frauen der Dominanzkultur sowohl Privilegierte als auch Diskriminierte sind, was eine Politik nach dem Motto "alle Frauen sind Opfer" unmöglich macht.

Unterstrichen wird diese Aussage im Beitrag von Stella Dadzie, die auf der Grundlage ihrer Erfahrungen in Großbritannien belegt, daß die ethnische wie auch die Klassenzugehörigkeit unterschiedliche Kampfterrains und unterschiedliche politische Forderungen nach sich ziehen. Kompliziert wird die Situation dadurch, daß die Differenzierungen auch zwischen den Schwarzen Frauen nicht halt machen. Nivedita Prasad thematisiert den internalisierten Rassismus innerhalb der black community. Dieser äußert sich einerseits als "radikale Überidentifikation mit der Dominanzgesellschaft" oder andererseits in neuen Gruppenbildungsprozessen, die diejenigen ausschließen, die 'zu hell' sind. Die Kriterien der weißen Dominanzkultur würden einfach umgekehrt, nicht aber mit dieser Identitätslogik gebrochen.

Daß ein Bruch mit dieser Logik aber not tut, betont Susanne Kappeler. Sie sieht zwar in den Formen der Selbstethnisierung eine Form der Gegenwehr im Rahmen der herrschenden Strukturen. Ziel müsse aber die Überwindung der Identitätspolitik sein: denn "die Festschreibung ethnischer Unterschiede und ethnischer Zugehörigkeit ist die Vorstufe einer nationalistischen und rassistischen Kategorisierung, einer erneuten Typologisierung im Schutze des unangreifbaren Begriffes 'Kultur'"(100). In dieselbe Richtung argumentiert die Gruppe 'Feministischer Landkreis': Die Deutschen sollten sich weniger um die Kultur der Ausländer kümmern, und mehr um die Über- und Unterordnungsverhältnisse hier, d. h. zum Beispiel um die herrschenden Ausländergesetze. Der Sammelband vermittelt alles in allem wichtige Anstöße in der gegenwärtigen Debatte. Auch wenn vieles nur angedacht ist, zeigt dies nur, wie notwendig eine weitergehende Auseinandersetzung - jenseits moralischer Rigorismen - ist.

CP

Olga Uremovic, Gundula Oerter (Hg.): Frauen zwischen Grenzen: Rassismus und Nationalismus in der feministischen Diskussion, Campus, Frankfurt 1994, 184 S., 29,80 DM

„Wir sind nicht vorrangig an den soziologischen oder humanitären Aspekten der Geburtenkontrolle interessiert", schrieb vor vierzig Jahren der US-Millionär Hugh Moore an seinen Kollegen, den Öl-Multi John D. Rockefeller, III. „Wir sind interessiert daran, wie die Kommunisten hungrige Menschen benutzen für ihr Vorhaben, die Welt zu erobern." Das Schreiben, das Moore an 10.000 führende Persönlichkeiten in den USA verschickte, begleitete damals eine Broschüre mit dem Titel „The Population Bomb", ein Kalte-Kriegs-Traktätchen, das vor Chaos und Kommunismus warnte und für die zwingende Notwendigkeit warb, das Bevölkerungswachstum zu kontrollieren.

Moore, Rockefeller und etliche andere superreiche US-Bürger bildeten in der ersten Hälfte der 50er Jahre quasi die Avantgarde

der neuen Bevölkerungskontrollbewegung nach dem zweiten Weltkrieg. Wie sie es geschafft haben, daß „Verhütung und die Entscheidung, wieviele Kinder eine Frau bekommt, zum Gegenstand von Politik, oder genauer gesagt: zum außenpolitischen Interventionsfeld der USA" wurde, kann nun in einer kürzlich erschienen Materialsammlung nachvollzogen werden. „Bevölkerungsexplosion - Marketing einer Ideologie" so der Titel der Dokumentation, für die sich Susanne Heim und Ulrike Schaz im Herbst letzten Jahres durch die Archive verschiedener Institutionen aus dem bevölkerungspolitischen Establishment in den USA gewühlt haben.

Aufschlußreich sind nicht nur die hier dokumentierten Briefe - so auch der eingangs zitierte - die Diskussionspapiere und das Propagandamaterial aus den 50er und 60er Jahren , jener Zeit, in der die Idee durchgesetzt wurde, daß ein „Zuviel" an Menschen der Grund für Probleme wie Armut, Hunger und Elend sei. Ebenso erhellend ist der komprimierte Ritt durch die US-amerikanische Bevölkerungspolitik, mit dem Heim und Schaz ihre Sammlung einleiten. Hier wird deutlich, wie erfolgreich die Lobbyarbeit war, die heute selbst bis in feministische Kreise hinein wirkt. Fazit der Autorinnen: „Die bevölkerungspolitische Lobby hat es geschafft, innerhalb von nicht einmal drei Jahrzehnten die Idee der Überbevölkerung zur Grundlage der Politik fast aller nationalen Regierungen sowie der einschlägigen globalen Institutionen der Frauenbewegung auszuweiten."

Ute Sprenger

„Bevölkerungsexplosion - Marketing einer Ideologie", Dokumentation zusammengestellt von Susanne Heim und Ulrike Schaz, Hrsg. FINRRAGE in Zusammenarbeit mit der Frauenanstiftung. Bezug (gegen Spende DM 10,-): FINRRAGE, Pf 201 903, 20209 Hamburg.

Mythos der inländischen Fluchtalternative Türkei

KurdInnen werden - im Osten, aber auch im Westen - verfolgt, gefoltert und ermordet. Da kann man sich drehen und wenden wie man will - es hilft alles nichts. Parteipolitiker und Juristen haben sich jetzt selbst geholfen und für die Realität kurzerhand eine Sprachregelung festgelegt: "inländische Fluchtalternative Westtürkei" heißt das politische wie juristische Zauberwort. Demnach werden KurdInnen in der Türkei zwar verfolgt, aber lediglich im Osten. Im Westteil des Landes hingegen ließe es sich gut leben. Mit diesem verbalen Kunstgriff werden Abschiebehindernisse umgangen. KurdInnen mit abgelehnten Asylanträgen oder angeblich straffällig gewordene können ungeniert abgeschoben werden.

Ende März hielten sich drei MitarbeiterInnen der AKTION 3.WELT Saar in Istanbul auf und haben zu diesem Thema recherchiert. Allein in dieser Zeit kam es kurz vor und während des kurdischen Neujahrsfestes Newroz zu zwei Massenverhaftungen von KurdInnen am 20./21. März in Istanbul. Bei willkürlichen Ausweiskontrollen wurden mehrere hundert KurdInnen von der Straße weg verhaftet. Einer der Verhafteten starb durch eine Kugel auf einer Polizeiwache. Offizielle Todesursache: Selbstmord.

Am 20. März überfiel die Polizei das Stadtteilbüro der prokurdischen Demokratiepartei DEP im Istanbuler Stadtteil Beyoglu und verhaftete 17 Besucher, darunter auch drei Kinder. Alle Verhafteten wurden zur Anti-Terror-Abteilung in Beyoglu gebracht und geschlagen.

Kein Kurde und keine Kurdin ist vor den Schikanen der Sicherheitskräfte sicher. So kommt es beispielsweise immer wieder vor, daß die Wagen von kurdischen StraßenhändlerInnen von Polizisten umgestürzt werden. In Gesprächen mit Betroffenen wurde von ständigen Hausdurchsuchungen berichtet.

Neben diesen offenkundigen Repressionen gibt es ganz andere Methoden der Entwürdigung: verrecken lassen. Aus ihrer Heimat werden KurdInnen vertrieben, in Istanbul und anderen Städten des Westens läßt man sie in Gecekondus (über Nacht gebaute Hütten) vor sich hin vegetieren. Dies ist unspektakulär und erregt kaum die Aufmerksamkeit der Medien.

In Gesprächen mit MitarbeiterInnen des Menschenrechtsvereins IHD (Insan Haklari Dernigi) und Rechtsanwälten wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß aus der Bundesrepublik abgeschobene Flüchtlinge bereits am Flughafen in Istanbul oder Ankara verhaftet werden. In der Polizeihaft werden sie geschlagen, mit Folter bedroht und zum Teil gefoltert. Vor allem diejenigen KurdInnen, die in der Bundesrepublik in kurdischen Vereinen aktiv waren, sind besonders gefährdet. Doch unter diesen Verdacht fallen grundsätzlich alle. In einem Jahr wurden allein in Istanbul vom IHD 222 Fälle von Folter registriert.

Oftmals erlangt nur die Verfolgung von bekannteren KurdInnen, bepielsweise Mitglieder der DEP, etwas Öffentlichkeit; aber welchem Terror sind erst KurdInnen ausgesetzt, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen.

Doch nicht nur von staatlicher Verfolgung von KurdInnen muß die Rede sein, sondern auch von antikurdischen Pogromen in westtürkischen Großstädten wie Antalya, Izmir und Alanya. Deshalb: genereller Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge.

Der ausführliche Bericht der Recherche kann gegen 6,-DM incl. Porto angefordert werden bei:

AKTION 3.WELT Saar, Weiskircher Str.24, 66674 Losheim, Tel: 06872-6982, Fax: 7826

Brutaler GSG 9-Überfall auf den Kurdischen Kulturverein in Saarbrücken

Am Samstag, den 28.05.1994 gegen 10 Uhr, wurde auf Anordnung der Bundesanwaltschaft von einem ca. 200köpfigen Polizeiaufgebot (GSG 9, BKA, LKA) in Saarbrücken das Kulturzentrum Alte Feuerwache abgeriegelt und gestürmt. Alle Personen, die sich im Haus aufhielten, wurden gefesselt und mit gezogenen Waffen bedroht. An diesem Vormittag sollte eine Versammlung von KurdInnen im Haus stattfinden. Die nach Polizeikriterien "nicht-deutsch" aussehenden Frauen und Männer (62 Personen), die sich in den Räumen des Kurdischen Kulturvereins oder im Umkreis des Hauses aufhielten, wurden unter Mißhandlungen in die Polizeikaserne geschleppt. Das Mobiliar der Räume wurde zertrümmert, Geschirr und Schriftmaterial auf den Boden geworfen. Wegen der Verletzung eines Kurden mußte ein Notarzt gerufen werden. Zurück blieben vier Menschen mit deutschem Paß. Begründung des Einsatzleiters vom BKA für den Überfall: "Es wird ein Kurde mit Haftbefehl gesucht".

Erst nach ca. 14 Stunden - fast zehn Stunden davon mußten sie stehen und bekamen weder Essen noch Getränke - wurden die festgenommenen KurdInnen nach erkennungsdienstlicher Behandlung wieder freigelassen. Eine Kurdin wurde mit der nachgeschobenen fadenscheinigen Begründung, ihr anerkannter Status als Asylbewerberin in Belgien sei nicht in ihren Papieren vermerkt gewesen, in Abschiebehaft genommen. Der Überfall an diesem Vormittag war der dritte seit Herbst letzten Jahres.

Dieses Vorgehen ist die konsequente Fortsetzung der bundesdeutschen Kurdistanpolitik. Gemeinsam mit ihrem Bündnispartner Türkei setzt die Bundesrepublik auf die militärische Lösung des kurdischen Problems. Bisher wurden sämtliche Waffen-

stillstandsangebote der PKK abgelehnt. Während im kurdischen Teil der Türkei mit deutschen Waffen Menschen ermordet und vertrieben werden, werden KurdInnen in der Bundesrepublik pauschal kriminalisiert. Entsprechend fielen auch die ersten Meldungen der Nachrichtenagenturen nach dem Überfall aus: "Treffen von PKK-Funktionären aufgelöst".

Bisher gab es zwei Protestdemonstrationen, eine hiervon fand ihre Fortsetzung in einer mehrstündigen Blockade vor der Polizeikaserne.

Internationales Frauenzentrum in Karlsruhe

Aufgrund der nicht haltbaren Situation einer dreifachen Unterdrückung der Ausländerinnen hier - als Nichtdeutsche, als Lohnabhängige und als Frauen - haben sich in Karlsruhe Frauen unterschiedlichster Nationalität zusammengetan und im März 1994 den Verein "Internationalistisches Frauenzentrum e.V. Karlsruhe" (IFZ) gegründet. Damit besteht ein eigener Treffpunkt für ausländische Frauen, wo sie sich über ihre Erfahrungen hier in der Bundesrepublik austauschen, eigene Forderungen entwickeln und diese auch durchsetzen können.

In nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen werden Ausländerinnen ausgegrenzt. Ihr Aufenthalt wird durch das Ausländergesetz bestimmt, d.h. durch die "besonderen Belange der Bundesrepublik Deutschland"; die Arbeitserlaubnis muß immer wieder neu erteilt werden und ist abhängig von der "Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes"; das Recht auf politische Betätigung und Beteiligung an Wahlen wird ihnen weiterhin vorenthalten. Das allgemein ausländerfeindliche und rassistische Klima verschärft ihre Situation zusätzlich.

Verdienen Frauen generell im Durchschnitt ca. 30 Prozent weniger als Männer, so befinden sich die ausländischen Frauen an der untersten Grenze der Lohndiskriminierung. Sie sind die ersten, die Rationalisierungsmaßnahmen weichen müssen. Hinzu kommen die Sprachschwierigkeiten, das Nichtvertrautsein mit dem deutschen Arbeitsleben und ihre daraus resultierende Unkenntnis über die eigenen Rechte.

Die meisten ausländischen Frauen kommen im Rahmen der Familienzusammenführung, ohne eigene Arbeitserlaubnis in die Bundesrepublik. Als "Familienangehörige" hat die nachziehende Frau keinen eigenen aufenthaltsrechtlichen Status; ihr Aufenthalt ist an die Aufenthaltsregelung ihres Mannes geknüpft. Sie erhält erst dann ein eigenständiges Aufenthaltsrecht, wenn sie mindestens drei Jahre mit ihrem Ehemann (auch wenn dieser Deutscher ist) zusammengelebt hat. In der Praxis folgt auf die Trennung - die selbstgewollt sein oder vom Ehemann ausgehen kann - für viele Frauen der Gang zum Sozialamt. Abgesehen davon, daß durch die Trennung der "eigentliche Zweck des Aufenthalts verwirkt ist", ist der Bezug von Sozialhilfe bereits ein rechtlich verankerter Ausweisungsgrund. Die Abhängigkeit vom Ehemann wird für ausländische Frauen zusätzlich durch den Wegfall der im Heimatland vorhandenen Frauengemeinschaft, durch soziale Isolierung, eine fremde Sprache und Umgebung und die oftmals vorhandene Entfremdung von den sich schneller in die hiesigen Verhältnisse einfindenden Kindern größer als im Normalfall. Traditionelle und religiöse Werte geben oft den letzten Halt, können aber auch gleichzeitig zur Fessel werden. Besonders darunter zu leiden haben die Mädchen der zweiten und dritten Generation. Sie sind hin und her gerissen zwischen der Herausbildung einer eigenständigen Lebensperpsektive und den traditionellen Rollenerwartungen, bewacht von Vätern und Brüdern. Depressionen sind oftmals die Folgen. Ausländische Frauen brauchen deshalb ein auf ihre Situation zugeschnittenes Angebot an professioneller therapeutischer, ärztlicher und juristischer Hilfe. Deshalb das Frauenzentrum, in dem die Aspekte Gesundheit, Beratung, Kommunikation und Aktion verknüpft werden.

Kontakt Internationales Frauenzentrum e.V. Karlsruhe: Ayse Esin, Augartenstr. 54, 76136 Karlsruhe

Schulprojekt zu Migration

Am Beispiel der Geschichte eines 13jährigen Kindes aus der Provinz Morazán werden die historischen Fakten des Bürgerkriegs, der Flucht und der Rückkehr lebendige, erfahrbare Wirklichkeit. Unsere Referentin Enid Mejìa de Kronenberg ist jetzt gerade in El Salvador unterwegs und wird mit Fotoapparat und Tonband einen Tag lang das Leben eines Kindes begleiten, es befragen und die heutigen Stationen und Situationen in seinem Leben festhalten."

Mit derartigen methodischen Vorstellungen arbeitet ein Projekt für SchülerInnen der Klassen 3 bis 8. Es ist Teil des dreijährigen Gesamtprojekts "Wanderer zwischen den Welten" des Allerweltshauses Köln e.V. über Ursachen und Folgen von Migration und richtet sich mit Schulprojekten, Seminaren und Informationsabenden an SchülerInnen, LehrerInnen und MultiplikatorInnen. Bewußt werden Beispiele aus der "Dritten Welt" behandelt, weil diese auf die Ursachen von großen Migrationsbewegungen weisen. Das sind u.a. Kolonialismus, Sklaverei und die Weltmarktbedingungen.

Das Thema wird aus der Sicht der betroffenen MigrantInnen angegangen. Über die gleichberechtigte Mitarbeit von MigrantInnen im Projekt und über die Methode des erlebnisorientierten und spielerischen Lernens soll eine kurzfristige Identifizierung mit den betroffenen MigrantInnen des jeweils behandelten Landes erreicht werden. Im Rahmen des Gesamtprojekts gibt es beispielsweise theaterpädagogische Schulprojekte zu den Verbindungen zwischen Afrika und Lateinamerika durch 500 Jahre Kolonialismus, zu den Philippinen, zu Haiti, zur "Umweltflucht" sowie Seminare zur Flüchtlingspolitik der BRD und EU, zur Unterrichtsgestaltung beim Thema "Migrationsursachen". Das aktuelle Programm ist zu erfahren beim:

Allerweltshaus Köln e.V., Wahlenstraße 22, 50823 Köln, Tel: 0221-51 56 21 bzw. 52 46 42 (Medienstelle)

25 Jahre Aktion Selbstbesteuerung

Ein Großteil unseres Wohlstandes beruht auf weltweiter Ausbeutung". Die persönliche Schlußfolgerung aus dieser These ist für Menschen der Aktion Selbstbesteuerung, zwei bis drei Prozent ihres Einkommens als "freiwillige Entwicklungssteuer" abzuzweigen. Dieses Geld kommt dann "Projekten" im Inland zugute, "die der Durchsetzung gerechterer Verhältnisse zwischen der sog. Ersten und Dritten Welt dienen sowie 'Projekten' im Ausland, die zur Selbsthilfe und Selbstbefreiung beitragen." ASB will "dort einspringen, wo andere aus formalen oder ideologischen Gründen nicht einspringen können oder wollen."

Die Aktion Selbstbesteuerung sieht ihre Aufgabe in der Solidarität mit denen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehren, in der Informationsarbeit (Presseerklärungen, Broschüren, Erarbeitung entwicklungspolitischer Planspiele etc.) und in der konkreten finanziellen Unterstützung von "Projekten". Hierzu werden auf der jährlichen Mitgliederversammlung die eingegangenen Anträge beraten und die Verwendung der "Steuern" beschlossen. Gelder erhielten so beipielsweise 1993: ein Gegenkongreß im Europaparlament zu einem Großprojekt der Weltbank, die Kaffeearbeitergewerkschaft El Savadors „Sicafé", sowie der alternative Kaffeehandel ein ASB-eigenes Kabarett auf dem Kirchentag 1993 in München.

Aktion Selbstbesteuerung e.V., Lerchenstraße 84, 70176 Stuttgart

Solidaridad - Berichte aus Chile Nr. 172, Mai / Juni 1994
Schwerpunktthema: Informeller Sektor in Chile, Interview mit L. Quinones von PET: Die Schwäche liegt in der Informalität * L. Razeto (PET): Economía popular - eine andere Form des Wirtschaftens * Anke Bruns: Portrait eines Schuhputzers * Andreas Elmenhorst: Cartoneros - die „Müllmenschen" von Chile * Jens Holst : Polizeichef Stange zum vorübergehenden Rücktritt gezwungen * Olaf Miosga und Andreas Wenzel: Erfolgreicher Widerstand der Huilliche-Mapuche * Ricarda Koschick: Rezension „Der Sohn des Diebes" von Manuel Rojas. 24 S.
Preis: Einzelheft 4,- DM; Jahresabo mit 6 Ausgaben 24,- DM (ermäßigt 15,- DM).
Bezug: SOLIDARIDAD, c/o KSG, Frauenstr. 3-7, 48143 Münster, Tel. 0251/40027, Fax 0251/511887.

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 183/184 mit dem Schwerpunkt „Don't worry - be happy" nach dem 18. BUKO in Karlsruhe
Eingangsreferate von Heleno Sana: Die BRD und die Internat-Bewegung aus internationalistischer Sichtweise * Ulla Jelpke: Das dialektische Wechselspiel zwischen Außen- und Innenpolitik der BRD * Auswertungen der Foren „Rassismus und Flüchtlingspolitik" / „Standort Deutschland" / „Welthandel" / „Osteuropa" / „Bevölkerungspolitik": Resolution der Frauenkonferenz in Bangladesh * Außerdem: Das Interview mit der Bremer Gesundheitssenatorin über die Organspendendiskussion: „Mein Körper gehört mir" * Tutsi Gabriel Mpozagara über „Ruandas koloniales Erbe" * Clifton R. Wharton Jr. über Demokratieexport am Beispiel Burundi: „Doppelt entwurzelt" * Laura García fragt: „Mexiko erneut an der Schwelle einer Revolution?" * Jürgen Flöter über Blumenimporte aus Kolumbien und eine Konferenz zum Thema im Brüsseler EP * Interview mit Aktivisten der Nicaragua-Solibewegung nach der Niederlage der FSLN * Bremer SchülerInnen über Erfahrungen bei der Inszenierung von Dorfmans „Der Tod und das Mädchen" und Martha Werner über Menschenrechtsverletzungen in Indonesien sowie 15 Seiten Service-Programme.
Bezug: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchstraße 14/15, 28195 Bremen, Tel. 0421/325156, Fax: 0421/3378177.

ila 176 (Juni 94) Mittelamerika
38 Seiten Analysen, Berichte und Interviews zur derzeitigen Situation in den mittelamerikanischen Ländern von Guatemala bis Panama: z.B. über die Neuerungsdiskussionen in El Salvador und Nicaragua, die katastrophale Menschenrechtslage in Guatemala, das Leben der BananenarbeiterInnen in Costa Rica nach Einführung der EG-Bananenordnung, die Ergebnisse der jüngsten Wahlen in Panama u.v.a.
Berichte und Hintergründe: Interview mit Adolfo Pérez Esquivel (Argentinien), u.a. zu seiner möglichen Präsidentschaftskandidatur; Berichte von Bewegten und Betroffenen in Chiapas / Mexiko zu Auswirkungen des Zapatisten-Aufstandes und dem Weg dorthin; zum Schicksal baskischer Flüchtlinge in Uruguay und der Jahrestagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank.
außerdem: Ländernachrichten zu Haiti, Nicaragua, Cuba und Argentinien.
Insgesamt 68 Seiten, Preis: Einzelheft DM 7,- Abo (10 Ausgaben/Jahr) DM 60,- bzw. ermäßigt DM 50,-
Bezug: ila, Heerstraße 205, 53111 Bonn

Lateinamerika Nachrichten 240 /Juni 1994
Chile: Kinder im Knast - Repression und Verwahrung sozial schwacher Kinder * Das Mausoleum Chiles - Neues Hochsicherheitsgefängnis * „Körperkontakt ist nicht möglich" - Der Menschenrechtler Daniel Sánchez über das Leben in der Hochsicherheit. * Dominikanische Republik: Der Blinde unter den Einäugigen - Durch Betrug hält die weiße Oberschicht den greisen Balaguer an der Macht. * Haiti: Krieg gegen die Landbevölkerung - Bauern zwischen Großgrundbesitzern, Militärs und US-Küstenwache. * Nicaragua: Sieg der revolutionären Prinzipien - Zweiter Parteitag der FSLN. * El Salvador: Drei zu Zwei - Volksrevolutionärin von ARENA zur Parlamentspräsidentin gewählt * Abschied von der Vergangenheit - ARENA-Spots bei „Radio Venceremos". * Brasilien: Gegen die Auflösung der Nation - Die PT verabschiedet ihr Programm und integriert all ihre Strömungen. * Copa Mundial: Lateinamerika im Fußballfieber - Valderrama, Campos, Maradona - lebende Legenden für Tausende * Kuba: Eigene Blockaden überwinden - Außenminister Roberto Robaina über Revolution, Exil und Wirtschaftskrise. * Argentinien: Entscheidung für die Zukunft - Die RentnerInnen vor der Privatisierung ihrer Versicherungen. * Venezuela: Schmelztiegel der Reformen - Präsident Rafael Caldera im Spagat zwischen Sozialstaat und Kapitalismus. * Kurznachrichten: Kuba, Nicaragua, Honduras, El Salvador, Peru, Brasilien. * BRD/Mittelamerika: Henkel läßt weiterschnüffeln - Rauschfreies Pattex ohne Lösungsmittel bietet Henkel nur in Mittelamerika. * BRD/Uruguay; BAYER bespitzelt KritikerInnen - Die Einschüchterungsversuche eines deutschen Chemieriesen. * Brasilien literarisch: Mann am Meer * Der Journalist und Autor Domingos Pellegrino Jr. . * Rezension: Jennifer Harbory: Bridge of Courage - Lebens-Geschichten guatemaltekischer Compañeras und Compañeros. * Das Letzte: Dank an einen Verbrecher - Die sauberen Chiledeutschen und der Polizeichef Rodolfo Stange.
Bezug: Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin, Einzelheft: 6,- DM

Kolumbien Rundbrief Nr. 33, Mai 1994
Schwerpunkt: Indianer- und Schwarzenbewegung in Kolumbien: Interview mit Abadio Green, dem Präsidenten der kolumbianischen Indianerorganisation ONIC und seine Begrüßungsworte beim ONIC-Kongreß * Bericht zur befreienden Pastoralarbeit mit Indígenas * Eilaktion wegen Massaker an Indígenas * Artikel zur Situation der Schwarzenbewegung an den Wahlen zum Kongreß. * Außerdem: Aktuelle Infos zu den Wahlen im März, zu den Friedensverhandlungen mit der Guerillagruppe CRS und mit den Volksmilizen in Medellín, zu den Attacken der Rechten gegen die Kirche wegen ihrer Vermittlerrolle zwischen Staat und verhandlungsbereiten Guerillagruppen und zur aktuellen Situation der Menschenrechte. Wie immer: Infos aus der Kolumbien-Solidaritätsarbeit und Service-Teil.
Preis (neu!): Einzelheft DM 7,-, Jahresabo DM 25,-, Kennenlern-Abo mit den letzten 3 Ausgaben DM 15,-, ältere Probehefte gratis.
Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 72603 Nürtingen, Tel. 07022-36242, Fax 07022-37270.

Alfred K. Tremel, **Überlebensethik.** Stichworte zur Praktischen Vernunft im Horizont der "ökologischen Krise", Verlag Schöppe und Schwarzenbart, 246 S., DM 38.-

---

Anette Scheunpflug / Klaus Seitz (Hrsg.), **Selbstorganisation und Chaos.** Entwicklungspolitik und Entwicklungspädagogik in neuer Sicht. Verlag Schöppe & Schwarzenbart, 180 S., DM 34.-

---

Anette Scheunpflug / Alfred K. Treml (Hrsg.), **Entwicklungspolitische Bildung.** Bilanz und Perspektiven in Forschung und Lehre. Ein Handbuch. Verlag Schöppe & Schwarzenbart, 469 S., DM 48.-

---

Stiftung für Kinder/FDI (Hrsg.), **Gesichter in der Revolution**, Wurf Verlag, Altenberge 1993, 175 S.

Kai Ambos, **Drogenkrieg in den Anden.** Vom vergeblichen Versuch der Drogenkontrolle in den Anbauländern Kolumbien, Peru und Bolivien, Verlag der AG SPAK, ab Sept. 1994, 200 S., DM 32.-

---

Franz Nuscheler / Ernst Fürlinger (Hrsg.), **Weniger Menschen durch weniger Armut?** Bevölkerungswachstum - Globale Krise und ethische Herausforderung, Verlag Anton Pustet, Direktvertrieb Misereor, 192 Seiten, DM 29,80

Jürgen Heinrichs, **Umwelt und Fertilität.** Einführung in Aspekte der Sexualökologie, LIT-Verlag, Münster/Hamburg 1994

Elisa Fuchs, **Alphabetisierung. Entfaltung von Potentialen oder Marginalität?** Alphabetisierung in Mocambique und Kap Verde in ihrem Verhältnis zu Kommunikationsformen und Bildungsbedürfnissen im ländlichen Raum, Frankfurt 1994, IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 240 S., DM 36.-

---

Kum'a Ndumbe III, **Was wollte Hitler in Afrika?** NS-Planungen für eine faschistische Neugestaltung Afrikas, Franfurt 1994, IKO-Verlag, 300 S., DM 29.80

"Befreiende Erziehung - Peru, Menschenrecht auf Erziehung contra Bildung als Herrschaftsinstrument" ist das Thema eines Seminars, das vom 23.-25. September in der Nähe von Freiburg, in der Landesvolkshochschule in St. Ulrich, stattfindet. Örtliche Veranstalterin ist die Perugruppe Freiburg in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Peru. Das Seminar ist eingebunden in eine Besuchsreise (26.9.-13.10) von Luisa Pinto Cueto (Mitarbeiterin der NGO "Tinkuy/ Tarea" in Lima sowie der LehrerInnengewerkschaft SUTEP) und Nelida Cespedes Rossel (Arbeit mit ElendsviertelbewohnerInnen und mit von politischer Gewalt vertriebenen Kindern). Information und Anmeldung: Dorothea Schreck, Sautierstr. 71, 79104 Freiburg, Tel: 0761/506393.

"Europa und die Dritte Welt". Bei diesem Seminar vom 31.07. - 11.08. in Weimar werden die Probleme eines interkulturellen Dialogs und vor allem die Beziehungen zwischen Europa und der "Dritten Welt" thematisiert. Als Organisator fungiert 'stube' (Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Baden-Württemberg) in Zusammenarbeit mit der Werkstatt Solidarische Welt der Comboni-Missionare Ellwangen. Anmeldung: Stube, c/o Evangelische Akademikerschaft, Kniebisstr. 29, 70188 Stuttgart, Tel: 0711-2 62 58 53

Ökomedia '94: 11. Internationale Tage des ökologischen Films in Freiburg. Folgende Schwerpunkte sind vorgesehen: Internationale aktuelle Filmschau, Europäische Fernsehproduktionen, Filme für Kinder und Jugendliche, Naturfilme, Produktionen aus Ländern der Dritten Welt, Produktionen aus osteuropäischen Ländern. Vortags- und Diskussionsveranstaltungen, Gesprächs- und Arbeitskreise ergänzen das Festivalprogramm. Ökomedia Institut e.V., Habsburgerstr. 9a, 79104 Freiburg.

"Lernfeld Dritte Welt" hat die Akademie der katholischen Landjugend ihre Fortbildung zur Solidaritätsarbeit mit Jugendlichen überschrieben, die vom 19. - 23. September in der Eine-Welt-Werkstatt in Barnsdorf bei Osnabrück durchgeführt wird. Im Wechsel von Aktion und Reflexion können Möglichkeiten und Methoden der Vermittlung erprobt und weiterentwickelt werden. Der Teilnahmebeitrag (alles incl.) beträgt 400,- DM für Hauptamtliche und 270,- DM für Ehrenamtliche. Anmeldung bis spätestens 30. Juli bei: Akademie der Katholischen Landjugend, Haugerpfarrstr. 10, 97070 Würzburg, Tel. und Fax: 0931-57 22 15.

"Eine neue Politik für den ländlichen Raum in Entwicklungsländern". Seminar in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Landjugend Akademie Altenkirchen und der Deutschen Landjugend Akademie Fredeburg vom 26.09. - 28.09.

"Menschen im ländlichen Raum, hier wie auch in Entwicklungsländern, leben von der Landwirtschaft". Wie wirkt sich die weltweite Agrar- und Handelspolitik auf sie, ihr Leben und auf die Umwelt aus? Tagungsort: Uder/Thüringen vom 02.10. - 04.10.

"Süfafrika nach den Wahlen". Studienseminar vom 17.10. - 04.10.

Tagungsort und nähere Auskünfte: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 46499 Hamminkeln, Tel: 02852-89 326
